
DIE RELIGIÖSEN HINTERGRÜNDE DES ISLAMISTISCHEN TERRORISMUS

(Referat anlässlich der Polizeitagung in Rheinland-Pfalz am 11. September 2003 von Klaus M. Pülz)

Einführung

Der 11. September 2001 ist als denkwürdiges Datum in die Geschichte eingegangen. Was damals geschah, ist uns heute noch präsent, in welchem Zynismus in einer konzertierten Aktion militante Islamisten mit einem selbstmörderischen Sendungsbewußtsein zuvor entführte Passagierflugzeuge in die 420 Meter hohen Türme des World Trade Centers im Zentrum New Yorks und auf das Pentagon in Washington steuerten und fast 4.000 unschuldige Menschen töteten. Erst Ende August kam eine erneute Meldung

durch die Medien, wonach es beim amerikanischen CIA Hinweise gäbe, daß Islamisten in Großbritannien erneut ein Flugzeug zu entführen planen, um es in ein hohes Gebäude zu steuern.

Da eine eindeutige Verurteilung dieses und anderer terroristischen Aktionen seitens muslimischer Religionsführer bis heute ausgeblieben ist, müssen sich nicht nur die Sicherheitsorgane, sondern auch die Politik, Kirchen und Medien die Frage stellen, wie man sich gegen dunkle Elemente zur Wehr setzen kann, die aus der Finsternis wirken, sozusagen aus

dem Nichts kommen, ihr verheerendes mörderisches Handwerk ausüben, um dann wieder in jene Finsternis zurückzukehren, aus der sie zuvor aufgetaucht waren. Denn bei allen Beschwichtigungsversuchen steht eindeutig fest, daß sich die Kriegserklärung vom 11. September 2001 nicht nur gegen die USA, sondern gegen die gesamte zivilisierte Welt richtet.

Wer die Berichterstattung damals verfolgte, traute zunächst seinen Augen nicht; die Welt hielt für kurze Zeit den Atem an, denn es konnte nicht wahr sein, was geschehen war. Wie konnten Menschen zu solchen Wahnsinnstaten fähig sein? Unwillkürlich fragte man sich, welche Mächte wohl hinter einem solchen diabolischen Plan dahinterstecken. Man denkt gar an den 5. Reiter in der Apokalypse, eine Kombination von religiösem Fanatismus, der in

einer Selbstopferung gipfelt, mit einer logistischen Organisationsstruktur, die man Orientalen eigentlich gar nicht zugetraut hätte. Wie sich alsbald herausstellte, handelte es sich bei diesem Komplott des Terrors um eine Allianz todesbesessener Allah-Krieger einerseits und hochvermögender Financiers andererseits, die gegen den westlichen Kulturkreis, gebildet aus einem jüdisch-christlichen Weltbild, angetreten sind. Bei ihrem heiligen Schwur, sich ihrem Abgott Allah und dem Koran verschrieben zu haben, geht es um panislamische Welt Eroberungspläne und vor allem um größtmögliche Verschwiegenheit auch gegenüber den nächsten Verwandten, um nicht ihr mörderisches Vorhaben zu gefährden. Denn Selbstmordanschläge sind einfach zu bewerkstelligen, wenn man nur genügend Menschenmaterial zur Verfügung hat, das sich willig zum Freitod bereiterklärt - für den Preis vermeintlich paradiesischer Freuden. Mit anderen Worten ausdrückt gilt es, mit recht geringen Mitteln ein Höchstmaß an Verlusten dem Gegner beizufügen. Solche Aktionen auch von Einzeltätern garantieren zudem eine intensive Berichterstattung in den Medien und verbreiten zugleich das Anliegen der Muslime schlechthin und nicht nur einiger weniger militanter Islamisten. Daher inszenieren sich die islamistischen Selbstmörder mit Video-Kamera selbst, wenn sie waffenschwenkend und den Koran in der anderen Hand ihre Wahnsinnstaten vorher ankündigen. Ziel dessen ist, Entsetzen vor dem Unkontrollierbaren hervorzurufen, weil die Opfer immer und überall mit ihrem tödlichen Terror rechnen müssen - und vor allem, um paradigmatisch für andere Muslime ein "Musterbeispiel" an Märtyrer- und Opferbereitschaft in Gehorsam gegenüber der Lehre des falschen Propheten Mohammed abzugeben und vorzuleben.

So war seinerzeit nach den



DER ATTENTÄTER
 Hamas-Mitglied
 Mesk vor seinem
 Selbstmordanschlag –
 martialisch mit Waffe
 und Koran in der Hand

Anschlägen in den USA die Freude bei den Palästinensern nicht zu übersehen, die auf den Straßen sowohl im einstigen biblischen Sichern und jetzigen Nablus als auch in Ost-Jerusalem sowie in den Flüchtlingslagern in Südlibanon spontan tanzten, als sie die schrecklichen Szenen der Zerstörung im Fernsehen verfolgten. Sogar Kinder und Jugendliche tanzten unverhohlen auf der Straße. Erwachsene schossen in die Luft und skandierten: "Allah ist groß!" Zum Ausdruck ihrer Freude am Tod so vieler unschuldiger Amerikaner wurden traditionell Kuchen und Bonbons verteilt. Ein Straßenpassant erklärte unverhohlen: "Wir wissen nicht, wer hinter diesen Attacken steckt, aber wir sind glücklich, weil die Bush-Regierung die Israelis unterstützt".

Wer ist "Allah"?

Es ist naheliegend, daß uns die Frage nach den religiösen Hintergründen des islamistischen Terrorismus eine Ursachenforschung aufdrängt, die sich mit den Ursprüngen des islami-

schen Glaubens auseinandersetzt. Die Macht, der Einfluß und vor allem das Drohpotential und die Deckung durch das westliche Demokratieverständnis erschweren nicht nur eine objektive Aufarbeitung islamistischer Machtinteressen, sondern verunmöglichen dies zunehmend, wie jüngst das Verkaufsverbot eines Buches mit dem Titel "Der Krieg in unseren Städten" von Udo Ulfkotte (Eichhorn-Verlag) beweist, in dem der Autor beschreibt, wie islamistische Extremisten Deutschland inzwischen unterwandern. Nach außen tarnten sie sich als wohlthätige Spendensammler mit Gemeinnützigkeitsstatus, predigen religiöse Toleranz und den Dialog mit den Weltreligionen. In Wahrheit jedoch bilden sie eine gut getarnte Untergrundarmee, die sich zum Angriff auf den Rechtsstaat rüstet mit dem vom Koran vorgegebenen Ziel, nicht nur in Deutschland, sondern möglichst in allen Ländern islamische Allah-Staaten zu errichten, was ja auch das Ziel der Schiiten im "befreiten" Irak ist mit Anschluß an das iranische Vorbild. Darüber hinaus reichen die Verbindungen islamistischer Organisationen in

UDO ULFKOTTE
Der
Krieg
 Wie radikale Islamisten
 Deutschland unterwandern
in unseren
Städten  Eichhorn.

Deutschland zu gewalttätigen und terroristischen Organisationen, wie der in den Palästinensergebieten tätigen "Chamas", der im Südlibanon operierenden "Hisb-Allah" (Partei Allahs), zu der in Ägypten ansässigen Mudjaheddin (Moslembruderschaft), der "Al-Qaida" und damit auch zu Attentätern von New York, Djerba und anderswo. Nach Klagen islamischer Vereine und Personen darf dieses Buch nicht mehr verkauft werden. Deutsche Gerichte werden damit zu Steigbügelhaltern islamistischer Vorherrschaftsansprüche. Hinzu kommt noch die Einschüchterung islamischer Organisationen, wie "MuslimRecht", die gegen Islamkritiker juristisch zu Felde zieht, wenn in Publikationen auf die Gewaltbereitschaft des Islam hingewiesen wird. Den Vorwurf der Volksverhetzung nehmen nun auch militante Muslime in Deutschland in Anspruch und richten dieses Rechtsschwert gegen alle jene verantwortungsbewußten Deutschen, die den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat durch die Agitation gewaltbereiter Islamisten in Gefahr sehen. Dies hat also nichts mit Intoleranz zu tun, sondern vielmehr mit einer wehrhaften Demokratie, die bemüht sein muß, hochverräterische Elemente auch unter dem Deckmantel der Religiosität auszumachen, vor Gericht zu stellen, deren Handwerk zu legen und die bereits vorhandene Infrastruktur zu zerschlagen.

Daher sei hier der Versuch unternommen, das Gedankengut, den Werdegang und das Selbstverständnis des Islam zu analysieren und zu hinterfragen, da in der Einschätzung eine derartige Konfusion besteht, daß sogar die etablierten Kirchen und die theologische Lehre davon ausgehen, es handele sich bei "Allah" um den gleichen Gott, den Juden und Christen anbeten und verehren. Daß dem nicht so ist, belegen die Inhalte der Pseudo-Offenbarungen des "Propheten" Mohammad (arab.: muhammad)

und des Koran. Insofern ist es bereits in der Prämisse unzutreffend, nur deshalb den Islam in die Reihe der monotheistischen Religionen einzureihen, weil man dort nur eine einzige Gottheit verehrt, auch wenn es sich um andere, in der uns vorliegenden Bibel, bestehend aus dem Alten und Neuen Testament, widersprüchliche Offenbarungsinhalte und Aussagen handelt. Der Einziggott, JeHoWaH, und Vater Jesu Christi als verheißener Messias Israels und Erlöser aller Menschen, erwählte sich in Vorzeiten das Volk Israel als künftiges Königreich von Priestern (hebr.: mamlechet kohanim, 1.Mos. 12,3; 2.Mos 19,6), indem er aufgrund des Glaubensgehorsams Abrahams (hebr.: awraham) einen Anfang machte. Die Verheißungslinie sollte mit dessen Söhnen Isaak (hebr.: itzchak) und Jakob (hebr.: jakow) fortgesetzt werden. Diesen Anspruch teilen jedoch nicht die Muslime, die in Abraham als Vater des von der ägyptischen Magd Hagar abstammenden Ismael (hebr.: ischma'el) den verheißenen erstgeborenen Sohn vor Isaak den alleinigen und wahren Stammvater sehen und verehren. Damit hat sich schon in Vorzeiten eine Entwicklung angebahnt, die zwischen Muslimen und Juden zu einer Kain-Abel-Konstellation führen sollte. Der Bruderkrieg bis hin zum Brudermord war somit vorgezeichnet, denn auch die Muslime beanspruchen seit Mohammed, das erwählte Volk Gottes zu sein. Wie konnte es zu einem solchen religiösen Anspruch überhaupt kommen? Wieso übersetzen Medien und Kirchenvertreter den "Allah-Begriff" sogleich mit "Gott", wo von den Offenbarungsinhalten her überhaupt keine Übereinstimmung besteht und somit es sich dabei nicht um den biblischen Gott handeln kann, sondern um einen eingebildeten beziehungsweise Abgott und heidnischen Stammesgott à la dem Ba'alsgott der Kanaaniter? In den israeli-

schen Medien indes weiß man zwischen dem hebräischen "elohim" (umschriebener Gottesbegriff) und dem islamischen Allah-Begriff zu differenzieren, indem man in Unterscheidung zu dem wahren Gott den Terminus "Allah" nicht automatisch mit "Gott" übersetzt, sondern als "Allah" stehen läßt. Damit wird auch deutlich, daß die Israelis in "Allah" nicht den Gott sehen, der ihnen von der Bibel her bekannt ist.

Theologisch gesehen begann die Allah-Debatte anlässlich des 6. Europäischen Bekenntniskongresses im holländischen Droegham im August 1996. Der Leiter der Arbeitsgruppe "Islam", Hanna Josua, erläuterte gegenüber den Teilnehmern, daß "Allah" mit dem jüdischen und christlichen Gottesverständnis identisch sei. Bei der anschließenden Diskussion zur Formulierung einer gemeinsamen Resolution wandte K. M. Pülz ein, daß diese Gottesdefinition unhaltbar sei und nannte in diesem Zusammenhang das Beispiel der Terror-Organisation "Hisb-Allah", die Krieg gegen Israel führt. Wenn es zum eschatologischen Plan Gottes gehört, daß "am Ende der Tage" (hebr.: be-acharit ha-jamim) das Volk Israel wieder in seine angestammte Heimat zurückkehren soll, worin sich Gott mit der Erfüllung dieser Verheißung an Israel und allen Völkern zu verherrlichen gedenkt (Hes. 36,7-32), dann ist es ein flagranter Widerspruch, wenn der gleiche Gott nunmehr die Heimkehr Israels bekriegt und den Arabern dieses gleiche Land zuweist, das seit biblischen Zeiten dem Volke Israel von Gott selbst als Heimstatt zugesprochen wurde (Josua 1,3-9). Nach diesem Einwand kam es bei besagter Arbeitsgruppe zum Eklat mit dem Ergebnis, daß das Resolutionspapier von Hanna Josua nicht verabschiedet wurde. In der hieraus resultierenden "Friesland-Erklärung" formulierte Kongreßpräsident Professor Dr. Peter Beyerhaus (Tübingen) in der These 8, daß Allah "nur zum

Teil" dämonische Züge besäße, so als wäre die Gottheit teilbar. Wenn also christliche Theologen aus dem evangelikalen Lager zwar einräumen, daß die Machtpolitik der arabischen Nationen auf "dämonisch inspirierte Verzerrungen der biblischen Gottesoffenbarung" zurückzuführen sei und demzufolge andere Wesen züge aufweist, als der uns von der Bibel her bekannte Gott, dann muß man zu der Schlußfolgerung gelangen, daß es sich bei "Allah" eben nicht um den gleichen Gott handeln kann, den Juden und Christen seit Jahrtausenden verehren. Diesen Dissens belegt auch die Sure 5,17, wo es heißt:

"Ungläubig sind gewiß diejenigen, die sagen: Christus, der Sohn Marias, ist Gott!"

Zur Abklärung des Allah-Begriffs gehört der geschichtliche Hintergrund und zugleich auch ein Vergleich zu dem wahren Gott, den Juden und Christen gleichermaßen verehren. Entgegen der Forderung in den Zehn Geboten: *"Du sollst keine anderen Götter neben mir haben"* (2. Mos. 20,3: *"lo iheje-lecha elohim acherim al-pana'i"*) hat der islamische Allah laut Koran-Sure 6,148 niemals verboten, andere Götter neben sich zu dulden. Ja die Muslime bekennen und verehren sogar andere, eigentlich untergeordnete Gottheiten inniger und unmittelbarer. Doch ist es nicht immer leicht, ihre wirklichen Vorstellungen von deren Auslegung durch Mohammed und besonders ihren Wortschatz von dem des Mohammeds zu unterscheiden. Zweifellos verehrten bereits die Muslime der ersten Stunde gewisse Gottheiten. In der Sure 53,19-20 werden al-Lat und al-Uzza, Manat oder Manah genannt; wörtlich heißt es da:

"Was meint ihr drum von al-Lat und al-Uzza und Manat, der dritten daneben?" (Fußnote: Dies sind drei Göttinnen der heidnischen Araber. Bei der ersten Verlesung der Sure soll Mohammed fortgefahren sein:

"Dies sind die zwei hochfliegenden Schwäne. Und ihre Fürsprache werde erhofft!"

Einige haben Sure 7,179 als Anspielung auf eine Verunstaltung von Allah in Allat gedeutet - als Töchter Allahs (Sure 6,100). Auch schrieben sie Allah Söhne zu. Bei allen gewöhnlichen Anlässen verehren die Muslime diese Gottheiten vor Allah und brachten ihnen vorzugsweise ihre Opfergaben dar, wohlgerne mit Benachteiligung Allahs (Sure 6,137f.). Zum mindesten erhofften sie von ihnen Fürsprache bei Allah (Sure 53,26); weniger sicher schien es ihnen, ob jene Gottheiten Schöpfer seien (Sure 13,17f.); und so kamen sie in allen Notlagen doch wieder auf Allah zurück, dessen Schöpferkraft außer Zweifel stand. Gewiß ist auch, daß sie eine Verwandtschaft (nasab) zwischen Allah und den *djinnen* (Gefährtinnen Allahs, Sure 6,100) behaupteten und diese letzteren für Allahs Genossen hielten; darum suchten die Muslime Hilfe auch bei ihnen (Sure 72,6).

Mohammeds Gottesidee findet ihren einfachsten Ausdruck im ersten Artikel des muslimischen Glaubensbekenntnisses: *Id ilaha illa llahu* (*"kein Gott außer Allah"*). Dies bedeutet bei Mohammed und den Mekkanern, daß von allen Göttern, die sie verehrten, Allah die einzige wirkliche Gottheit sei. Wenn jedoch in der wissenschaftlichen Literatur davon ausgegangen wird, daß der Eigenname Gottes der Muslime "Allah" dem hebräischen JeHoWaH, aber nicht dem Begriff "elohim" entspricht, ist dies unzutreffend, da beide jüdischen Gottesbegriffe ein und dieselbe Gottheit bezeichnen. Da ersterer Eigenname Gottes ist, darf er bei den Juden nicht ausgesprochen werden, um diesen nicht mißbräuchlich zu verwenden, so daß die Juden den Gottesname nur aufgrund seiner Charakteristika umschreiben: "el-schad-da'i", "Ha-Schem", Adona'i", "Adona'i zwa'ot" (HERR der Heerscharen), "Chai" etc..

Der Islam ist ein Ableger (Plagiat) der jüdisch-christlichen Lehre und Tradition. So sehen die Muslime in Allah den *al-chalik* (Schöpfer) und *al-bari*. So ist Allah der Absolute, Erhalter, Herrscher, Zerstörer, Wiederhersteller und Verzeichner; es gibt keine Macht und keine Kraft außer ihm. Das Verhältnis des Menschen zu Allah ist also das der Abhängigkeit. Doch entgegen der jüdisch-christlichen Gottesvorstellung, die darin fußt, daß Gott nicht den Tod des Gottlosen erleidet, führt der Allah der Muslime auch in die Irre:

"Er führt in die Irre, wen er will, und leitet auf den rechten Weg, wen er will" (Sure 13,27). Widersprüche hatten für Mohammed nichts Abschreckendes. Er hat offenbar, was auch spätere Überlieferung ihm in den Mund gelegt haben mag, über Prädestination (Vorherbestimmung) und Willensfreiheit nie nachgedacht. So entwickelt Mohammed im Koran ganz naiv zwei nebeneinander hergehende Ansichten von Allahs Wirken, eine streng prädestinistische und eine andere, die dem freien Willen Spielraum gibt. Dies war die Folge einer tatsächlichen Gedankenverwirrung bei ihm, dem die medizinische Literatur nachsagt, an der heimtückischen Syphilis (lues) im dritten Stadium der Paranoia (manisch-depressives Irresein) gestorben zu sein.

Schon lange vor Mohammed hatten sich die dualistisch-manchäische Weltbilder des Iran in Südarabien, der jüdische Gesetzesglaube in Medina und im Jemen sowie der Glaube der Christen in Mekka und in Nordarabien etabliert. Einhergehend mit einer beginnenden Auflösung der genealogischen Stammesstruktur hatten alle diese Glaubensströmungen seit langem Vorstellungen in Umlauf gebracht, die gegenüber den arabischen Mythen eine neue Individualisierung des menschlichen Bewußtseins begünstigten. Die arabischen Menschen begannen sich bereits in wachsendem Maße vom Glau-

ben an die überkommenen Naturgötzen abzuwenden und wissen unter dem Einfluß der jüdisch-christlichen Lehre ihrem Gott *Allah* die gleiche Ebenbürtigkeit zu, von der die uns bekannte Bibel über die Einzigartigkeit Gottes berichtet und die eine Solidarität und Sittlichkeit der Menschen einfordert und ein Weltgericht ankündigt. Die Hanifen (*hunaafa'*), wie die Verfechter dieser neuen Religiosität genannt wurden, traten in Mekka als die Nachfolger Abrahams auf, dem sie die Urheberschaft ihres universellen Glaubens und nicht zuletzt auch die Errichtung der Ka'aba zuschrieben. Nicht zuletzt war es auch und gerade den Bemühungen der jüdischen und christlichen Glaubensgemeinschaften um nachhaltige Ausweitung ihrer Geltungsbereiche zuzuschreiben, daß sich die religiös-soziale Umbruchsituation Arabiens zur Zeit Mohammeds ganz entscheidend verstärkte. Gerade bei den christlichen Gruppierungen - ihrerseits durch die byzantinische Großkirche an den Rand des Reiches gedrängt - handelte es sich mehrheitlich um Sektenformationen, die in der arabischen Diaspora um Einfluß rangen.

Während die Juden als einheitliche Gemeinschaft mit einem geschlossenen Glaubenssystem auftraten, boten die Christen Arabiens ein wesentlich geringeres homogenes Bild. Unter byzantinischem Druck konnten sie keine organisierte Gemeinschaft in Form einer Kirche entwickeln, sondern zerfielen in eine Reihe theologisch widerstreitender Sekten eher volksfrommer Prägung, die schließlich auch einen deprimierten Paulus und den in Jerusalem residierenden Petrus dazu veranlaßten, den Weg nach Rom zu suchen. Doch sie alle beschrieben, ob Juden, Judenchristen oder Nationenchristen, den gleichen, den einen Gott, der von jedem einzelnen Menschen Rechenschaft verlangt, ob nun über die Thora des Moses' oder über

die Selbstoffenbarung, das stellvertretende Sühneleiden und die Auferstehung des jüdischen Messias-Christus. Dies waren konsequente Vorstellungen, die Mohammed nicht allein durch ihre Treue zur Einheit Gottes beeindruckten, sondern sich auch durch eine Hochethik auszeichneten, von denen die arabischen Nomadenvölker mit ihrem Stammesdünkel Lichtjahre entfernt lagen.

Der Werdegang Mohammeds zum Propheten des Islam

Schon der Ex-Priester Buheira in Damaskus als auch Waraqa Ibn Naufal, Neffe Chadidjas und gläubiger Christ, hatten verschiedenartige Gelegenheiten genutzt, Mohammed die Grundlagen des christlichen Glaubens zu erläutern. Es folgte bei Mohammed ein 15 Jahre währender Prozeß der Vorbereitung auf die Rolle des Verkünders, wo sich der Pseudo-Prophet Mohammed mit den Juden und Christen Arabiens intensiv auseinandersetzte, was auch den späteren Koran wesentlich beeinflusste. Der Spannungsaufbau aus dem so erlernten jüdisch-christlichen Gedankengutes sowie aus der Erkenntnis realpolitischer Konfliktpotentiale verband sich mit der mystisch-spirituellen und rational-intellektuellen Aspekten der Persönlichkeit Mohammeds zu jenem Prozeß, der um das Jahr 610 n.Chr. in die Weltgeschichte einzugreifen begann. Etwa 40 Jahre - ähnlich wie bei Moses, der erst in diesem Alter erfuhr, jüdischer Herkunft zu sein - eines individuellen Lebens hatten sich gleichsam als bündelndes Brennglas auf die Zeit und ihre kollektive Dynamik auf eine Weise gerichtet, die die laufende Epoche kongenial erfassen und welthistorisch überschreiten sollte. Mohammed trat in einen Kommunikationsrhythmus mit einer von ihm transzendenten, einheitlichen und zunächst für die Araber reservierten Gottesvorstellung ein, die er nach arabisch-

aramäischem Sprachgebrauch "Allah" nannte. Im Wege auditiv-visionärer Eingebungen erhielt er eigenen Angaben zufolge in unregelmäßigen Abständen Mitteilungen dieses besagten Allahs, die er Offenbarungen und Wunderzeichen (*ayat*) nannte, in aufwühlenden Verkündigungen, Mahnungen und Drohungen an die Menschen in Mekka weitergab und alsbald zur Grundlage seines Anspruchs auf den Status eines Propheten machte.

Die Rolle des Engels Gabriel

Seine Berufung wurde ihm nach eigenem Bekunden mehrfach durch einen Engel Gabriel (*djabra'il* oder *djibril*) mitgeteilt. Der Überlieferung zufolge soll Mohammed - von Gabriel bis zum Ersticken niedergedrückt - von größtem Erschrecken vor der göttlichen Heiligkeit erfüllt und seiner Sinne beraubt gewesen sein. In Wahrheit jedoch kommt der Name Gabriels im Koran lediglich dreimal vor, auch wenn bei anderen Stellen mit dem Bezug auf "der Geist" oder "der Furchtbare" indirekt wohl Gabriel als Überbringer der vermeintlich göttlichen Botschaften gemeint ist. Mehr noch: in der Nachäffung biblischer Aussagen gilt auch im Koran der Erzengel Gabriel (hebr.: gavri-el) als Offenbarungengel, im Koran sogar als "Heiliger Geist", obschon der Islam die christliche Trinitätslehre ablehnt (Beweis: Sure 16,102: *"Sage ihnen, daß der Geist der Heiligkeit es (das Buch) dir wirklich von deinem Herrn gebracht hat, um die Gläubigen zu bekräftigen, sie zu leiten und ihnen frohe Botschaft zu verkünden"*). Nach Sure 81,19-21 ist der Koran das Wort eines "edlen Boten".

Es ist jedoch davon auszugehen, daß Mohammed dem Geist, von dem er sich ergriffen fühlte, gar nicht sofort einen Namen gegeben hat; denn die drei Stellen, wo der Name Gabriel vorkommt, gehören ja erst einer späteren Redaktion an. In der Sure 96, die sich allem Anschein nach auf die

erste Kundgebung des Geistes und auf die Verzückung bezieht, worauf Mohammed seine Sendung folgert, hat der Engel weder Namen noch Titel. Die Erzählung ist kurz, gleichsam verstümmelt und mutet unpersönlich an. Es heißt dort nur: "Rezitiere, im Namen deines Herrn, der geschaffen hat; (...) rezitiere, denn dein Herr ist der edelste". Es könnte sich somit auch um eine Erscheinung Satans handeln, wie er dem Heiland Jesus in Matth. 4,3-11 begegnete. Gottes Widersacher, der sich auch "in einen Engel des Lichts" verwandeln kann (2.Kor. 11,14; vgl. Matth. 25,41), versuchte den Messias-Christus 40 Tage und Nächte in der Wüste Jehudas. In Mohammed fand er einen eifrigen Gefolgsmann. Dies geschah auf dem Berge Hira bei Mekka, wohin sich Mohammed zurückgezogen hatte. Die Stimme soll hinzugefügt haben: "Muhammad, du bist der Gesandte Gottes, und ich bin Gabriel!" Aber dies ist aller Wahrscheinlichkeit nach eine spätere Anfügung, weil zum einen Mohammed nach seinem Ableben gottähnlich glorifiziert wurde und zum anderen auch hier eine Imitation dessen vorliegt, was in Lukas 1,19 ausgesagt wird, wonach der - echte - Engel Gabriel dem Zacharias sagt: "Ich bin Gabriel, der vor Gott steht, und ich bin gesandt, mit dir zu reden, daß ich dir solches verkündigte".

Wie es scheint, hat Mohammed einen Geist im allgemeinen Sinne zwar vernommen, aber nichts gesehen. In Sure 53 indes kommen nämlich Verse vor (1,18), die kraftvoll und mit orientalischer Übertreibung gesprochen sind und aus denen sich ergibt, daß er ihn zweimal gesehen habe: "Der Starkmächtige hat ihn unterwiesen, der Gewaltige: er schwebte in der höchsten Sphäre; dann näherte er (der Engel Gabriel) sich und schwebte hernieder; er war zwei Bogenschußweiten entfernt oder noch näher. Da offenbarte er dem

Sklaven Allahs seine Offenbarung. Die Überlieferung fügt hinzu, daß Gabriel dem "Propheten" bei seinem zweiten Erscheinen die Stute (oder Chimära) Burak zuführte.

Anscheinend lernte Mohammed den Gabriel aus der Erzählung des Evangeliums von der Verkündigung Johannes des Täufers und Jesu kennen. Nach seiner Anschauung sandte Gott seinen Geist zu Maria in Gestalt eines sehr schönen Mannes (Sure 19,19 "Der Geist sprach: *ich bin nur der Gesandte deines Herrn, um dir einen reinen Knaben zu bescheren*"). Im Koran wird allerdings der Geist nicht näher genannt. In Sure 66,12 erkennt Mohammed an, daß sie ihre Jungfräulichkeit bewahrte und läßt Gott sagen: "*Wir haben ihr einen Teil unseres Geistes eingehaucht*". Die Überlieferung setzt auseinander, daß Gabriel sich Miriam (Maria) nur näherte und ihren Schoß mit seinem Hauch traf; dadurch ward sie schwanger.

Nach muslimischem Verständnis tröstet Gabriel den Adam nach dem Sündenfall und offenbart ihm einundzwanzig Blätter; er bringt ihm den Anbau des Getreides, die Bearbeitung des Eisens und die Buchstaben des Alphabets bei; er führt ihn an die Stätte von Mekka, wo er ihn die Gebräuche der Pilgerfahrt (*hadj*) lehrt. Er zeigt ferner dem Noah, wie er die Arche bauen soll; er errettet Abraham aus dem Feuer (Sure 21,69) und hat auch sonst zu dem Erzvater mannigfache Beziehungen. Er hilft dem Moses (*mussa*) im Kampf gegen die ägyptischen Zauberer; beim Auszug der Juden aus Ägypten erscheint Gabriel auf einem Pferde mit weißgefleckten Füßen und veranlaßt die Ägypter, ins Rote Meer (gemeint ist das Schilfmeer) hineinzugehen; das sie verschlingen soll. Gabriel erscheint dem Samuel (hebr.: schmu'el) und David. Letzteren lehrt er die Kunst, Kettenpanzer zu fertigen; er tröstet diesen Pro-

pheten und übergibt ihm Blätter mit zehn Rätseln, die Salomo (hebr.: schlomo) löst. Wie im Evangelium sucht er den Zacharias auf, um ihm die Geburt Johannes des Täufers zu verkünden. Auch bei der Herstellung von Zaubermitteln und Amuletten spielt Gabriel im Islam eine große Rolle. Sein Name kommt beispielsweise neben dem der anderen großen Engel Michael, Azra'il und Israfil oft an den Seiten der magischen Quadrate vor.

Mohammeds Geisteswelt

Chadidja, die gereifte Gefährtin seines Lebens, die schon immer Verständnis für die Ungeöhnlichkeiten seiner Phantasiewelt gehabt hatte, bestätigte ihn in seinen Wahnvorstellungen, die sich in beängstigenden Angstzuständen bemerkbar machten. Mohammeds Geisteszustand schildert das Bild eines Psychopaten, der sich im Gegensatz zu den hebräischen Propheten oder eines Stephanus von den transzendenten Erscheinungen nicht befreit und erlöst fühlt, sondern verstört und geistesverwirrt reagierte. Die noch im Verlauf dieses Vortrags näher zu beleuchtenden Aufrufe zur Gewalt bis hin zu Grausamkeiten und Terror, falls Menschen und Systeme sich den panislamischen Eroberungszügen zur Wehr setzen, sind letztendlich ein Spiegel der Seele des Islamgründers Mohammed. Es zeigt das Bild einer Persönlichkeit mit einem pathologischen Hang zu Minderwertigkeitsgefühlen und fanatischen Anwendungen, wie dies die symptomatische Psychopathie als Krankheitsbild beschreibt. Dazu gehört eine erhöhte Reizbarkeit, übertriebene Eitelkeit und Selbstbespiegelung genauso wie Lügenhaftigkeit, Jähzorn, Aggressivität sowie stimmungslabile, explosive bis hin zu schizoiden Psychopathien. Da es sich dabei um keine ausgesprochene Krankheit handelt, gibt es kaum eine wirksame Therapie. In dieser Gefahr stehen auch manche charisma-

tisch behaftete Christen, die nicht in der Lage sind, zwischen den diversen Geistern zu unterscheiden und ohne ihr Wissen in Gebeten Verfluchungsformeln in ihnen unbekanntem Sprachen aussprechen in der Annahme, es würde sich um die Gabe des Heiligen Geistes handeln. Daher gilt die Gabe der "diakrisis" (Geistesgabenunterscheidung) in der Endzeit für wache Christen besonders wichtig, ja geistlich gesehen überlebensnotwendig.

Besagte Gefährtin Chadidja gab Mohammed Sicherheit und Schutz vor aufkommenden Irritationen aus der näheren Umgebung und konsultierte den Vetter Waraqa Ibn Naufal, der wie bereits erwähnt Christ war, und Mohammeds Erscheinungen dem Judentum zuordnete. Er sprach von *namus* und der Thora als dem Gesetz der Juden, in dessen Traditionen Mohammeds Inspirationen nach seiner Beurteilung zu stellen waren.

Doch Mohammeds Forderungen zielten auf eine eigenständige Religion ab, für den der ungeteilte Glaube allein Allah als dem Gott der Araber gilt und ihm als dessen Prophet, obschon Christus in Matth. 24,4 warnt: **"Seht zu, daß euch nicht jemand verführe!"** Damit warnt der Heiland vor der geistlichen Verführung durch falsche Propheten und Heilsbringer, die ja ebenfalls mit einem Wahrheitsanspruch auftreten werden. Und in der Tat 500 Jahre später tat gerade dieses der falsche Prophet Mohammed, der den islamischen Glauben begründete und bis heute auch den christlichen Völkern gegenüber den "Offenbarungsgestalt" Allah als den Gott Israels und den Vater des Messias Jesus ausgibt. Inzwischen gibt es weltweit 1,3 Milliarden Muslime, die zur größten Gefahr des jungen Staates Israel geworden sind - und vor allem inzwischen auch zum Sicherheitsrisiko der freien westlichen Welt.

Mohammeds Auswanderung von Mekka nach Medina setzte

den Beginn der islamischen Zeitrechnung und vor allem das Signal zur Herausbildung eines grundlegenden Merkmals islamischer Identität, losgelöst von den beiden anderen monotheistischen Religionen, Judentum und Christentum. Insofern ist es irrig, den Islam als Pseudoreligion den beiden vorgenannten monotheistischen Religionen zuzuordnen, da es sich nicht um den gleichen und vor allem biblischen Gottesbegriff handelt. Mohammeds Anspruch indes fordert ausschließlich für seine persönliche Sicht der Dinge Exklusivrecht, indem er die Universalität der biblischen Gottheit auf Allah überträgt. Der Zufallsabhängigkeit des arabischen Lebens setzte er die ordnende Macht Allahs und eine neue Denk-, Verhaltens- und Gebetsordnung entgegen mit der Absicht einer geistlichen Abgrenzung von den beiden anderen Monotheismen. Ziel- und Zügellosigkeit stammesmythischer Verhaltensmuster sollten der Unterwerfung unter das Gesetz Allahs weichen, das ähnlich wie bei dem biblischen Vorbild, Hingabe im Glauben und die Ausrichtung auf das Endgericht in der Hoffnung auf sein Erbarmen fordert. In dem Maße, in dem die neue aufkeimende Gemeinschaft die Fesseln alter Religions- und Stammesidentitäten und -bräuche abstreifte, stärkte sie zugleich die Herausbildung eigener Konturen, die ihren Ausdruck in der Ausarbeitung allgemeiner, u.a. als "erste Gemeindeordnung des Islam" propagierter Regeln und Normen fanden.

Die jüdischen Elemente in den mekkanischen Verkündigungen bildeten für Mohammed den geeigneten Anknüpfungspunkt für Gespräche mit den starken jüdischen Stämmen Medinas, deren geschulte Theologen indes seine Unkenntnis der jüdischen Überlieferung "halacha" rasch bloßlegten. Sie zweifelten berechtigterweise seinen Prophetenanspruch an und lehnten sein Ansinnen eines Übertritts zum

Islam als Häresie ab. Die Juden Medinas trugen ihre Stellungnahmen - nicht wie bei den ökumenischen Kirchentagen dieser Tage - mit unübersehbarer Ironie vor. Mohammed sah darin eine Bedrohung seiner Glaubwürdigkeit und seiner Stellung in der sich neu formierenden Gemeinschaft potentieller Muslime.

Die ersten Mordtaten im Zeichen des Halbmondes

Die Konsequenzen ließen nicht auf sich warten: Im Jahre 624 n.Chr. wurden die Stämme der Nadir und Qaynuqa unter Einbehalt ihrer Besitztümer nach Chaybar in Nordarabien vertrieben. 627 n.Chr. ging Mohammed gegen den noch verbliebenen Stamm der Qurayza vor, deren Kontakte zu den nach wie vor feindlich gesinnten mekkanischen Quraysch den willkommenen Vorwand boten, ein radikales Exempel zu statuieren. In einem fast zwei Tage währenden Massaker ließ er eine nicht näher bekannte Anzahl (600 bis 700) männliche Personen in ein eigens hergerichteten Massengrab steigen und in seiner Gegenwart hinrichten. Die Frauen und Kinder wurden in die Sklaverei verkauft beziehungsweise unter seine Gefolgsleute verteilt. Daß er eine der Witwen, die 18jährige Rayhana Bint Zayd, für den eigenen Konkubinenbestand rekrutierte, belegt das niedere ethische Niveau dieser hausgemachten Religion im Vergleich zur Ethik der neutestamentlichen Bergpredigt, die sogar zur Feindesliebe auffordert (Matth. 5,44). So konnten die psychologischen Folgen des Massakers nicht ausbleiben. Furcht breitete sich aus. So schlagartig wie das Ereignis auf die Menschen wirkte, so nachhaltig hatte sich jeder Zweifel an Mohammeds Machtposition im allgemeinen und am Prophetenstatus im besonderen verflüchtigt, was Mohammed selbst als Beglaubigung dieses blutrünstigen Pseudo-Gottes Allah

zurückführte. Bei seinen Anhängern verbliebene Skrupel wurden durch einschlägige Neu-Offenbarungen beruhigt und als "allah"-gewollt hingestellt. Selbst seine mekkanischen Widersacher, die keine Gelegenheit ausließen, seinen Aufstieg zu verhindern und ihn dabei möglichst noch der Lächerlichkeit preiszugeben, wichen nunmehr vor den unberechenbaren Gewalttätigkeiten dieses Mannes zurück, der sich anschickte, mit seiner Einschüchterungspolitik die arabischen Völkerschaften zu unterwerfen.

In kurzer Reihenfolge ließ Mohammed im Jahre 624 n.Chr. die unbequeme medinensische Dichterin Asma' Bint Marwan und den angeblich 100jährigen Abu Afak im Schlaf ermorden. Beide hatten sich durch Spottgedichte mißliebig gemacht und ihr Leben entsprechend damit verwirkt. Mohammed, der gern vom gnädigen und barmherzigen Allah sprach und dies im Koran als Charakteristika seines Hausgottes festhielt, kannte weder Gnade noch Barmherzigkeit gegenüber Zweiflern an seiner vermeintlich göttlichen Berufung. Dies allein war schon Grund zum Mord, weil seine Ehre auf dem Spiele stand, die in der arabischen Welt bis heute einen sehr hohen Stellenwert besitzt. Offensichtlich hatte für Mohammed des 5. Gebot Gottes "Du sollst nicht morden", keine Relevanz.

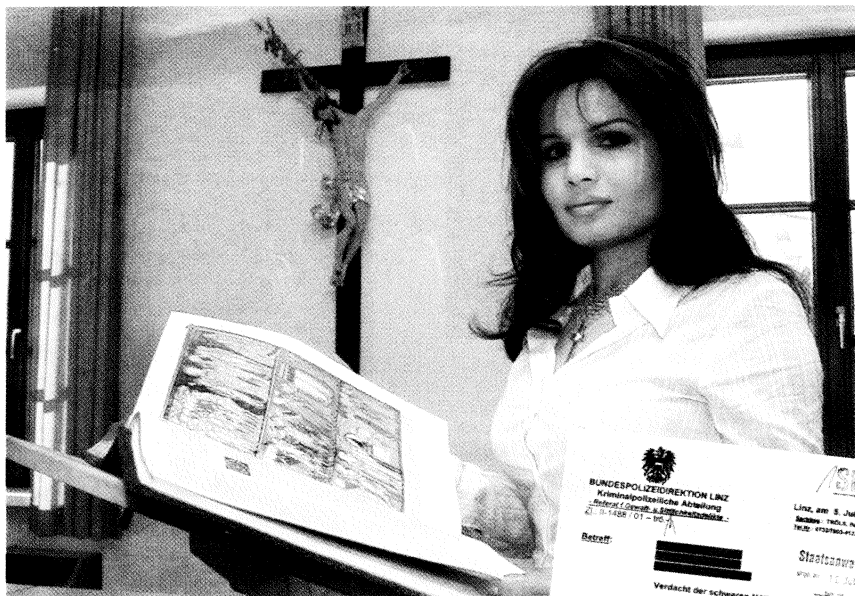
Im Jahre 627 n.Chr. folgte als Mordopfer Ka'ab Ibn Aschraf, ein Halbjuden, der den mekkanischen Erzfeind zu Maßnahmen gegen Mohammed aufgerufen und ebenfalls Todesmut bewiesen hatte. Seine und die Beseitigung anderer Gegner durch eine "Elite-Einheit" innerhalb einer steigenden Zahl williger Auftragstätter verdeutlicht die faktische Usurpation des Rechts durch den Verkünder sowie seine Heraushebung über die noch in unsere Tage hinein geltende Blutrache. Die Beseitigung religiös-politischer Gegner unter Rückgriff auf Mohammeds aktive Vorbildfunk-

tion wurde rasch zu einem integralen Bestandteil und Verhaltensmuster islamischer Machtsicherung, wie sich unschwer dem einschlägigen Katechismus des andalusischen Qadi 'Iyad al-Jahsubi (gest. 1149 n.Chr.) entnehmen läßt.

Der vom Islam her sanktionierte Mord

Das Todesurteil (*fatwa*) gegen den indo-britischen Autor der "Satanischen Verse" (gemeint war dabei der Koran), Salman Rushdie, im Iran noch zur Zeit des Ayatollah Chomeini ist das bekannteste moderne Beispiel für die im Prinzip bis in die Gegenwart unverändert gebliebene Geltung dieser kriminellen Handlungsweise. In jüngster Zeit fürchtet die zum Christentum konvertierte Sabatina um ihr

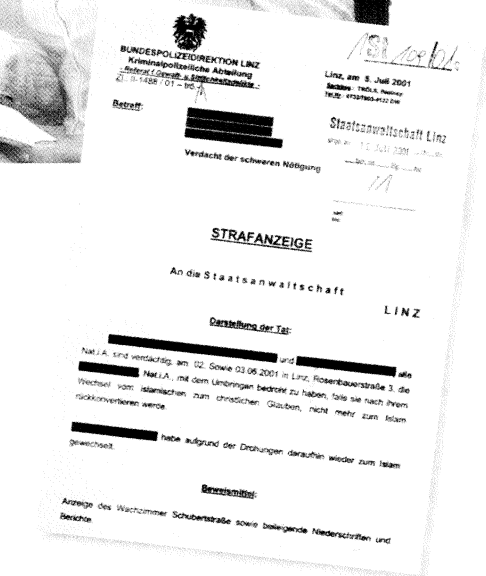
ihren Erlöser. Es ist eine Geschichte, wie sie viele junge Frauen aus muslimischen Familien in westlichen Gesellschaften erleben müssen; wie Sabatina, die sich nicht allein auf die Straße traut, ins Kino oder Café oder Freundschaften zu schließen wagt. Es gibt eine Fülle an gefangenen Frauen, die im angeblich freien Westen wie ein Leben in Unfreiheit verbringen müssen, weil dies ihre muslimischen Ehemänner und Familienangehörigen dies so wollen. Im Falle von Sabatina holte der Vater seine Familie im Jahre 1992 nach Österreich nach, wo er auf dem Bau arbeitet. Da sie kein Kopftuch als Jugendliche tragen will, wird das Mädchen von den Eltern mit Fäusten und Füßen traktiert. Für die Eltern wird sie als "österreichische



Im Zeichen des Kreuzes

In einem Pfarrhaus studiert die bekennende Christin eine alte Bibel

Leben, obschon sie mitten in Europa lebt. Nach islamischem Verständnis muß sie entweder von ihrem eigenen Vater oder einem ihrer Brüder oder einem guten Freund des Vaters getötet werden. Nicht nur weigerte sie sich, den seit Kindertagen für sie bestimmten Mann zu heiraten, nun fiel sie auch noch vom Väterglauben ab und bekennt Jesus als



Polizeisache

Nach der ersten Morddrohung zeigte Sabatina ihre Familie an. Weil sie ihre Eltern aber nicht in Haft sehen wollte, widerrief sie die Konversion

Hure" abgestempelt. Nach Pakistan verfrachtet muß sie in einer sogenannten Koranschule mit 30 anderen Mädchen einen Raum teilen. Eine Erzieherin prügelt mit einem Rohrstock jede menschliche Regung nieder. Das einzige Unterrichtsfach ist das Lesen des Korans. Drei Monate später wird das 16jährige Mädchen rausgeworfen, körperlich und seelisch am Ende, abgemagert, mit Koliken im Bauch und Läusen in den Haaren. Nach Linz/Donau zurückgekehrt, studiert sie weiter den Koran, trägt Kopftuch und duldet nachts die Nähe ihres Cousins, mit dem sie verheiratet werden soll. Sie schreibt ihr Martyrium in Form eines Buches nieder, das im Kleindienst-Verlag, Wien, mit dem Titel "Sabatina. Vom Islam zum Christentum - ein Todesurteil" dieser Tage erschien. Sie weiß, daß im pakistanischen Gesetzbuch auf Gotteslästerung die Todesstrafe steht, und daß nur ihr Tod die Familienehre zu retten vermag. Ihr Halt ist nunmehr der Glaube ausgerechnet an den Juden Jesus. Für sie war es kein jäher Sprung vom Koran zur Bibel, eher ein langsames Herantasten an das Unvorstellbare, das Unverzeihbare. Ein Mitschüler hatte ihr die Bibel geschenkt, der selbst dadurch zum lebendigen Glauben an Christus gekommen war. Erst in den Evangelien fand sie Antworten und Zuspruch auf alle ihre Nöte. Sie erkannte, was die heutigen Kirchenführer und christlichen Theologen offensichtlich noch immer nicht erkannt haben, wenn Sabatina dezidiert ihrem Vater gegenüber bekennt: **"Ich glaube nicht mehr an denselben Gott wie du, ich glaube an Jesus Christus!"** Wutschnaubend, keinen Blick zurück, stürzt ihr Vater daraufhin aus der Wohnung. Die Reaktion der Familie läßt nicht auf sich warten. Die Antwort ist ein Ultimatum von zwei Wochen; die Drohung: **"Wenn du bis dahin nicht wieder Allah annimmst, müssen wir dich töten!"** Sabatina läßt sich ein-

schüchtern und zieht die Anzeige gegen ihre Eltern zurück; sie gibt an, wieder zum Islam zurückgekehrt zu sein. Ein halbes Jahr später bricht sie endgültig mit ihrer Familie. Seither ist sie fünfmal umgezogen, hat mehrfach die Handy-Nummer gewechselt und beschränkt ihre Sozialkontakte auf Uniformierte; es ist die Polizei von Wien. Mit der Buchveröffentlichung möchte sie anderen Mädchen aus muslimischen Familien Mut machen, nicht zu kapitulieren, sondern für ihre verbrieften demokratischen Menschenrechte zu kämpfen.

Da versteht man dann die Welt nicht mehr, wenn eine deutsche Lehrerin, die wegen eines Muslim zum Islam konvertierte, deutsche Gerichte in Anspruch nimmt, um auch im Unterricht das traditionelle Kopftuch als islamisches Bekenntnis tragen zu dürfen. Sabina heiratete ihren muslimischen Freund, nachdem sie zuvor in Kairo offiziell zum Islam übertrat. Ihren Einlassungen zufolge hatte sie "endlich meine eigene Beziehung zu Allah gefunden", der ihr "so etwas Wunderbares wie eine Tochter geschenkt hat". Im August 1997 erfuhr Sabina, daß ein Gericht der Lehrerin Fereschda Ludin untersagt hatte, mit Kopftuch zu unterrichten. Unterdessen entschied das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 24. September diesen Jahres, daß das Tragen des Kopftuches einer Lehrerin Angelegenheit des jeweiligen Bundeslandes wäre. Was nicht ausdrücklich verboten ist, gelte als erlaubt. Das Richterergremium drückte sich vor einer klaren Entscheidung hinsichtlich der Religionsfreiheit in unserem Lande. Mit anderen Worten: der Gesetzgeber soll sich mit der Frage herumschlagen, ob es gut oder schlecht für die Schüler ist, wenn ihre Lehrerin sich zum Islam bekennt. Damit wird auch die strikte staatliche Neutralität zum Thema Religion an den Schulen untergraben, was offensichtlich bei dem Kreuzifix-Urteil im Jahr 1995 nicht



Mit Geldern aus Saudi-Arabien erstritt sich die muslimische Lehrerin Fereschda Ludin vor dem deutschen Bundesverfassungsgericht das Recht, im Unterricht das traditionelle Kopftuch dort tragen zu dürfen, wo dies ein Bundesland per Gesetz erlaubt

der Fall war und demzufolge in Bayern die Kreuze aus den Klassenräumen zu beseitigen waren. Da es sich bei Frau Ludin um eine Lehrerin handelt, die im öffentlichen Auftrag tätig ist, kann meiner Auffassung nach ihr Persönlichkeitsrecht im Sinne einer Zurschaustellung des Islam keinen Vorrang haben. Die drei Verfassungsrichter, die diesem Richtspruch widersprachen, Udo Di Fabio, Rudolf Mellinghof und Hans-Joachim Jentsch folgerten: "Wer so die religiöse Freiheit des Lehrers betone, verkürzt die Rechte von Eltern und Schülern." Ludins hartnäckiges Festhalten am Kopftuch wecke Zweifel "an der vorrangigen Loyalität zu den politischen Zielen des Dienstherren und der Werteordnung des Grundgesetzes". Scharf kritisierte auch Michael Bertrams, Präsident des Oberverwaltungsgerichts Münster, das Urteil: "Das durch das Kopftuch vermittelte

Frauenbild steht in offenem Widerspruch zu elementaren Grundwerten unserer Verfassung.“ Die Richter hätten an die türkischen Mädchen denken sollen, die ihr Haar nicht bedecken möchten, aber jetzt von staatswegen ein Kopftuch präsentiert bekommen. Die Folge dieses “arm-seligen” Urteils dürfte ein föderaler Flickenteppich sein, denn Hessen, Bayern und Berlin kündigten bereits ein Kopftuchverbot an, Baden-Württemberg prüft, Nordrhein-Westfalen sieht seine liberalere Praxis bestätigt. Frau Ludin geht es offensichtlich um das Prinzip, ihre persönliche religiöse Überzeugung mittels deutscher Gerichte als Präzedenzfall für gleichgelagerte Fälle durchzusetzen. Dabei gilt als sicher, daß für die Kosten dieses 5jährigen Gerichtsweges die Saudis aufgefunden sind, da sie mit ihrer Familie zuletzt in Saudi-Arabien lebte. Zur Zeit unterrichtet sie in einer islamischen Grundschule in Berlin, hinter der die vom Verfassungsschutz beobachtete “Islamische Gemeinschaft Milli Görüs” stehen soll. Die Widersprüchlichkeiten liegen offen zutage, denn hier fordert eine Muslima Emanzipation, die den Frauen in islamischen Ländern bekanntlich verweigert wird, und erwartet zum anderen Toleranz der christlichen Mehrheit in diesem Lande, die man vergeblich in den arabischen Ländern gegenüber Andersgläubigen sucht.

Nun fordert auch die Muslima Ilyman Alazyed die Anstellung an einer staatlichen Schule, aber in Niedersachsen dürfte sie nach dem vorliegenden Skandalurteil sogar Aussichten auf Erfolg haben, während des Unterrichts ein muslimisches Kopftuch tragen zu können, und andere werden diesem Beispiel folgen.

Dabei warnte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, ebenfalls vor Mißtrauen zwischen Christen und Muslimen als Folge islamistischen Terrors. Anlässlich der Herbstvollversammlung der

Bischöfe in Fulda erläuterte er, daß “vielen Deutschen” die “Vielschichtigkeit des Islam” unbekannt sei. In Unkenntnis, daß Islam und Islamismus eine Einheit bilden, bezichtigte Lehmann die deutsche Bevölkerung der mangelhaften Kenntnisse über einen vermeintlich friedliebenden Islam.

Zurück zu Sabine: Sie, die in der westlichen Freiheit aufwuchs, wurde unter dem Einfluß ihres muslimischen Ehemannes auf einmal zum Verfechter islamischer Interessen. Ihre Worte sprechen für sich: “Wären wir mehr, würden die Menschen begreifen, daß es für uns ein Zeichen der Würde ist, nicht der Erniedrigung, bedeckt zu sein. Am nächsten Tag habe ich ein Tuch aufgesetzt. In meinem Herzen war Ruhe!” Später wurde sie Referendarin an einer Integrierten Gesamtschule (IGS) in Hannover.

Auch Süheda Tozlu, Schülerin der neunten Klasse des Goethe-Gymnasiums in Ludwigsburg, trägt ein Kopftuch. Die Vierzehnjährige sagt bereits: “Ich bin ein gläubiger Mensch, und Allah verlangt von mir, daß ich dieses Tuch trage!” Dabei verweist sie auf die Sure 24,31 im Koran, wo es heißt: *“Und sagt euren gläubigen Frauen (...), daß sie ihre Reize nicht zur Schau stellen sollen, und sie sollen ihre Kopftücher über ihre Kleiderausschnitte schlagen(...).”*

Ein anderer Fall von Unmenschlichkeit ist das Todesurteil gegen die Nigerianerin Amina Lawal durch ein islamisches Gericht. Die wegen angeblichen Ehebruchs zum Tod durch Steinigung verurteilte Frau hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt. Die Berufungsinstanz tagte am 25. September. Lawal, 31, die eine 19 Monate alte Tochter hat, war knapp zwei Jahre nach ihrer Scheidung schwanger geworden. Jede außereheliche Beziehung auch von Geschiedenen gilt nach islamischem Recht (Scharia) als Ehebruch. Ein Gericht im Bun-



Die Nigerianerin Lawal war von einem islamischen Gericht zum Tode durch Steinigung verurteilt worden. Internationale Menschenrechtsorganisationen sorgten für einen Berufungsprozeß, der sie aus “verfahrenstechnischen” Gründen vom Ehebruch freisprach

desstaat Katsina hatte sie deshalb im März 2001 zum Tode verurteilt. Das Scharia-Gericht hatte aber im Interesse der Tochter von Lawal entschieden, daß das Todesurteil nicht vor Januar 2004 vollstreckt werden kann. Erst auf Druck aus dem Ausland bequeme sich die Berufungsinstanz, das unmenschliche Urteil aus formalrechtlichen Gründen wieder aufzuheben, da Frau Lawal in der ersten Instanz nicht ausreichend anwaltlich mit ihrer Verteidigung vertreten war. Nach dieser Entscheidung strahlte sie: “Ich bin glücklich, Allah ist groß!” Doch für die Menschenrechtsorganisationen geht der Kampf weiter. “Wir sind froh über die Entscheidung, aber das Urteil hätte gar nicht erst gefällt werden dürfen”, sagte ein Sprecher von “Amnesty International”. Es gebe noch zahlreiche weitere Todesurteile, deren genaue Zahl gar nicht bekannt sei. Das islamische Recht, das international geächtet werden sollte, wurde seit dem Jahr 2000 nach und nach in zwölf Bundesstaaten Nigerias eingeführt.

Während in islamischen Ländern keine Religionsfreiheit exi-

tiert, erwarten die Muslime hierzulande unter Einsatz der Gesetzgebung unseres freiheitlich demokratischen Staatswesens eine völlige Akzeptanz ihres Religionsverständnisses, das jedoch nicht nur eine religiöse, sondern vor allem auch eine politische Ausrichtung und Zielsetzung beinhaltet, nämlich überall in der Welt Allah-Staaten ins Leben zu rufen und die Demokratien als "Teufelswerk" abzuschaffen, was das Ende der Religionsfreiheit bedeuten würde, die sie selbst in ihren Ländern niemandem zubilligen. Wäre der Islam so friedliebend, wie er sich selbst darzustellen versucht und von gebildeten und naiven Politikern und ökumenisch ausgerichteten Theologen propagiert wird, warum gibt es dann keine "fatwas" gegen solche islamistischen Terroristen, die dem Islam durch ihre Gewalttätigkeit mehr Schaden zufügen als alles andere? Warum gibt es nur "fatwas" gegen Muslime, die sich nun einmal dem Gott der Bibel zuwenden oder gegen Menschen, die sich aus berechtigten Gründen kritisch über den Islam und seine Machenschaften äußern?

Mohammed verbreitet mit Waffengewalt seinen Glauben

Während der jüdische Messias Jeschua, der bis heute von seinem eigenen Volk in Israel keine Akzeptanz fand, die Gewaltfreiheit und Liebe Gottes predigte, tat Mohammed "im Namen Allahs" genau das Gegenteil. Ertragreiche Raubzüge, wie das Scharmützel von Badr (624 n.Chr.) und der nach der Niederlage von Uhud (625 n.Chr.) moralisch aufrüstende sogenannte "Grabenkrieg" im gleichen Jahr, machten die Gemeinschaft von Medina nicht nur materiell, sondern auch ideologisch zu einem Modell von wachsender Überzeugungskraft. Mohammed nutzte die Gunst der Stunde, auf die er mit Geschick, Geduld und Gewalt hingearbeitet hatte. Mit

unfehlbarem Gespür für das politisch Machbare instrumentalisierte er das Siegerprofil und die enorm gestiegene Finanzkraft zu einem Überraschungscoup in Mekka. Nicht weniger als 1500 Mann führte er 628 n.Chr. vor die Tore der Stadt, um die "Pilgerriten durchzuführen", wohlwissend, daß die Gegenseite sich hierauf nicht einlassen konnte. Dabei schüchterte die imposante Streitmacht die Mekkaner derart ein, daß sie sich Verhandlungen und einen Friedensvertrag über zehn Jahre mit dem Beginn der Pilgerriten im Folgejahr aufzwingen ließen. Unter der zusätzlichen Signalwirkung dieser Aktion entwickelte sich das Modell von Medina in den zwei darauffolgenden Jahren endgültig zum bedeutenden Machtfaktor auf der arabischen Halbinsel. Weitere Raubzüge und Razzien in der Region stärkten Ansehen und Besitz der Gemeinschaft so nachhaltig, daß ihr die Konvertiten nun zu Tausenden zuströmten.

So konnte Mohammed bereits im Jahre 630 n.Chr. vertragswidrig mit einem für jene Zeit gewaltigen Heer vor Mekka erscheinen und seinen alten Widersacher, den qurayschitischen Statthalter Abu Sufyan, zur Übergabe der Stadt zwingen. Nur durch das Versprechen, "auf immer in ihrer Mitte" bleiben zu wollen, waren sie letztendlich zu besänftigen. Ritus und Heiligtum waren nun Abraham als der von Mohammed für den Islam beanspruchten Urgestalt des monotheistischen Glaubens gewidmet, wie dies neuzeitliche Konzepte zur Befriedung zwischen den drei monotheistischen Religionen unter Einschluß des Christentums und Judentums deutlich machen (s. BNI-Nr. 147, Seite 52 "Abraham soll als interreligiöse Integrationsfigur erhalten"). Damit hatten zwei Jahrzehnte dem Gesandten des Arabergottes Allah genügt, in einem zweischichtigen Entwicklungsprozeß auf geistiger und politischer Ebene die Basis für das kommende Buch des Islam zu

legen und zugleich seiner Gemeinschaft, der *umma*, diejenigen Denk- und Verhaltensmuster aufzuprägen, die für ihre gesamte weitere historische Entfaltung von entscheidender Bedeutung sein sollten.

Wie damals so auch heute gehört hierzu vor allem die bedingungslose Unterwerfung unter das Gesetz Allahs, das mit den Gesetzen des biblischen Gottes (Thora) oder der christologischen Heils- und Friedensbotschaft nichts gemein hat und somit daraus der Rückschluß gezogen werden kann, daß es sich beim Islam um eine hausgemachte Religion eines "Einzeltäters" namens Mohammed handelt, der sich selbst zum Propheten inthronisiert hat, mögen ihn dabei dämonische Geister aufgrund seiner charakterlichen Konzeption einer pathogenen Profilneurose noch dazu verholpen haben. Damit wurde er ein willfähriger Bundesgenosse finsterner Mächte, vor denen der Apostel Paulus im Epheserbrief Kapitel 6 ausdrücklich warnt und damit gleichzeitig deren Existenz und Wirken vor allem im eschatologischen Prozeß unterstreicht. Aber es geht Mohammed nicht nur um das Verhältnis zu dieser Pseudo-Gottheit "Allah", denn gleichzeitig schwört er auch das Individuum zur unbedingten Treue zur Glaubensgemeinschaft *umma* ein, dessen Hingabe in der persönlichen Lebensführung an den Ritenvollzug, ähnlich wie dies das orthodoxe Judentum vorschreibt. Also bildet Mohammed auch hier ein Plagiat aus der israelitischen Vorlage. Dabei geht es ihm aber um keine Konsenssuche mit den beiden älteren monotheistischen Religionen, vielmehr verlangt er von seinen Anhängern eine rigorose Verfolgung islamischer Interessen **unter Einschluß von Gewalt und die Vereinnahmung größtmöglicher Vermögen** zur Alimentierung sowohl der Obrigkeit als auch der sozial Schwächeren unter den Gläubigen.

An dieses Muster halten sich bis heute sämtliche islamistischen Terror-Organisationen, insbesondere die "Chamas", die eigene Kindergärten betreibt, die zu Kadern ihres Nachwuchses mißbraucht werden sowie finanzielle Unterstützung für bedürftige Muslime, um sich damit den Anstrich der Wohltätigkeit zu geben. Familien, die durch Selbstmordattentäter oder bei Auseinandersetzungen mit islamfeindlichen Mächten Angehörige verloren haben, werden in besonderer Weise einst auch durch Zuschüsse aus Bagdad, aber nunmehr auch aus anderen islamischen Ländern, wie Saudi-Arabien und Kuwait, unterstützt und gefördert.

schen Kombination von Glaubenslehre und Zwangssteuereintreibung die kontrollierte Installation des Islam auf der arabischen Halbinsel endgültig bis zum heutigen Tage sicherstellten, wobei die Erdölvorkommen diesem Machtstreben noch weiteren Vorschub leistet.

Der Islam als politische Formation

Das Judentum trennt sogar in Israel nicht zwischen Staat und Religion, was der dortigen Demokratie wenig Glaubwürdigkeit verleiht und zu einer Ungleichbehandlung der Bürger führt. Ich selbst bemühe mich seit Jahrzehnten in der israelischen Öffentlichkeit um die Durchsetzung

ten öffentlich die Einführung einer Verfassung für den Staat Israel, was sich eigentlich die jetzige Regierung auf die Fahnen geschrieben hat, aber sich auf die Sicherheitslage und die Auseinandersetzungen mit den Palästinensern konzentriert, anstatt sich auch innenpolitischen Fragen zuzuwenden.

Anders verhält es sich mit dem Christentum, wenn ihr Gründer, der in Bethlehem nach Micha 5,1 der Verheißung entsprechend in Bethlehem geborene Messias Jeschua (Jesus) jedweden irdischen Anspruch mit seiner Bezeugung abschwor: *"Mein Reich ist nicht von dieser Welt"* (Joh. 18,36). Der Heiland fügt noch hinzu: *"Wenn mein Königtum aus*

DAS WELTWEITE NETZ VON HAMAS



Nachdem das Medina-Modell das arabische Heiligtum übernommen hatte, reichten vier weitere Jahre aus, die Herrschaft Allahs auf die gesamte arabische Halbinsel auszudehnen. In sich repetierenden Ablaufmustern erklärten die Stammesfürsten ihre Loyalität und unterwarfen sich den neuen, mit einer Zwangsabgabe verbundenen Riten. Zur dauerhaften Kontrolle dieser Absprachen bildete sich ein neuer Typus von "Vertrauensleuten" heraus, die in einer pragmatischen

einer freiheitlich demokratischen Rechtsordnung, was jedoch bislang nicht zur Abschaffung der sogenannten Rabbinatsgerichte führte, die noch immer in standesamtlichen Fragen entscheiden, wobei nur Menschen jüdischer Abstammung und Konvertiten nach strengem orthodoxen Ritus sich verehelichen können und mit einem Grab auf einem jüdischen Friedhof rechnen können. Über diese Phänomene haben wir uns in einer Vielzahl von Beiträgen befaßt und forder-

dieser Welt entstammte, würden meine Diener kämpfen, daß ich den Juden nicht ausgeliefert werde!" Gerade dies hatten jedoch die Juden von ihrem Messias erwartet, daß er die Römer aus dem Lande wirft, ein Großreich Israel aufrichtet und die Feinde Israels endgültig unterwirft. Mit einem "königlichen Gottgesalbten", der an einem der römischen Kreuze sein Leben aushaucht, wollten und wollen bis zum heutigen Tage die Juden nichts wissen. Dennoch möchte der Davidssproß seinen Königsanspruch nicht abschwächen, verkleinern oder verharmlosen.

Im Gegenteil: sein Königtum ist ein universelles, weit über die Grenzen partikularistisch denkendem Judentum hinausgehend, das das Heil Gottes stets nur auf sich allein bezog und noch immer bezieht. Für sie sind die Menschen anderer Nationen eben nur "go'im". Nein, im Gegensatz zu dem irdischen Machtanspruch des späteren Mohammed handelt es sich bei dem Messias-Christus um keinen weltlichen Herrschaftsanspruch. Um säkulare Macht und Herrschaft, wie sich darum die spätere Kirche in ihrem Triumphalismus bemühte, wenn sie Menschen wegen ihrer Gesinnung auf Scheiterhaufen verbrannte und die Inquisition Menschen quälte und auf mannigfache Weise zu Tode beförderte, kämpft man mit Einsatz seiner Anhängerschaft. Pilatus sieht dies genauso wenig wie die jüdische Führungsschicht. Hat es Gott nötig, sich dieser Welt gleichzustellen und mit Waffengewalt und Terror den Glauben an sich zu erzwingen? Gerade der Mann aus Nazareth zeichnet ein Gottesbild, wie es dem natürlichen Denken nicht entspricht. Es ist diese vermeintliche Machtlosigkeit, bedingt durch die Gewaltlosigkeit und sich der Menschheit Ausgeliefertheit, die Gott dazu veranlaßte, den Todgegläubten auferstehen zu lassen; auch wenn dies der Islam mit der Himmelfahrt Mohammeds auf seinem Pferd ebenfalls imitiert hat. Vielmehr hatte Jeschua den Petrus dazu aufgefordert, sein Schwert wieder in die Scheide zu stecken, als er ihn mit profanen Mitteln vor der Verhaftung zu verteidigen suchte.

Diese Gewaltlosigkeit ist jedoch auch die Schwachstelle des christologischen Glaubensverständnisses gegenüber dem machtgierigen Islam, der sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel einsetzt, um sein Imperium nicht nur zu vergrößern (Panislamismus), sondern zugleich damit auch eine Art Gerichtshandeln

"im Namen Allah" an einer dekadenten westlichen Welt zu konstituieren. Mit Verachtung und Häme beobachten daher die Muslime Veranstaltungen, wie "Love-Parade" oder "Christopherus-Street-Day" oder homosexuelle Politiker und vor allem eine in ihren Augen geistlich profillose institutionelle Kirche, die sich für einen Dialog öffnet, auf den sich jedoch Muslime aufgrund ihres Korans keineswegs einlassen dürfen. So sind auch hier der Dialog und die Toleranz eine Einbahnstraße zu Gunsten islamischer Interessen. Es ist unfassbar, daß diese Sachzusammenhänge weder von der Politik, den Kirchen und den Medien noch nicht durchschaut wurden. Im ersteren Fall hängt dies kausal mit der ideologischen Ausrichtung der rot-grünen Koalition zusammen, die in den 800.000 Wählern islamischen Glaubens ein willkommenes Wählerpotential entdeckt hat und damit ihre Absicht, Deutschland mit einer wertefreien multikulturellen Gesellschaft zu beglücken, weiter voranzutreiben gedenkt. Möge Deutschland vor einer Fortsetzung dieser unseligen Koalition bewahrt bleiben, die in letzter Konsequenz zu einer gesellschaftlichen Selbstauflösung führt, wobei sich die Muslime für das Jahr 2020 einen muslimischen Bundeskanzler vorstellen, wenn statistisch gesehen demographisch im Jahre 2050 jeder zweite Deutsche muslimischen Glaubens sein wird. Dies sind keine Horrorszenarien, sondern zu erwartende Entwicklungen aufgrund der Faktenlage, denn Kinder abzutreiben, ist offensichtlich das Privileg der Christen in diesem Lande, was für Muslime allerdings undenkbar wäre, da sie Kindersegen ebenfalls als religiöse Waffe einsetzen. Dies erklärte offen Arafat gegenüber seinen palästinensischen Landsleuten: durch die Zeugung von Kindern die Juden aus ihrem Land zu drängen.

Die Taktik Mohammeds bestand darin, "seine" neue Reli-

gion mit den überkommenen sakralen Gewohnheiten und Riten auch eigener Prägung sowie mit einem übergreifenden, arabischen Stammesdenken synkretistisch zu verschmelzen. Mit genialen Blick für den religiös-politischen Bedarfsrahmen seiner Zeit einerseits und einem Überhöhungsanspruch für die arabisch-semitische Rasse andererseits, die den Exklusivanspruch des Volkes Israel als "am s'gulah" (erwähltes Volk Gottes) ad absurdum führt, hatte er sich Schritt für Schritt für Maßnahmen entschieden, die sein Sendungsbewußtsein mit vermeintlich göttlichen Direktiven als eine Art arabischen Moses in ein Geistvakuum vorstießen ließ, das er mit einer neuen, auf die Araber zugeschnittenen schwärmerischen Mentalität und spirituell-politischer Dynamik füllte. Mohammed beschränkte sich keineswegs auf nur religiöse Sentenzen und Auflagen. Im Grunde genommen war er Materialist, der kühl rechnete und kalkulierte. Er mißbrauchte die Religion, um damit zum einen seine eigene Geltungssucht zu befriedigen und zum anderen, Macht über andere Menschen auszuüben. Unter Zuhilfenahme mekkanischer Eingebungen und praktisch orientierter Verkündigungen in Medina spiegeln bereits die im kommenden Islam angelegte Doppelfunktion als Religions- und gleichzeitigem Staatskonzept wider. Jüdische und christliche Elemente bilden dabei eine formative Rolle, die der Religion Mohammeds eine antagonistische Struktur als Antithese - insbesondere zum Christentum - bis in unsere Tage hinein verleiht. Dabei setzte der Umzug (*hidjira*) von Mekka nach Medina den Maßstab für die sich vorbereitende historische Expansion des Islam.

Die neue arabischorientierte Identität mit einer universalen Gottesidee, wie sie vor Mohammed bereits Christus propagierte, erlangte rasch den Charakter des Elitären, weil sie nicht nur auf

arabischem Boden zustande kam, sondern auch die Gottheit selbst "arabisch" war, wobei in dem Terminus "al-rab" (HERR als Anrede Gottes) sich das arabische Volk als neues und schon immer erwähltes Gottesvolk versteht und somit in Konkurrenz zu dem jüdischen Eingottglauben und dem christlichen Erlösungsglauben steht. Mit dieser Ansicht konnten sich im späteren Geschichtsverlauf die arabischen Völkerschaften von den etablierten Hochreligionen und Großmächten emanzipieren, auch wenn die islamische Moral-ethik den Anforderungen des Christentums und Judentums nicht standhalten kann. Vielmehr dient der Koran als vermeintliches Gotteswort zur Verführung zu Gewalt- und Straftaten, wie wir dies im Verlauf dieses Beitrags noch näher erläutern werden.

Bereits im Stadium der formativen Entfaltung des islamischen Unterwerfungsprinzips wurde die untrennbare Synthese aus Glaube und Herrschaft mit konkreten, politisch-fiskalischen Folgen erkennbar. Die Stämme Arabiens unterwarfen sich, weil sie - beeindruckt von Mohammeds Erfolgsweg und dem Selbstverständnis seines vom Allah-Gott beauftragten Dienstes am arabischen Volk - teilhaben wollten an der sich unübersehbar formierenden neuen Macht des Islam, einer Hausreligion, die sich zur Weltreligion mauserte. Die Zusammenfassung der Stämme Arabiens unter der einigenden Idee der *umma* als Gemeinschaft Allahs, was im Christentum der "ecclesia" entspricht, und der disziplinierenden Ordnung martialischer Strafandrohungen (*scharia*), die in der koranischen Sammlung angeblich göttlicher Verkündigungen ihren fundamentalen und vor allem verbindlichen Kodex erhalten sollte, bildet Mohammeds eigentliche historische "Leistung", die bis heute weder von Islam-Gelehrten kritisch hinterfragt wird noch durch spezielle Dogmen einer Ergänzung bedarf.

Eine Bibelkritik, mit der Theologiestudenten an den Universitäten beider christlichen Konfessionen gefüttert werden, gibt es im Islam nicht. Wer das Selbstverständnis des Korans auch nur in Frage stellt, gilt es Ketzer und Abtrünniger und macht sich des Todes schuldig. Hier gibt es keinen Kompromißweg. Dabei änderte man auch die Gebetsrichtung von Jerusalem nach Mekka. Ausgesprochen geschichtsverfälschend ist die Behauptung der Muslime, daß der Erzvater Abraham der Erbauer der Kaaba in Mekka sei. Als Erzvater der Araber gilt Abraham laut Koran als erster Muslim, obschon es den Islam erst seit dem 6. Jahrhundert nach Christus gibt. Diese Ungereimtheiten zeigen auf, wie leicht es heutzutage zu sein scheint, den westlichen Kulturkreis mit derartig abstrusen Thesen nicht nur zu unterwandern, sondern seitens der christlichen Kirchenführer davon auszugehen, die Aussagen des Korans auch noch theologischerseits als Variante des monotheistischen Glaubensverständnisses anzuerkennen und mit dem Islam in Verkennung seines monolithischen Religionseifers dialogisieren zu können.

Die muslimische Gewaltbereitschaft und Unbotmäßigkeit erkennt man auch an der freien Verfügbarkeit von Frauen als auch an der Vertreibung und Beseitigung im Wege stehender Personen und Parteien, wie zum Beispiel der Juden, sowie der unterschiedlichsten Anliegen persönlicher und allgemeiner Art. Diese wurden gleichermaßen mit vermeintlichen "Offenbarungen", ähnlich Hitlers Vorsehungsaussprüchen, geklärt, was für Mohammeds Anhänger in ihrer unkritischen Haltung und Primitivität ausreichend Beleg für Wahrheit und Gerechtigkeit war, wenn man sich dabei nur auf "Allah" berief.

Abdallah Ibn Sa'ad indes, der einst als Sekretär Mohammeds fungierte, gab den Glauben auf und floh, nachdem er erkennen

mußte, daß der Verkünder Einschübe, die der Sekretär zur Überbrückung von Satzlücken vornahm, als Urtext ausgab.

Im Gegensatz zu dem christlichen Erlöser, der sich im Garten Gethsemane sogar von seiner getreuen Jüngerschaft verlassen wähnte, hatte es Mohammed schon zu seinen Lebzeiten erreicht, was vielen Ideologien trotz intensiven Bemühens nicht gelungen ist: die Schaffung einer halbwegs egalitären Gemeinschaft mit charismatischer Führung und elitärem Dominanzverständnis, die alsbald zu einer religiös verbrämten politischen Expansion führte und den Großmächten ihrer Zeit das Fürchten lehrte. Nur noch wenige Zeitgenossen zweifelten noch daran, daß die *umma* von einem angeblich göttlich inspirierten Propheten aus eigenen Gnaden geleitet und für alle Zukunft mit einer unantastbaren Botschaft ausgestattet war. Der Glaube an diese Botschaft, die Unterwerfung unter die Scharia im Sinne einer gemeinschaftlichen Ausrichtung auf das Endgericht bedeutete die Teilhabe an der Allmacht Allahs und an der Macht seiner Gemeinschaft, die täglich neue Gläubige anzog, weil sich keine andere Bewegung ihr entgegenstellen konnte und wollte, zumal dies unweigerlich die Liquidation durch die Amts- und Machtinhaber bedeutet hätte. Dies erinnert an den Ausspruch der Kreuzritter, als diese Juden und Muslime im Heiligen Land abschlachteten und dies mit dem Ausspruch begründeten: "Gott will es!" Mohammeds Ziel war die Überwindung alles anderen, was sich auch als Religion verstand, und überhob sich so auch und vor allem über die biblischen Aussagen, die sich Mohammed zu Gunsten der arabischen Vorherrschaftsvorstellungen zurechtbog. Alles Unislamische wurde dem Unglauben schlechthin zugeordnet, um damit den islamischen Überlegenheitsanspruch festzuschreiben.

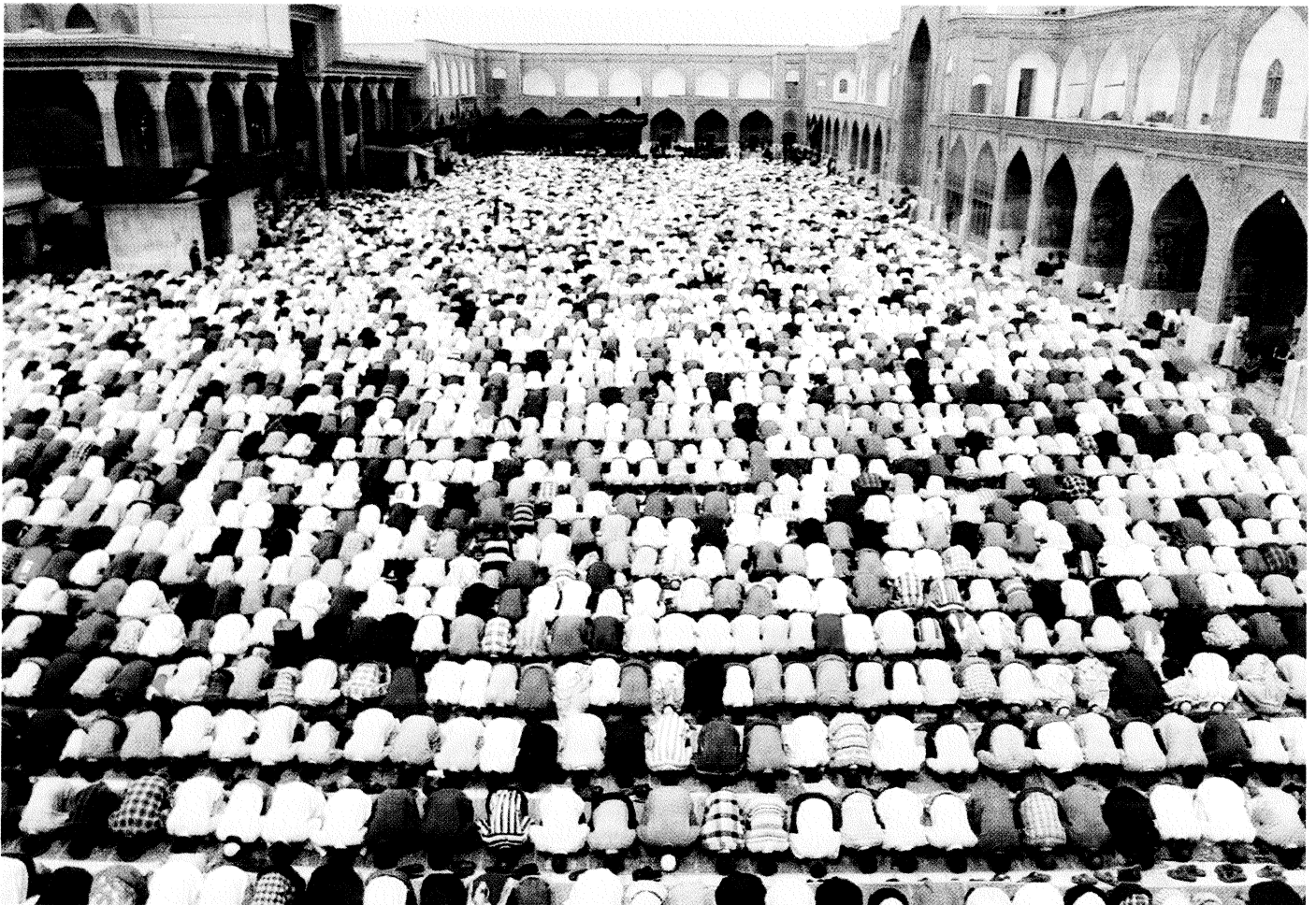
Die verbrauchten Herrschaftseliten, wie militante Islamisten dies in unseren Tagen den feudalistischen Herrschaftsfamilien in Saudi-Arabien, Kuwait und den Emiraten anlasten, haben im Grunde genommen keine Rezepte gegen den islamistischen Eroberungsdrang. Deren Geschäfte mit dem "Satan" Amerika und Verbündeten Israels ist ihnen ein Dorn im Auge. Die Rolle der Amerikaner im befreiten Irak ist ihnen lediglich Bestätigung für das "arrogante" Auftreten der "Ungläubigen", über die man sich anlässlich der Freitagsgebete in der Moschee alles Unheil Allahs wünscht.

Daß dieses Bild nicht immer homogen war, beweist der Machtkampf zwischen Mohammeds Nachfolgern Abu Bakr und Ali, was zur Aufspaltung in Sunniten und Schiiten führte. Diese Differenzen sind bis heute nicht beigelegt, was beispielsweise zu dem siebenjährigen

Krieg zwischen dem Schiitenregime im Iran gegen Irak geführt hatte. Saddam Hussein hatte die Schiiten in seinem Lande an ihrer Religionsausübung gehindert. Daher geht man davon aus, daß der jüngste Autobombenanschlag im südirakischen Nadjav, bei dem 100 Menschen am 29. August starben und mehr als 100 verletzt wurden und der dem Vernehmen nach dem ebenfalls getöteten einflußreichen Schiitenführer Ajatollah Mohammed Bakr el Hakim galt, das Werk von Anhängern Saddams Hussein war. Der Ort des Anschlags, die Imam-Ali-Moschee in Nadjav, ist eine der heiligsten Stätten der Schiiten. Natürlich schließt man auch nicht aus, daß dies das Werk von Amerikanern und Israelis sein könnte, um die beiden islamischen Glaubensströmungen gegeneinander aufzuwiegeln.

Bereits im Jahre 711 n. Chr. erreicht der Islam Spanien, wo sich

die Abbasiden bis 1258 n. Chr. hielten. Im Jahre 1453 n. Chr. nehmen die Osmanen Byzanz ein und siegen auf dem Balkan. In Indien überrennen Mogule die Radschas. Europa wehrte die Muslimisierung zunächst erfolgreich ab. Die britische Kolonialherrschaft und der Erste Weltkrieg drängen die Erben Mohammeds an die Peripherie. Doch der Ölbedarf des Westens verleiht den OPEC-Staaten neue Macht, und der Nahost-Konflikt entwickelt sich zunehmend als Pulverfaß zwischen den Kulturen und namhaften Religionen und damit zu einer Gefahr für den Weltfrieden. Die Kriegserklärung vom 11. September 2001 an die amerikanische Nation ist daher kein Zufallsereignis, sondern das Fanal und Ausdruck der intimsten Wünsche islamischer Hegemonialvorstellungen, dereinst die Welt für ihren Abgott Allah und seine inhumane Scharia erobere-reif zu terrorisieren.

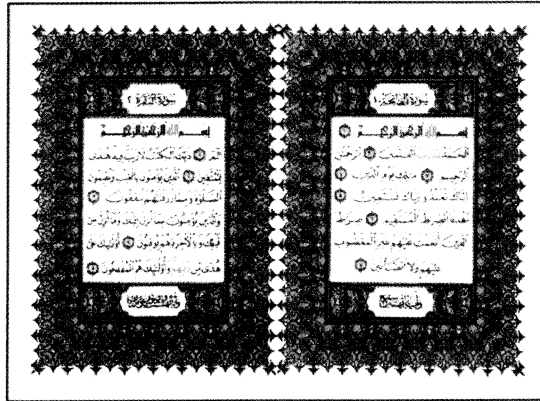


Schiiten beim Freitagsgebet in Bagdad: "Der Islam muß in den Herzen und in den Moscheen bleiben"

Näheren Aufschluß über die Geschichte des Islam vermittelt "The Cambridge History of Islam" (2 Bände), herausgegeben 1970 von der Cambridge University Press.

Das Rechtsverständnis im Koran

Nachdem man aus gemäßigten muslimischen Kreisen immer wieder hört, daß es sich angeblich nur um Extremisten handelt, die meinen, unter Ge-



waltanwendung den Islam verbreiten zu können, um dafür mit himmlischen Freuden belohnt zu werden, halten wir es für opportun, den Koran selbst hinsichtlich der Verherrlichung von Gewalt, Terror und Krieg sprechen zu lassen. Wir unterscheiden hierbei zwischen verschiedenen Formen der Gewalt und antidemokratischen Verhaltensmustern: Die Übersetzungen der Suren aus dem Arabischen stammen von Rudi Paret.

I. Aufruf zu Mord, Totschlag, Körperverletzung und Krieg

Sure 2,178:

"Ihr Gläubigen, bei Totschlag ist euch die Wiedervergeltung vorgeschrieben: ein Freier für einen Freien, ein Sklave für einen Sklaven und ein weibliches Wesen für ein weibliches Wesen."

Sure 2,191:

"Und tötet sie (d.h. die heidnischen Gegner), wo (immer) ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben!"

Sure 2,193:

"Und kämpft gegen sie, bis niemand (mehr) versucht, (Gläubige zum Abfall vom Islam) zu verführen, und bis nur noch Allah verehrt wird!"

Sure 2,216:

"Euch ist vorgeschrieben, (gegen die Ungläubigen) zu kämpfen, obwohl es euch zuwider ist!"

Sure 2,244:

"Und kämpft um Allahs willen!"

Sure 4,74:

"Und wenn einer um Allahs willen kämpft, und er wird getötet - oder er siegt -, werden wir ihm (im Jenseits) gewaltigen Lohn geben."

Sure 4,76:

Diejenigen, die gläubig sind, kämpfen um Allahs willen, diejenigen, die ungläubig sind, um der Götzen willen. Kämpft nun gegen die Freunde des Satans!"

Sure 4,104:

"Und laßt nicht nach in eurer Bereitschaft, den Feind aufzusuchen und zum Kampf zu stellen!"

Sure 5,35:

"Ihr Gläubigen, fürchtet Allah und trachtet danach, ihm nahe zu kommen und führet um seinetwillen Krieg!"

Sure 8,12:

"Haut (ihnen [den Ungläubigen] mit dem Schwert) auf den Nacken und schlagt zu auf jeden Finger von ihnen!"

Sure 8,39:

"Und kämpft gegen sie, bis niemand (mehr) versucht, (Gläubige zum Abfall vom Islam) zu verführen, und bis nur noch Allah verehrt wird!"

Sure 9,5:

"Und wenn die heiligen Monate abgelaufen sind, dann tötet die Heiden, wo ihr sie findet, greift sie, umzingelt sie und lauert ihnen überall auf!"

Sure 9,36:

"Und kämpft allesamt gegen die Heiden, so wie sie allesamt gegen euch kämpfen!"

Sure 9,111:

“Nun müssen sie (die Gläubigen) um Allahs willen kämpfen und dabei töten oder den Tod erleiden!”

Sure 9,123:

“Ihr Gläubigen! Kämpft gegen diejenigen von den Ungläubigen, die euch nahe sind! Sie sollen merken, daß ihr hart sein könnt!”

Sure 47,35:

“Laßt nun (in eurem Kampfeswillen) nicht nach und ruft (die Gegner) nicht (vorzeitig) zum Frieden, wo ihr doch (letzten Endes) die Oberhand haben werdet!”

Sure 49,15:

“Die (wahren) Gläubigen sind diejenigen, die an Allah und seinen Gesandten (Mohammed) glauben und hierauf nicht (wieder unsicher werden und) Zweifel hegen, und die mit ihrem Vermögen und in eigener Person um Allahs willen Krieg führen (wörtlich: sich abmühen).”

II. Aufforderung zu Verstümmelungen und Züchtigungen**Sure 5,38:**

“Wenn ein Mann oder eine Frau einen Diebstahl begangen hat, dann haut ihnen die Hand ab!”

Sure 24,2:

“Wenn eine Frau und ein Mann Unzucht begehen, dann verabreicht jedem von ihnen 100 (Peitschen-) Hiebe!”

Sure 24,4:

“Und wenn welche ehrbare Frauen in Verruf bringen und hierauf keine vier Zeugen beibringen, dann verabreicht ihnen 80 (Peitschen-) Hiebe

Sure 4,34:

“Die Männer stehen über den Frauen (...) Und wenn ihr fürchtet, daß Frauen sich auflehnen, dann vermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlagt sie!”

III. Volksverhetzung, Beschimpfung von Bekenntnissen**Sure 8,55:**

“Als die schlimmsten Tiere gelten bei Allah diejenigen, die ungläubig sind und (auch) nicht glauben werden!”

Sure 63,4:

“Sie [die zuerst gläubig waren, dann aber wieder abgefallen sind,] sind die (wahren) Feinde. Darum nimm dich vor ihnen in acht! Diese allahverfluchten (Leute) (wörtlich: Allah bekämpfe sie)!”

IV. Billigung von Hausfriedensbruch und Diebstahl**Sure 24,29:**

“Es ist (aber) keine Sünde für euch, Häuser zu betreten, die nicht (eigentlich) bewohnt sind, und in denen etwas ist, das ihr benötigt.”

V. Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz**Sure 2,228:**

“Und die Männer stehen (bei alledem) eine Stufe über ihnen [den Frauen].”

Sure 4,11:

“Auf (ein Kind) männlichen Geschlechts kommt (bei der Erbteilung) gleichviel wie auf zwei weiblichen Geschlechts.”

Sure 9,29:

“Kämpft gegen diejenigen, die nicht an Allah und den Jüngsten Tag glauben und nicht verbieten (oder: für verboten erklären), was Allah und sein Gesalbter (Mohammed) verboten haben, und nicht der wahren Religion angehören - von denen, die die Schrift erhalten haben - (kämpft gegen sie), bis sie kleinlaut aus freien Stücken den Tribut in voller Unterwerfung entrichten.”

VI. Verstoß gegen allgemeine Persönlichkeitsrechte

Sure 2,223:

“Eure Frauen sind euch ein Saatfeld. Geht zu (diesen) Saatfeld, wo immer ihr wollt!”

Sure 33,36:

“Und weder ein gläubiger Mann noch eine gläubige Frau dürfen, wenn Allah und sein Gesandter eine Angelegenheit (die sie betrifft) entschieden haben, in (dieser) ihrer Angelegenheit (frei) wählen.

Sure 33,50:

“Prophet! Wir haben dir zur Ehe erlaubt: deine Gattinnen, denen du ihren Lohn gegeben hast; was du (an Sklavinnen) besitzt, (ein Besitz, der) dir von Allah (als Beute) zugewiesen (worden ist); die Töchter deines Onkels und deiner Tanten väterlicherseits und deines Onkels und deiner Tanten mütterlicherseits, die mit dir ausgewandert sind; (weiter) eine (jede) gläubige Frau, wenn sie sich dem Propheten schenkt und er (seinerseits) sie heiraten will. Dies gilt nur für dich im Gegensatz zu den (anderen) Gläubigen.”

Sure 60,10:

“Die gläubigen Frauen (wörtlich: Sie) sind diesen (wörtlich: ihnen, d.h. den ungläubigen Männern) nicht (zur Ehe) erlaubt und umgekehrt.”

VII. Verweigern der Glaubensfreiheit

Sure 2,191:

Der Versuch (Gläubige zum Abfall vom Islam) zu verführen, ist schlimmer als Töten!”

Sure 2,217:

“Und der Versuch, (Gläubige zum Abfall vom Islam) zu verführen, wiegt schwerer als Töten!”

Sure 47,8:

“Diejenigen, die ungläubig sind, - nieder mit ihnen!”

Ist ein gemäßiger Islam von dessen Lehre her zulässig?

Wenn US-Präsident George W. Bush nach den Ereignissen am 11. September 2001 vor den Fernsehkameras der Welt ultimativ erklärte: “Dies ist ein Kampf Gut gegen Böse!” dann hat er - zumindest zum damaligen Zeitpunkt - den Nagel auf den Kopf getroffen. Nicht nur in den Augen eines Osama bin Laden versteht man unter dem Bösen den dekadenten Westen - allen voran die USA und Israel. Wir sollten uns deshalb keinen falschen Illusionen hingeben, daß weder die ökumenisch ausgerichtete Kirche noch eine liberale und soziale Politik die Muslime letztendlich zum Einlenken in ein demokratisches Rechtsempfinden westlicher Prägung bewegen könnte. Denn wer sich mit dem islamischen Glauben näher beschäftigt, der strikten Gehorsam in allen Dingen bis ins letzte Familienglied und in die Privatsphäre

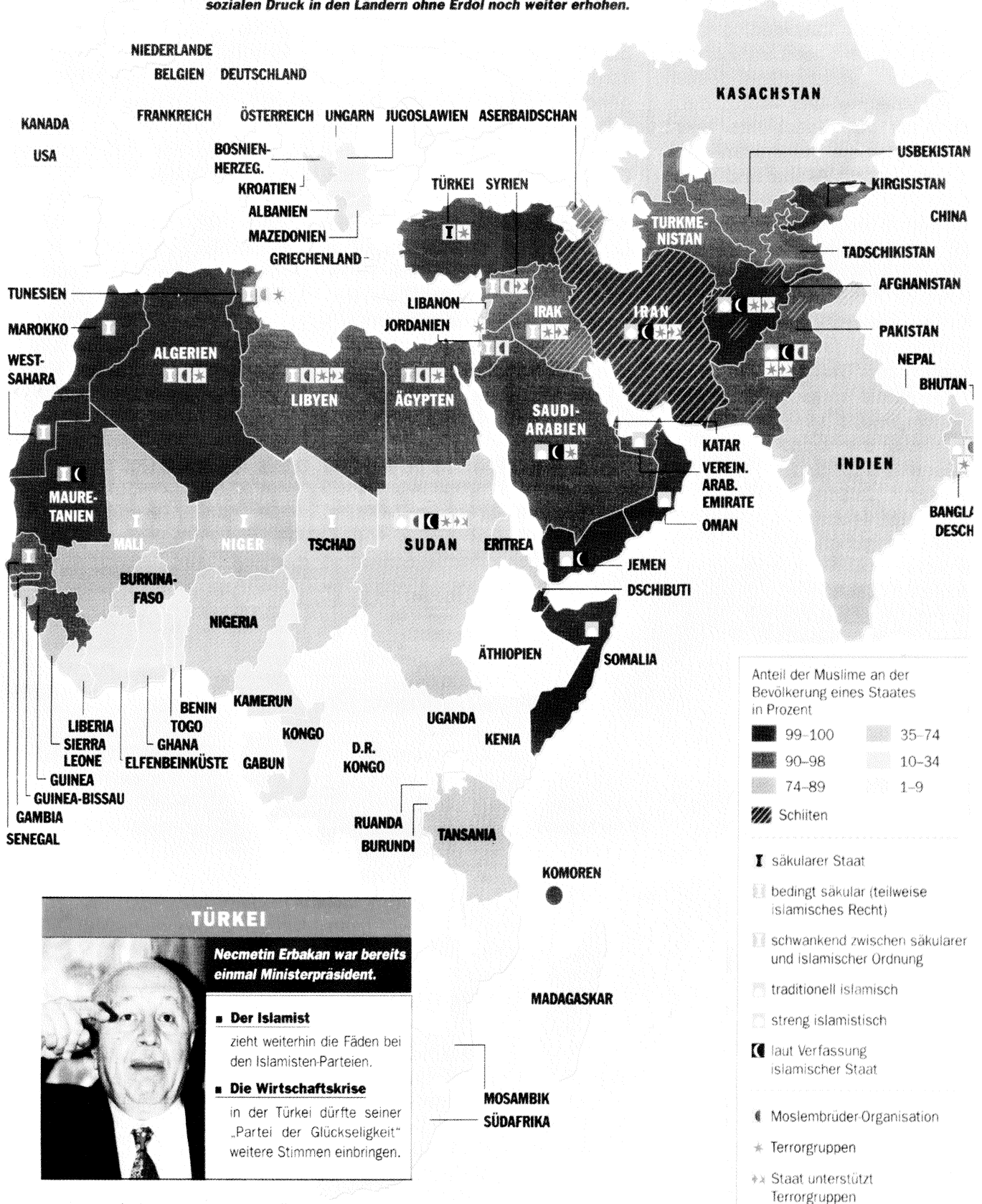
hinein abverlangt, der muß sich eingestehen, daß der Islam alle dem Islam wesensfremden Herrschaftssysteme nicht nur ablehnt, sondern als Angriff gegen ihren Glauben definiert. Dies bedeutet, daß nicht nur in den Augen einer kleinen Minderheit von islamistischen Terroristen, sondern der Gesamtheit der islamischen Bruderschaften westliche Errungenschaften, wie Demokratie mit ihrer Trennung von Staat und Religion, eine Bedrohung für die muslimische Welt sind, ja mehr noch: die Islamisten gehen davon aus, daß Allahs Forderung an sie in einer Weltherrschaft besteht, um damit alles Unislamische als “ungläubig” und “verdammungswürdig” “im Namen dieses Allahs” zu beseitigen. Die westlichen Demokratien mit ihren Freiheiten bis hin zur Glaubensfreiheit bieten hier eine ideale Möglichkeit, die Usurpation eines Mohammed und damit auch seinen Allah-Glauben weltweit in die Tat umzu-

setzen, und wenn dies auch unter Anwendung von Gewalt geschehen muß. Dadurch, daß sich der Islam mit 1,3 Milliarden Anhängern inzwischen zur zweitgrößten Religionsgemeinschaft entwickelt hat, sieht man sich in dieser strikten Glaubensauffassung noch bestätigt. Bereits in mehr als 30 Staaten stellen die Muslime mehr als 70 Prozent der Bevölkerung. Dies hat auch Auswirkungen auf die Vollversammlung der Vereinten Nationen, die traditionell antiisraelische Beschlüsse faßt, die Israel schon um seiner Existenz willen ignorieren muß.

Sogar Rußlands Präsident Putin warnte mit Blick auf den Kaukasus schon vor Jahren vor Fundamentalisten, die zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer einen Allah-Staat errichten wollen. In den Bergen von Georgien, so Putin, gebe es Basen der Islamisten, die der dortigē Präsident Schewardnadse nicht unter Kontrolle bekäme. Die einstige

DER ISLAM UND SEIN VERBREITUNGSGEBIET

1,3 Milliarden Muslime leben derzeit auf der Erde. Die meisten von ihnen in Nordafrika, dem Nahen Osten und Südostasien. Schätzungen gehen davon aus, dass im Jahr 2020 bereits 30 Prozent der Weltbevölkerung dem islamischen Glauben anhängen werden. Das hohe Bevölkerungswachstum unter den Muslimen wird den sozialen Druck in den Ländern ohne Erdöl noch weiter erhöhen.



Stärke des Osmanischen Reiches war im 19. Jahrhundert bereits Geschichte. Nach Jahrhunderten der Expansion des Islam wurde das Reich von Revolten und Aufständen geschüttelt. Einige Sultane und Großwesire versuchten daher Reformen im europäischen Stil. Dies war in den Augen der Islamisten ein großer Fehler. Ihre Ideologie, die sie aus Mohammeds Vorschriften entnehmen, verlangt statt dessen eine Stärkung des Islam, denn der Lauf der Geschichte kennt nur ein Ziel: die "Hakimiyat Allah", die Herrschaft Allahs und damit eines Ab-Gottes, der keineswegs mit dem biblischen Gott identisch ist, wie sogar Kirchenführer und christliche Theologen meinen. Von diesem Grundirrtum profitieren die Muslime, die davon ausgehen, daß dieser Allah die Augen der Christen verblendet hat, weil sie so lange unter dem Gericht Allahs stehen, bis sie sich diesem Allah und dessen falschen Propheten Mohammed bedingungslos unterwerfen. Nach diesem muslimischen Verständnis hat der Westen nur die vorislamische Zeit, in der die Menschen in Unwissenheit lebten, wiederbelebt und zum Endsieg verholfen. Die Men-

lahs. Dabei kommt den Muslimen zustatten, daß es wirklich Christen gibt, die in den muslimischen Allah ihren eigenen Gott sehen und dies auch so übersetzen.

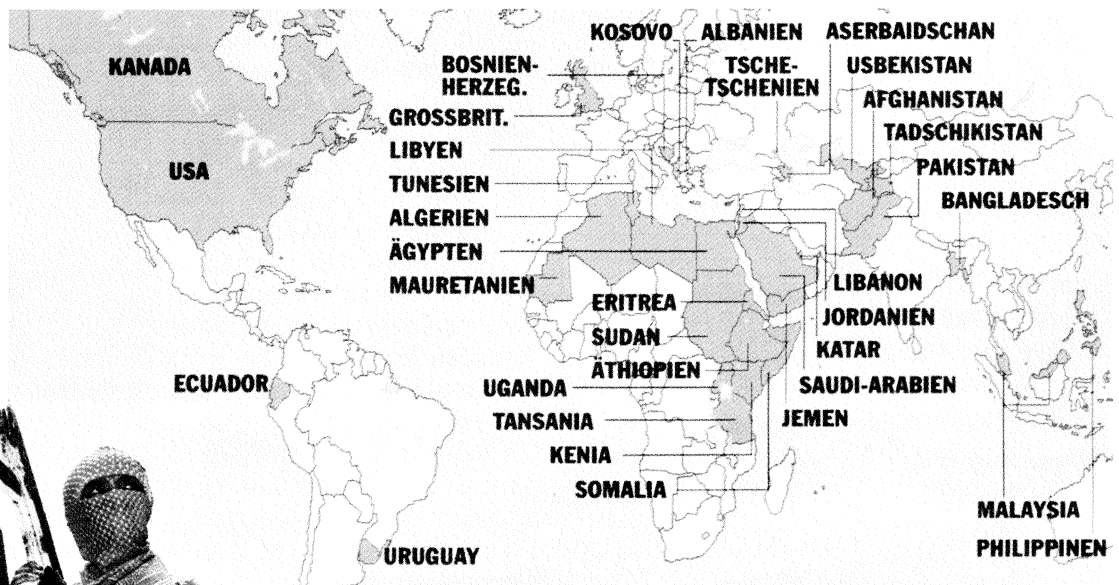
Zieht man dies alles in Betracht, dann weist auch der politische Islam, der nicht vom religiösen zu trennen ist, jede Selbstbestimmung des Menschen als Unglauben ab, wozu auch der jüdische und christliche Glaube gehören. Beide Kulturkreise erheben den Anspruch, universale Werte zu vertreten. Der Westen Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte und religiöse Selbstbestimmung bis hin zum Säkularismus. Die Muslime hingegen - und nicht nur die Extremisten unter ihnen - Allah-Herrschaft, islamische Rechtsordnung (*scharia*) bis hin zur Auflösung der Nationalstaaten.

Die jüngsten Terrorakte vor

breitet sind und wo sie operieren (s. Graphik). Der harte Kern besteht dabei häufig aus nur wenigen hundert Kämpfern. Die Gefahr für den Westen wird jedoch um so größer, je besser es den Islamisten gelingt, gemäßigte Muslime für ihre politische Version des Islam zu gewinnen, wobei davon auszugehen ist, daß in Ländern, wo Muslime noch zur Minderheit zählen, eher der Anschein besteht, sich friedlich zu verhalten, um nicht ausgewiesen zu werden oder behördliche Schwierigkeiten zu bekommen. In ihren Augen arbeitet ohnehin die Zeit für ihre Sache. Dort indes, wo Muslime die Majorität bilden, gibt es keine Demokratie mehr, es herrscht islamisches Recht, das unerbittlich durchgesetzt wird. Der Muslim läßt nur den Koran und die Sunna (d.i. die überlieferten Worte und Handlungen Mohammeds) gelten, den

DIE GLOBALISIERUNG DES TERRORS

Osama bin Ladens Terrorgruppe al-Qaida hat laut US-Angaben bereits weltweit in 34 Ländern (grün eingefärbt) Zweigstellen organisiert.



schen im westlichen Kulturkreis, die ihren - anderen - Glauben oder ihrer sonstigen Weltanschauung nach selbst über ihr Schicksal entscheiden, werden so zwangsläufig zu Feinden Al-

lem im befreiten Irak mit mehr amerikanischen Opfern als während des ganzen Irak-Feldzuges sind Auswirkungen eines "Quasi-Krieges", der längst zwischen beiden Welten tobt. Ermittlungen zeigen, wie weit islamistische Terror-Organisationen bereits im Westen ver-

Rest, Jahrhunderte der Entwicklung nämlich, wirft er über Bord.

Im Kampf um den Landstreifen, der von Israel besiedelt ist, versuchten die muslimischen Staaten in fünf Kriegen, die Juden ins Meer zu jagen. Für sie ist und bleibt dieses Territorium arabisches Land. Zwar sucht

man mit dem Westen keinen offenen Krieg, aber auch der Terrorismus einerseits und die demographische Komponente andererseits sowie die demokratischen günstigen Gegebenheiten sind Wegbereiter im Vormarsch des Islam im dereinst christlichen Kulturkreis. Dabei ist es eine Illusion zu meinen, daß es mit den Muslimen zu einem dauerhaften friedlichen Nebeneinander kommen könnte. Dieses Modell hat sich im Nahen Osten als gescheitert herausgestellt. Und jene Muslime, denen an keiner Gewalt gelegen ist, werden von den Fanatikern in den eigenen Reihen eingeschüchert und von den Ayatollahs gebrandmarkt. Allein in Algerien metzelte die GIA seit 1992 über einhunderttausend Glaubensgenossen nieder, um ihre Idee eines Allah-Staates zu verwirklichen.

Wenn der Islamexperte Bassam Tibi davon ausgeht, daß sich das Konzept der Einheit von Religion und Staat nicht auf den Koran zurückführen ließe, dann sagt er, der selbst bekennender Muslim ist, bewußt die Unwahrheit, denn dieser ausführliche Beitrag belegt ja genau das Gegenteil. Bassam Tibi, der ständig in den linkslastigen Medien vorgeführt wird, ist ein Trojanisches Pferd. Islam ist Islam und daher nicht teilbar, indem man von einem Islam des 20. Jahrhunderts sprechen könnte. In der christlichen Kirche sind ständig Aufweichungsprozesse zu beobachten, nicht aber im Islam. Dort fallen Flügelkämpfe zwischen verschiedenen Gruppierungen auf, was die USA veranlaßte, einst die Taliban in Afghanistan im Kampf gegen die russischen Invasoren zu unterstützen als auch Saddam Hussein im Kampf gegen das Schiitenregime in Teheran.

In Ägypten erlebte der politische Islam seinen Aufschwung 1928 mit der Gründung der Moslembruderschaft (mudjaheddin). Einige wählten das Mittel der Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele,

andere ließen sich ins Parlament wählen, um auf dem politischen Weg zur Macht zu kommen. Darüber hinaus muß Präsident Hosni Mubarak ständig befürchten, einmal so zu enden wie sein Amtsvorgänger Anwar el-Sadat, der anlässlich einer Parade auf der Ehrentribüne von Mitgliedern seiner Leibgarde erschossen wurde. Es ist eine billige Entschuldigung, wenn die westlichen Medien die Schuld an dieser Entwicklung den jeweiligen prowestlich orientierten Regierungen zuschieben, weil sie beispielsweise die Armut nicht in den Griff bekämen. Gerade in Kairo erinnern manche Elendsviertel an Müllkippen. Aber dies ist keine Neuerscheinung, sondern eher das Ergebnis der ständigen militärischen Aufrüstung dieser Länder, die zwar Geld für die modernste Waffentechnologie aufbringen, aber achtlos an der Armut ihrer Landsleute vorbeigehen. So nutzen die Islam-Prediger in den Moscheen dieses Klima der Unzufriedenheit für ihre Zwecke aus und versprechen den sozial Schwachen eine gerechtere Herrschaft, so wie sie einst der "Prophet" Mohammed verlangte. Und wer da meint, daß Intellektuelle diesen fanatisierten Kreisen nicht angehören, irrt gewaltig. Denn auch Ärzte, Juristen, Ingenieure im Alter zwischen 20 und 30 Jahren gehören zu jenen Kadern, die sich offen für einen Regimewechsel aussprechen, zumal die Extremisten, wie beispielsweise die Terror-Organisation "Chamas" in den Palästinensergebieten, in den Ländern des Nahen Ostens häufig die Fürsorgepflicht des Staates übernehmen.

Nachdem Ägyptens Präsident Mubarak nach dem Anschlag in Luxor 1997, bei dem 58 Touristen ums Leben kamen, Tausende Terroristen ins Gefängnis werfen ließ, gingen die Terror-Organisationen "Djihad" und "Djamal al-Islamija" zunächst in den Vordergrund, haben aber andere Gruppen im Ausland gestärkt. Der Führer des Djihad, Ayman al-Za-

wahiri, gilt bereits als Nummer zwei hinter bin Laden. Wie al-Zawahiri stammen viele der Al-Qaida-Kämpfer aus verschiedensten arabischen Ländern, vornehmlich aus Saudi-Arabien.

Die schiitische "Hisb-Allah" unterhält in Libanon Kranken- und Waisenhäuser und dies mit Geldern aus dem Iran. Als die Israelis 1993 und 1996 zwei große Militäraktionen im Südlibanon durchführten, folgten tags darauf die "Hisb-Allah"-Milizionäre den Spuren der Israelis und halfen den Bewohnern der betroffenen Dörfer, was ihre Popularität weiter ansteigen ließ. Diese bedenken jedoch nicht, daß sie ihr Schattendasein am Rande der Gesellschaft der Militanz der "Hisb-Allah" zu verdanken haben. Denn würde Israel nicht ständig von dort mit Katjuscha-Raketen angegriffen werden, würde in jenem Gebiet Frieden und damit Wohlstand herrschen. Da man jedoch in den "Hisb-Allah"-Guerillas "Allah"-Krieger sieht, die gegen einen äußeren Feind kämpfen, genießen sie zunehmend Popularität. Für die Chamas-Kämpfer in den palästinensischen Autonomiegebieten haben sie gar Vorbildfunktion. Soziale Not und islamisches Sendungsbewußtsein schweißen die Muslime zusammen. Dies zeigte sich besonders nach dem Sechstage-Krieg im Jahre 1967, wo sich die Moscheen plötzlich füllten und die enttäuschten Palästinenser und Jordanier Zuflucht im Glauben suchten und damit zur leichten Beute der Islamisten wurden. Obschon Israel der Angegriffene war, wies man alle Schuld an dieser Misere den Israelis und ihren amerikanischen Freunden zu.

Auf dem Vormarsch sind die Islamisten ebenfalls im NATO-Land Türkei. Auch hier sind die Massen enttäuscht. Ein dramatischer Wirtschaftskollaps im Jahre 2001 stürzte viele Türken in Not und den Staat in die Krise. Mit Parteienverbot versuchte sich das laizistisch eingestellte Militär

gegen die Islamisten zur Wehr zu setzen. Doch kaum war die islamistische Tugendpartei verboten worden, gründete Istanbuls Ex-Oberbürgermeister Tayyip Erdogan eine neue Partei, die schließlich sogar mehrheitlich gewählt wurde.

Weitaus schneller könnte ein Machtwechsel in Pakistan erfolgen. Offen zeigen Abertausende von Pakistani ihre Sympathie für die Taliban-Krieger im besetzten Afghanistan. Diese Protestwelle könnte jederzeit auch Staatschef Muscharaf hinwegfegen, da man ihn als Marionette der US-Regierung sieht.

Die Beteiligung muslimisch-ausgerichteter Kampf-Organisationen in den jeweiligen Parlamenten ist nur ein Weg zur Erreichung ihrer Vorherrschaftsziele, denn würden eines Tages ihre Führer auch politische Amtsinhaber werden, ist der Weg zum Staatsterrorismus nicht mehr weit. Die Saudis, über die noch zu sprechen sein wird, beschreiten den umgekehrten Weg. Sie propagieren selbst einen fanatisch puritanischen Islam, aber mit wenig Erfolg, da ihnen die Islamisten die Stationierung "ungläubiger" US-Soldaten im Mutterland des Islam verübeln.

Der Westen ist in der Einschätzung des Islam in einem Dilemma. Vor allem die Politik der EU ist nach Frankreichs Vorbild gegenüber den Gefahren durch den Islam eher gemäßigt. Neben Sicherheitsmaßnahmen müßte der Westen seine Politik gegenüber der arabischen Welt ändern.

Als kontraproduktiv bezeichnete man dabei die Bemerkungen des italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi, der von einer "Überlegenheit" der westlichen Zivilisation gegenüber der islamischen sprach. Solche Worte hört man bei den Muslimen nicht gern, weil damit ihre Ehre und Würde herabgesetzt wird, die einen wesentlich höheren Stellenwert besitzt als bei den Christen.

Für den französischen Philosophen Jacques Derrida liegt die Wurzel allen Übels im Nahen Osten, denn der dortige Konflikt "vergiftet das Verhältnis zwischen arabischer und westlicher Welt". Derrida ist so naiv zu denken, daß ein befriedeter Naher Osten durch eine "gerechte Lösung" für die Palästinenser auch Leute, wie Osama bin Laden und andere militante Islamisten, beruhigen könnte, denn bin Laden kämpft ja für die Befreiung Jerusalems. Schon das Bekenntnis zu Mohammed, dessen Leben von Kämpfen, Blut und Tränen

geprägt ist, sorgt dafür, daß die Allah-Kämpfer eher Zuspruch finden, wenn der Westen nicht dafür sorgen sollte, seine Demokratien wehrhaft zu gestalten, um umstürzlerische Elemente islamistischer Prägung im Vorfeld zu unterbinden und Rädelsführer als Hochverräter exemplarisch zu bestrafen.

Das jüngste Urteil des Verwaltungsgerichts in Köln, wonach der Islamistenführer Metin Kaplan vorerst in Deutschland nur deshalb verbleiben dürfe, weil er in seiner Heimat Türkei mit keinem fairen Prozeß rechnen könne, ist hier das falsche Signal. Dabei ist es eine Unterstellung, davon auszugehen, daß Kaplan mit keinem rechtsstaatlichen Urteil in der Türkei rechnen könne. Wenn es schon so weit gekommen ist, daß ein wegen Mordaufrufs vorbestrafter Muslimführer Schutz und Unterstützung bei deutschen Gerichten findet, dann hat dies Signalwirkung auch für andere militante Muslime, die

nun nicht mehr fürchten müssen, in ihre muslimische Heimat abgeschoben zu werden. Damit werden sie für ihr unloyales Verhalten gegenüber unserer jüdisch-christlichen Vätertradition und Wertegesellschaft noch belohnt. Die Mehrheit des deutschen Volkes steht einem solchen



ISLAMIST

Metin Kaplan, selbst ernannter Kalif von Köln, rief zum Umsturz in der Türkei auf. Seine Organisation zählte bis zu 4.100 Anhänger

ZIEL ERREICHT

Hunderte radikaler Anhänger Kaplans demonstrierten im November 2000 für dessen Freilassung



Skandalurteil verständnislos gegenüberstehen, zumal man sich der Gefahr einer Islamisierung Deutschlands und dem wahren Wesen des Islam doch bewußt zu sein scheint.

Die Lockmittel Allahs zum Martyrium

Der Islam zeichnet vom Paradies ein äußerst verlockendes Bild: auf die Männer warten sexuelle Lust und überirdische Wonnen, wenn sie sich für ihren Glauben opfern. Mit dem Märtyrertod, dem Auslösen des Bombenzünders, gelangt der gläubige Muslim auf direktem Wege in den Schoß der 72 Huris, den Jungfrauen mit den braunen, mandelförmigen Augen. Da ist nichts von der Heiligkeit Gottes, der Geist ist, den man nur im Geiste anbeten kann und dessen Heiligkeit im Gegensatz zur menschlichen Sexualität steht. Die Seligkeit nach jüdisch-christlichem Verständnis resultiert auf dem Anblick des dreieinigen Gottes, der ausschließlich geistbedingt ist, da die Seele über keine Geschlechtsorgane verfügt. "Schachid" ist daher die verführerische Fata Morgana und bedeutet "Märtyrer", der "heilige Explosionen" auslöst, die gegen die Feinde der Muslime gerichtet sind und der Botschaft des Islam Nachdruck verleihen soll. Der *hadith*, die Erzählungen über das Handeln und die Ansichten Mohammeds, beschreibt die Freuden des Paradieses sehr anschaulich und belegen damit gleichzeitig, daß er keine Geisterfahrten sammelte wie die hebräischen Propheten, der Heiland selbst und die Apostel, insbesondere Johannes in der Apokalypse (Offb. 1,14). Doch für Mohammed und seine Gefolgsleute scheint es außerordentlich wichtig zu sein, daß diese Jungfrauen vorher kein anderer Mann berührt hat, ja daß nach der Defloration das Hymen auf mystische Weise wieder nachwächst. In sinnlichen und sehr irdischen Bildern werden die Körperformen dieser Jungfrauen

beschrieben. Die Milchkaut dieser Mädchen ist so hell und zart, daß man durch sie hindurch das Mark der Knochen sieht wie die feinen Linien in einem Rubin. "Hell strahlen ihre Wangen, heller noch als Spiegel". Nur mit sanfter Stimme sprechen sie mit ihrem Gebieter, denn sie sind stets zufrieden mit ihm, treu ergeben. Menstruation und Migräne kennen diese reinen Schönheiten nicht, immer sind sie bereit, immer willig. Es sei nach diesen Erzählungen ihnen die größte Freude, ihrem Manne ergeben zu sein. Auch für das leibliche Wohl des "Helden" sei im Paradies bestens gesorgt. Klares Wasser, das nie schal wird, und weiße Milch, die nicht säuert, fließen dort ebenso wie der schwere Wein in nimmer versiegenden Strömen. Und da die paradiesische Glückseligkeit nicht an Fraß und Frauen allein hängt, sondern Männerfreundschaften das Einzige sind, was im Leben wie im Tod wirklich zählt, darf sich der Märtyrer am Tage der Auferstehung 70 Freunde aussuchen, die ihn ins Elysium begleiten. Auf ewig 30 Jahre jung bleiben, verheißen die "frommen" Sprüche des falschen Propheten, der sich seine eigene Bibel geschrieben hat und damit ganze Völkerschaften verführt, in die Irre und vor allem in schreckliche Mordtaten verleitet hat. Denn nach Mohammeds Lehre wäscht bereits der erste Tropfen Blut, den ein Märtyrer vergießt, die Sünden seines irdischen Daseins hinweg. Später wird sein Leichnam nicht verwesen, sondern einen lieblichen Duft verströmen. Wer sein Leben für den Islam dahingibt, braucht weder Alter noch Verfall zu fürchten. Auf ewig wird er 30 Jahre jung bleiben, egal, wie alt er zum Zeitpunkt seines Ablebens war. Altersbeschwerden gehören selbstverständlich der Vergangenheit an. Und seine Potenz wird sich um das Hundertfache steigern, um sich als wahrer Herr für die 72 ewig willigen Jungfrauen zu erweisen.

Mit solchen plumpen Verheißungen aus der materiellen Welt werden junge Muslime in den Tod geschickt. Wird ein Selbstmordattentäter auf seine Mission geschickt, lautet die Abschiedsformel: "Möge Allah mit dir sein, möge er dir Erfolg geben, daß du ins Paradies gelangst!" Daraufhin erwidert der Todeskandidat: "Inschallah (so Allah will) werden wir uns treffen!" Eine Schar grüner Vögel wird herabschweben und die Seele des Märtyrers zu Allah geleiten, dem Moloch-Gott, der offensichtlich Gefallen an recht viel unschuldigem Blut hat und nichts gemeinsam hat mit dem Gott der Liebe und Barmherzigkeit, wie ihn die Bibel vorstellt. Die grünen Paradiesvögel sind übrigens ein beliebtes Motiv an den Häuserwänden im Gaza-Streifen und im Westjordanland. In vielen Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmern hängen sie über dem Sofa und der Schlafstätte. Und natürlich auch über dem Fernseher, in dem die Bilder der zeretzten Leiber, der weinenden Kinder und Mütter als Ergebnis dieses teuflischen Glaubens zu sehen sind - zum Jubel der Muslime, deren Gewissen und Sinn für Gut und Böse abgestorben scheint, weil der Islam ihnen den Verstand genommen hat.

Wesen und Inhalt des Jihad

Wir wollen dabei Mohammeds Aussage nicht vergessen, die lautet:

"Mir ist geboten, die Menschen zu bekämpfen, bis sie sagen: es gibt keinen Gott außer Allah!"

Damit erweist sich Mohammed als erster Glaubenskämpfer, dem jedes Mittel recht zu sein schien, um nicht nur irdische Macht, sondern auch die Seelen der Menschen für sich und seine Utopien einzufangen. Unter dieser Leitidee breitete sich sein "Modell von Medina" zum historischen Imperium des Islam aus, das auch für die heutigen Muslime seinen verbindlichen Vorbildcharakter bewahrt hat.

Zu diesem Instrumentarium gehört vor allem der *Djihad*, jener Anstrengung zur Expansion des Islam, mit der sich das moderne Europa nun erneut und in rasch wachsendem Umfang konfrontiert sieht.

Der *Djihad* ist der Krieg "auf dem Wege Allahs". Damit ist die Ausbreitung des Islam mit Waffengewalt als eine religiöse Pflicht für die muslimische *umma* (Gemeinde) im ganzen gemeint (arab.: *fard ala 'l-kifaya*). Zwar wird in den mekkanischen Suren des Korans von Geduld den Angriffen gegenüber gepredigt, doch in praktika reden die Koranstellen von den zu unterwerfenden Ungläubigen immer als von bedrohenden und treulosen. Dem muslimischen Heer beziehungsweise der muslimischen Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit obliegt die gemeinsame Pflicht, die ganze Welt unter muslimische Herrschaft zu unterwerfen (Panislamismus). Dabei muß der *Djihad* von einem muslimischen Herrscher oder Imam beaufsichtigt oder geleitet werden. Dieser Forderung ist Genüge getan, wenn ein solcher Herrscher jährlich einen Zug unternimmt und hierfür Vorbereitungen trifft. Das Volk, gegen das sich der *Djihad* richtet, muß zuvor zur Annahme des Islam aufgefordert werden; so wie einige Fanatiker den US-Präsidenten Bush nach den Anschlügen vom 11. September 2001 dazu aufforderten, zum Islam zu konvertieren. Weigern sich die so Angesprochenen, so haben sie die Wahl, entweder sich muslimischer Herrschaft zu beugen und *dhimmis* zu werden und Tribut (*djizya/charadj*) zu zahlen oder eben zu kämpfen. Im ersten Fall ist ihnen Leben, Familie und Eigentum gewährleistet, doch sie nehmen eine ausgesprochen untergeordnete gesellschaftliche Stellung ohne eigentliches Bürgerrecht als schutzbedürftige Unmündige ein. Damit beweist sich der Islam als eine rassistisch ausgerichtete Religion. Kämpfen sie indes, so kön-

nen sie und ihre Familien zu Sklaven gemacht, all ihr Hab und Gut als Beute weggenommen werden, wovon 4/5 der siegreichen Armee zufallen.

Wird ein muslimisches Land von Ungläubigen überfallen, wie dies die Lesart der Muslime im Zusammenhang mit Israels gewonnenen Verteidigungskriegen oder der Invasion der Koalitionstruppen im Irak ist, so kann der Imam einen allgemeinen Ruf zu den Waffen an alle Muslime ergehen lassen, wie dies sowohl Osama bin Laden und der vertriebene oder untergetauchte Saddam Hussein taten. Ein solcher Aufruf kann so weit ausgedehnt werden, bis die ganze muslimische Welt mitbeteiligt ist. Für ein solches Unternehmen sieht sich die muslimische Welt noch nicht stark genug, aber ein Ölembargo hatte schon einmal die Welt in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht. Würde man sich islamischerseits dem Westen gegenüber waffentechnisch überlegen fühlen, wäre auch ein Krieg nicht auszuschließen. Daher befürchten die internationalen Sicherheitsorgane mit Fug und Recht, daß fanatisierte Muslimterroristen versuchen könnten, nichtkonventionelle Waffen, wie chemische, biologische oder gar nukleare Kampfstoffe, gegen den Westen einzusetzen, die ohne sonderliche Schwierigkeiten vor allem auf dem Schwarzmarkt in Rußland aufzutreiben sind. Dort sind ausländische Devisen außerordentlich begehrt, und die Grenzen im Süden Rußlands sind nicht hermetisch zu überwachen.

Selbst die Schwägerin von Osama bin Laden, Carmen Bin Laden, die mit dem 10. Sohn des Scheichs Mohammed Bin Laden verheiratet ist, schließt nicht aus, daß Osama und seine Anhänger in ihrer Verachtung gegenüber der westlichen Welt auch toxische Mittel wie Anthrax zum Einsatz bringen oder mit Viren das Trinkwasser verseuchen würden. In diesem Zusammenhang erklärte Carmen Bin Laden unum-

wunden, daß Prinz Abdallah, der wahrscheinlich den Thron des saudischen Königs Fahd übernehmen wird, Förderer und Beschützer Osama Bin Ladens ist. Diese Aussage deckt sich auch mit jüngsten Ermittlungen über die in Bonn ansässige Fahd-Akademie, die möglicherweise Verbindungen zu dem Terrornetzwerk Al-Qaida unterhält. Das ARD-Magazin "Panorama" berichtete, daß den Islamisten die König-Fahd-Akademie im Stadtteil Bad Godesberg als Anlaufstelle diene. Von einer Verbindung der Islamisten zur von Saudi-Arabien finanzierten Akademie, die aus einer Schule und einer Moschee besteht, ist zumindest auszugehen, denn in gleicher "Panorama"-Sendung wurde berichtet, wie ein Imam in der Moschee der Fahd-Akademie offen zum "Heiligen Krieg" gegen Ungläubige aufrief. Zudem wurden Muslime aufgefordert, "sich selbst und alle anderen Menschen dem Willen Allahs zu unterwerfen". Die Fahd-Akademie hat 470 Schüler, von denen 200 die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Recherchen ergaben, daß radikale Islamisten auch in anderen deutschen Städten Schulen und Internate betreiben. Dabei geht es um "Kaderbildungen" mit dem Ziel, die Schulabgänger später dafür einzusetzen, um in deutschen Großstädten den Islamismus zu fördern und auszubreiten.

Ein Muslim, der kämpfend "auf dem Wege Allahs" (*fi sabil Allah*) stirbt, ist ein Märtyrer (*schachid*), dem das Paradies mit den bereits geschilderten Vorrechten sicher ist. Ein solcher Tod galt in den ersten Generationen als die wahre Krönung eines frommen Lebens; eine Tradition, die durch den Nahostkonflikt zu einer neuen Blüte gelangte.

Der Wahhabismus und die Rolle Saudi-Arabiens

Saudi-Arabiens Königshaus ist nicht nur auf riesigem Erdölreichtum, sondern auch auf ge-

fährlichen politischen Treibsand gebaut. Dabei lauern die Gefahren vor allem im Inneren des Landes. Aber ehe wir uns mit der dubiosen Rolle der Saudis befassen wollen, gilt es abzuklären, was Wahhabismus beinhaltet.

Der Wahhabismus ist sozusagen eine Steigerung des Islam im radikalen Sinne und bedeutet übersetzt "reine Lehre" des "Propheten" Mohammed; eine Lehre, die seither untrennbar mit der Geschichte des saudischen Staates verbunden ist. "Wahhabiya" ist die islamische Gemeinschaft, die von Muhammad ben Abdal Wahhab (1115 - 1201 n. Chr.) begründet wurde. Dieser Name wurde der Gemeinschaft zu Lebzeiten des Gründers von seinen Gegnern beigelegt und wird von den Europäern gebraucht. Er wird jedoch nicht von ihren Anhängern in Arabien verwendet, die sich selbst *Muwahhidun* "Unitarier" und ihr System (*tarika*) "muhammedanisch" nennen. Sie betrachten sich selbst als Sunniten, die der Schule Ibn Hanbals folgen.

Der Gründer entstammte dem Stamm der Banu Sinan, einem Zweig der Tamim. Er studierte in Medina unter Sulaiman al-Kurdi und Muhammad Hayat al-Sindi. Zu den Lehren des Muhammad b. Abdal-Wahhab gehört sein Hauptziel, alle Neuerungen (*bida*) zu beseitigen, die jünger als das dritte Jahrhundert des Islam waren. So konnte die Gemeinschaft die vier sunnitischen Gesetzeschulen und die sechs Traditionswerke anerkennen. Seine schriftliche Polemik und die seiner Anhänger richteten sich fast ausschließlich gegen den Heiligenkult, wie er sich im Bau von Mausoleen äußert, sowie gegen deren Besuch. Nachfolgend seien hier einige Prinzipien der Wahhabi-Lehre aufgelistet:

1. Alle Objekte der Verehrung außer Allah sind falsch, und alle, die solche verehren, verdienen den Tod.

2. Die meisten Menschen

sind keine Monotheisten, da sie sich bemühen, Allahs Gunst durch den Besuch der Heiligengräber zu gewinnen. Ihre Übung gleicht deshalb dem, was im Koran (arab.: *kur'an*) von den mekkanischen *muschrikun* steht.

3. Es ist Polytheismus (*schirk*), den Namen eines Propheten, Heiligen oder Engels in ein Gebet einzufügen.

4. Es ist *schirk*, Fürsprache bei irgendeinem andern als Allah zu suchen.

5. Es ist *schirk*, irgendeinem anderen Wesen Gelübde zu machen.

6. Es bedeutet Unglauben (*kufr*), Wissen zu bezeugen, das nicht auf dem Koran, der Sunna oder zwingenden Vernunftschlüssen beruht.

7. Es bedeutet Unglauben und Häresie (*ilhad*), *kadar* (Vorherbestimmung) in allen Handlungen zu leugnen.

8. Es bedeutet Unglauben, den Koran durch *ta'wil* (Erklärungen und Kommentare auf wissenschaftlicher oder philosophischer Basis) zu erklären.

Seine Lehre soll sich in folgenden Punkten von der Ibn Hanbals unterscheiden:

1. Anwesenheit bei der öffentlichen *salat* (rituelles Gebet oder Gottesdienst) ist Pflicht.

2. Tabak rauchen ist verboten und wird mit höchstens 40 Stockhieben bestraft. Das Rasieren des Bartes und der Gebrauch von Schimpfworten sind nach Ermessen des Kadis zu bestrafen.

3. Almosen (*zakat*) sollen von den geheimen Gewinnen gezahlt werden, wie z.B. von den Handelsgewinnen, während Ibn Hanbal sie nur vom offenbaren Ertrag verlangt.

4. Die bloße Aussprache des islamischen Glaubensbekenntnisses genügt nicht, um einen Menschen zu einem Gläubigen zu machen, so daß Tiere, die von ihm geschlachtet werden, nicht als Speise zulässig sind. Man muß vielmehr seinen Charakter prüfen.

Ist es die Militanz dieses Radikal-Islams, der dafür verantwortlich ist, daß von den Tätern des 11. September 2001 sich fünfzehn Saudis darunter befanden? Selbst der Top-Terrorist Osama bin Laden ist saudischer Herkunft. Zwar hält sich US-Präsident George W. Bush mit markigen Äußerungen gegenüber der Dynastie von Ibn al-Saud zurück, weil er sich mit dem Königshaus persönlich verbunden fühlt. Aber Bushs enger Berater Richard Perle wird da schon deutlicher, wenn er vor der saudischen Doppelstrategie warnt, die im Innenverhältnis einen kompromißlosen Islam vertritt und praktiziert, zum anderen aber versucht, durch "Schutzgeldzahlungen" an radikale Islamisten ihr feudalistisches Herrschaftssystem zu erhalten versucht. Denn es ist wohl abwegig davon auszugehen, daß der saudische Herrschaftsclan nicht willentlich damit einen islamischen Fundamentalismus mit seinen djihadistischen Zügen fördert.

Selbst der saudische Botschafter in den USA, Bandar Ibn Sultan, ein Prinz aus dem Hause Sauds, kam in das Räderwerk der Ermittlungen auf der Suche nach den Tätern des Al-Qaida-Anschlags am 11. September. Nach einem Bericht der "Financial Times" genießt er sozusagen den "Status eines Hollywood-Stars" in der US-Metropole. Doch seit einigen Monaten geht Bandar Ibn Sultan in Deckung. Es wurde bekannt, daß seine Ehefrau viele Schecks sowie zusätzlich eine monatliche Zahlung an einen Saudi geleistet hat, dem eine Al-Qaida-Verbindung nachgesagt wird. Bandar Ibn Sultan selbst ist Emir, also Prinz, und auch der Sohn des Verteidigungsministers Sultan Ibn Abdul Asis. Seine Gattin Haifa ist die Tochter des 1975 von einem saudischen Prinzen ermordeten König Faisal.

Eine "task force" des nationalen Sicherheitsrates in Washington empfahl in einer Warnung an

Saudi-Arabien, die Finanzquellen des Terrorismus offenzulegen und weitere Zahlungen zu unterbinden. Diese Indiskretion brachte Bush in Verlegenheit, der diese Empfehlung gegenüber der arabischen Presse sogar bestritt, um die ohnehin vergiftete Situation nicht noch weiter eskalieren zu lassen. Aber aus Äußerungen von Richard Perle wissen wir, daß die Saudi-Öl-Monarchie, in der Rolle des Wohltäters zumindest, im islamistischen Terrorismus verwickelt ist, wobei das Kalkül dabei sein dürfte, als feudalistisches Regime vom Aufstand militanter Muslime im eigenen Land verschont zu bleiben.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die wahhabitische Orthodoxie zwar eine konservative Ausrichtung des schriftgläubigen Islam ist, aber dennoch keine Allah-Ordnung predigt, wie dies die Islamisten tun. Daraus folgt, daß Saudi-Arabien eine traditionell islamische Monarchie ist und kein "Gottesstaat" im Sinne des Islamismus. Nochmals: das Ziel der Islamisten besteht darin, die "Hakimiyat Allah-Herrschaft" zu verwirklichen. Sie finden in Saudi-Arabien kein Vorbild für sich - dennoch schweigen sie. Die Antwort ist eindeutig: Das Schweigen wird durch großzügige Zahlungen erkaufte, die als Zakat-Wohlfahrtsgabe ausgewie-

sen werden. Die Zahlung von *zakat* an die Armen gehört zu den fünf Säulen des islamischen Glaubens. Das islamische Wohlfahrtssystem stellt sich heute in der Praxis als ein Dickicht dar, das weltweit vernetzt ist und erwiesenermaßen der Finanzierung des Terrorismus dient. Die Saudis zahlen, legitimieren ihre Zahlungen als *zakat* und erscheinen dadurch zum einen als gute Muslime und zum anderen gegenüber Außenstehenden als Biedermänner. Die Empfänger der *zakat* indes leiten das Geld nicht an die Armen, sondern an die Dihad-Terroristen weiter, wobei die saudischen Herrscher davon angeblich nichts zu wissen vorgeben. Dabei ist Al-Qaida nur eine dieser Bewegungen, die mit *zakat*-Geld weltweit ihren Terror finanzieren. Ein näherer Blick zeigt, daß die Saudis bei der *zakat*-Vergabe politisch berechnend und nicht als Wohltäter agieren: die Saudis kaufen sich nämlich bei den weltweit vernetzten Islamisten frei.

Dabei gehört sowohl der Anschlag auf die US-Luftwaffenbasis in Dhahran im Jahre 1996, bei dem 19 US-Soldaten starben und

rund 400 Menschen verletzt wurden als auch der jüngste Anschlag im Mai diesen Jahres, bei dem 20 Menschen zu Tode kamen, zu den saudischen Täuschungsmanövern, die deutlich machen, daß man Ungläubige auf saudischem Gebiet nicht wünscht. Denn interessanterweise gibt es keine Anschläge durch Islamisten auf Mitglieder des saudischen Königshauses, und dies wird so bleiben, solange die Herrscher in Riad die Islamisten weiterhin mit dem notwendigen Geld versorgen. Es geht somit auch um das Überleben der saudischen Herrscherfamilie.

Ähnlich operiert auch Palästinenserführer Arafat: was als *zakat* deklariert wird, sind in Wirklichkeit Geldspritzen an islamistische Bewegungen, die weltweit aktiv sind, wobei Saudi-Arabien dennoch vom Terror nicht verschont blieb; ein Terror, der gezielt gegen die Stationierung der ungläubigen Amerikaner gerichtet ist, nicht jedoch direkt gegen den Königsclan, wie oben ausgeführt.

Nach dem 11. September ist nun bekannt geworden, wie weit die Saudis in den Sumpf des Dji-



Angriffe von Islamisten in Saudi-Arabien auf amerikanische Stützpunkte sind nicht gegen die saudische Herrscherfamilie gerichtet, weil Kronprinz Abdallah und König Fahd (im Bild) deren Financiers sind. Fielen diese Schutzgeldzahlungen aus, wäre es bald mit der Herrschaftsherrlichkeit zuende

had-Terrorismus verwickelt sind, wobei ihre Mittäterschaft als Financiers penibel kaschiert ist, so als wüßten sie nichts von solchen Verwicklungen. Nur, das alte Spiel kann nicht mehr wie bisher hinter der Maske des Wohltäters und der naiven Ahnungslosigkeit des Westens weitergehen, ob schon es als sicher gelten kann, daß für die ausgefallenen Zahlungen des irakischen Regimes an die Adressaten des palästinensischen Terrors gegen israelische Ziele nunmehr Saudi-Arabien gerückt ist. Für die deutsche Regierung ist dies ein Tabu-Thema.

Kann man jedoch zwischen islamischer Orthodoxie und islamischen Fundamentalismus unterscheiden, wie dies Bassam Tibi tut? Meines Erachtens ist eines wie das andere, weil der Koran den Ton angibt, wie auch die Grenze zwischen dem orthodoxen Islam der Wahhabiten und dem Islamismus fließend ist. Jeder von ihnen möchte der bessere - gehorsamere Muslim sein und dazu gehört die Feindstellung gegenüber allem, was nicht muslimisch ist.

In Deutschland nämlich, wie überhaupt in Europa als Islam-Diaspora, arbeiten Wahhabiten und Islamisten eng zusammen. Saudi-Arabien fördert jegliche fundamentalistische Aktivität der Islamisierung in Europa, wie dies der Koran explizit vorschreibt. Im eigenen Land indes verbietet die gleiche Regierung nicht nur jegliche kulturelle Tätigkeit von Nicht-Muslimen, es untersagt aus Furcht vor einem Putsch auch den militanten Islamisten, auf dem eigenen Territorium zu agieren. Zur Doppelmoral der Saudis gehört, daß sie im Namen der Toleranz die Fahd-Akademie in Bonn errichtet haben, in der der orthodoxe wahhabitische Islam unter den islamischen Zuwandern verbreitet wird. Der Bundesregierung wiederum wird im Gegenzug nicht erlaubt, ein Goethe-Institut in Saudi-Arabien einzurichten.

Wenn davon auszugehen ist, daß sich inzwischen in Deutschland innerhalb eines Jahres die Zahl der Moscheen mit Minarett geradezu auf insgesamt 141 fast verdoppelt hat, dann geschieht dies vornehmlich mit Petro-Dollars aus Saudi-Arabien. Im Sommer vergangenen Jahres waren es noch 77 Moscheen. Weitere 154 Moscheen befinden sich im Bau oder in der Planung. Außerdem gibt es 2.380 islamische Versammlungs- und Gebetsräume bzw. Gebetshäuser mit steigender Tendenz. Angaben des Zentralinstituts Islam-Archiv-Deutschland (Soest) zufolge hat der Besuch der Moscheen im Vergleich zum Vorjahr stark zugenommen. An den Freitagsgebeten nehmen immerhin 404.000 Gläubige teil (Vorjahr 285.000). Dabei sind auch die Koranschulen gefragt denn je. Hinsichtlich der Beliebtheit der Parteien liegt mit 62 Prozent die SPD bei Muslimen klar vorn, was bei der letzten Bundestagswahl wahlentscheidend war.

Sogar die Großmoschee in Rom wird von Saudi-Arabien finanziert, auch wenn wahrscheinlich das Minarett nicht höher sein darf als der Petersdom. Allerdings ist es undenkbar, in Saudi-Arabien eine Kirche erbauen zu wollen, wie überhaupt in keinem der vielen muslimischen Staaten. Gleiches bezieht sich auf das Asylrecht für Nicht-Muslimen.

Im Hamburger Prozeß gegen den als Al-Qaida-Terroristen zu 15 Jahren Gefängnis verurteilten Munir al-Mutasadiq sind die deutschen Sicherheitsbehörden einer Verbindung zwischen der für den 11. September verantwortlichen Hamburger Terrorzelle und der Botschaft Saudi-Arabiens auf die Spur gekommen. Das entsprechende Ressort der Botschaft heißt "Islamische Abteilung". Aber die saudische Botschaft bestreitet dies erwartungsgemäß. Sämtliche saudisch-arabischen Botschaften verfügen über je eine "Islamische Abteilung", deren Aufgabe darin besteht, Moschee-

Vereine zu gründen, zu fördern und zu versuchen, sie noch wahhabitisch zu indoktrinieren. Mit dem Hinweis auf das "Feindbild Islam" versuchen die Saudis sowie ihre europäischen Verbündeten, jede Diskussion hierüber abzuwürgen.

Trotz aller Vorwürfe an Saudi-Arabien als "Hauptfinancier" des Djihadismus dürfen wir nicht vergessen, daß es mit Mekka und Medina nicht nur das wichtigste islamische Land ist, darüber hinaus ist es für den Westen wegen seiner Erdöl-Vorkommen und den Petro-Dollars für die Weltwirtschaft unverzichtbar. Politisch gesehen muß man sich daher mit diesem Land irgendwie arrangieren, jedoch ohne Verständnis dafür aufzubringen, daß Saudi-Arabien eine Finanzmacht des Islamismus und seines Djihad-Terrorismus geworden ist, denn zwischen 1981 und 1990 überwiesen die Saudis 3 Milliarden Dollar an Fundamentalisten allein in Asien und Afrika. Die damalige Zusicherung von König Fahd, Islamisten nicht mehr unterstützen zu wollen, hat sich rückblickend als Lüge herausgestellt. Schon Bill Clinton hatte seinerzeit die Islamisten als eine der "gefährlichsten Herausforderungen" für die internationale Sicherheit bezeichnet. Die Unterstützung der islamistischen Bewegungen hatte in den frühen 80er Jahren begonnen. Die Saudis dürfen indes ihren gefährlichen Eiertanz in der Weltpolitik nicht weiterhin ungestört fortsetzen, wenn es zu einem Frieden an der Terrorfront kommen soll. So darf nach dem denkwürdigen 11. September der saudisch getragene islamische Weltkongreß nicht mehr unwidersprochen - wie im Juli 1993 - verkünden, daß "zum Aufruf zum Islam der Aufbau von islamischen Zentren in Europa gehört (...) Die Anwendung der Scharia ist als Richtschnur auch in der Diaspora zu fordern".

Eine solche wahhabitische Missionierung auf der Basis der Scharia ist eine sicherheitspoliti-

sche Gefahr nicht nur für den kulturellen Bereich der westlichen Welt. Denn sie behindert auch jede Politik der Integration islamischer Zuwanderer. In den islamischen Zentren, die die Saudis finanzieren, wurden die Djiha-Terroristen vom 11. September rekrutiert. Davon auszugehen, wie dies Bassam Tibi in einem Zeitungsartikel tat, daß der Wahhabismus doch kein Islamismus, also kein islamischer Fundamentalismus sei, ist völlig abwegig, denn die Zielsetzung ist die gleiche: es geht letztlich um die Anerkennung des falschen Gottes "Allah" mit Mohammed als seinen ebenfalls "falschen Propheten" und einer grausamen und unmenschlichen koranischen Gesetzgebung, die mit der Liebe Gottes, dem Versöhnungsoffer seines Sohnes Jesus, dem wahren Christus (Messias), und auch mit den Inhalten der neutestamentlichen Heils- und Friedensbotschaft absolut nichts gemeinsam hat.

Fatal ist, daß auch die Sicherheitsbehörden in Deutschland über den Kontext islamistischer Terrorstrukturen und den saudischen Financiers wissen, doch die saudische Botschaft leugnet hartnäckig solche Verbindungen, und das deutsche Recht bietet den Sicherheitsbehörden keine Basis für die Unterbindung dieses Netzwerkes. Zudem fehlt auch der politische Wille, in dieser Richtung kategorisch zu handeln. Anders ist dies in den Vereinigten Staaten.

Dort stellt man sich unterdessen die Frage: "Finanziert Saudi-Arabien bewußt und gezielt den Terrorismus oder wird die Öl-Monarchie nur mißbraucht?" Da die saudische Monarchie ihre diesbezüglichen Zahlungen an die Handlanger eines militanten Islamismus nicht direkt zahlt, sondern über zahlungskräftige Mittelsmänner, fällt auch der Nachweis schwer, daß die saudische Herrscherfamilie Protégés des weltweiten Islam-Terrorismus sind. So wurden die Namen von

neun islamischen Multimillionären in Washington angeführt, die Al-Qaida und wohl auch den gestürzten irakischen Diktator Saddam Hussein mitfinanzieren. Darunter befinden sich immerhin sieben Saudis, die anderen sind Pakistani und ein Ägypter. Um es nochmals zu betonen: Was als *zakat* deklariert wird, sind in Wirklichkeit Schutzgelder an islamistische Bewegungen, die weltweit aktiv sind. Dies darf nicht mehr verdeckt bleiben und muß hartnäckig und konsequent ermittelt werden, um diesen Geldfluß und die Indoktrinierung in Deutschland lebender Muslime zu beenden. Sonst wird westliche Toleranz von Anhängern eines von seiner Natur her intoleranten Islamismus mißbraucht. Sollte somit dieses Doppelspiel der Saudis seine ungebremste Fortsetzung erfahren und jede Kritik mit dem Hinweis auf das "Feindbild Islam" als Diskreditierung gebrandmarkt werden, dann ist es nur eine Frage der Zeit, wo Deutschland und andere europäische Staaten von den Islamisten gänzlich unterwandert sein werden. Europa wird es sich im Jahr 2003 nicht leisten können, diplomatisch über diese Zusammenhänge hinwegzusehen, denn es geht um die europäische Sicherheit und um die Verteidigung unserer freiheitlich demokratischen Rechtsstaatlichkeit.

Geradezu heuchlerisch reagierten die Saudis auf dem Höhepunkt der Irak-Krise, als der saudische Außenminister Faisal al-Saud in einem Exklusiv-Interview mit der BBC die Warnung vor dem islamischen Fundamentalismus mit den Worten zurückwies: "Hören Sie, der Fundamentalismus in der Welt des Islam ist im Untergang, dafür floriert er aber bei Ihnen im Westen. Sie müssen vor dem Fundamentalismus bei Ihnen warnen!" Dies bedeutet mit anderen Worten, wir sind selbst schuld daran, wenn der islamische Fundamentalismus bei uns derart expandieren kann. Als Faisal al-Saud noch gefragt wurde,

ob er damit auch die USA meine, antwortete er unverblümt mit "ja". Diese Verfemung amerikanischer Politiker als christopolitische Fundamentalisten durch Saudis, die seit Jahrzehnten den militanten politischen Islam finanzieren, ist zum einen eine Herausforderung an die Toleranzbreite bei den westlichen Demokratien und zum anderen eine "chuzpe", mit der die Schuld an diesem bereits bestehenden "Kulturkampf" dem Westen angelastet wird, so als hätten wir das Heer der Muslime in unsere Länder zum Kommen eingeladen. Bedauerlicherweise hat auch ein bekannter deutscher EKD-Funktionär Präsident Bush als "religiösen Fundamentalisten" bezeichnet, was die Gegenseite in ihrer Auffassung nur bestärken kann.

Was ist religiöser Fundamentalismus?

Unter religiösem Fundamentalismus versteht man die Politisierung religiöser Fundamente in einer Religion, um auf dieser Basis für eine auf vermeintlich göttlich wahrgenommenen Grundlage für eine politische Ordnung einzutreten und diese wenn möglich noch durch Mittel der Gewalt durchzusetzen. Derartige Bestrebungen gab es im Mittelalter durch den Einfluß des Vatikans auf die europäischen Herrscherhäuser. Auch der Mord an dem israelischen Premierminister Itzhak Rabin durch die Hand des orthodoxen Juden Yigal Amir sowie die Bestrebungen der orthodox-jüdischen Parteien, wie die der SCHAS-Partei, aus dem demokratischen Israel einen Rabbinatsstaat zu schaffen, sind Belege eines politisch geprägten religiösen Fundamentalismus, gegen den ich mich in Israel seit Jahrzehnten öffentlich zur Wehr setze.

Wenn das prophetische Wort in der Bibel tatsächlich von einer Zeit eines gerechten und dauerhaften Friedens ausgeht, wo keine Kriege mehr stattfinden werden, dann obliegt die Vision

Jesajas (2,1-5) ausschließlich der Intervention Gottes in unser sichtbares Geschehen hinein und zwar durch die Parusie seines Friedensfürsten (hebr.: sar-schalom gem. Jes. 9,5), dem Erlöser der Menschheit, der dann sein Reich mit Gericht und Gerechtigkeit aufrichten wird (Jes. 9,6). Nur dann kann man von einer theokratischen Herrschaft sprechen, die bereits Hitler mit seinem "Tausendjährigen Reich" im Vorgriff zu dieser messianischen Idee durch Kriegsführung zu installieren bemüht war.

Nun haben wir es in diesen Tagen mit dem Islam zu tun, der uns seine "Allah-Ordnung" aufzuzwingen versucht. Aber leider ist diese Art der Forschung in Deutschland gar nicht bekannt, da man sich in den theologischen Fakultäten der Universitäten weder mit den prophetischen Aussagen im AT und NT noch mit deren Eschatologie beschäftigt und entsprechend den Zeichen unserer Zeit bewertet. Die Zeichen stehen auf Sturm, denn mit dem Waffengang der Koalitionstruppen gegen das irakische Terrorsystem hat sich im Irak eine Büchse der Pandora geöffnet, die zum Tummel- und vor allem Übungsplatz aller möglichen militanten islamistischen Gruppierungen geführt hat, wo man sozusagen ungestraft dem "Satan" Amerika empfindliche Schläge versetzen kann.

Der palästinensische Terror geht weiter

Auch die Entwicklung in den Palästinensergebieten zeigt, daß der dortige kompromißbereite Regierungschef Machmud Abbas von Amerikas Gnaden ohne den Segen Arafats eben nur eine Marionette des Westens war, und tatsächlich Präsident Arafat als religiöser Fundamentalist weiterhin die Fäden seiner Herrschaft in der Hand hält. Damit jedoch werden entgegen den Interessen des Westens die islamistischen Terror-Organisationen "Chamas", "Djihad Islami", "Al-Aqsa-Märty-

rer-Brigaden" etc. gestärkt, so daß mit einer Beilegung des nahöstlichen Friedensprozesses nicht zu rechnen ist.

Dies zeigte sich auch an dem jüngsten Selbstmordanschlag am 4. Oktober in Haifa, bei dem sich eine angehende palästinensische Juristin, Hanadi Jaradat, 27, aus Djenin in die Luft jagte. Bilanz: 19 unschuldige israelische Zivilisten, einschließlich vier Kinder und drei israelische Araber. Das zerstörte Restaurant "Maxim" war ein Musterbeispiel einer seit 38 Jahren bestehenden jüdisch-arabischen Ko-existenz, da die Eigentumsverhältnisse zwischen einem jüdischen Israeli und einem arabischen Israeli christlichen Glaubens geteilt waren. Die Mordtat hinterließ 69 Verletzte, darunter 10 Kinder. Die Täterin konnte trotz wochenlanger Ausgangssperre und trotz der fast fertiggestellten Sperranlage nach Haifa reisen. Israelische Sicherheitskreise gehen davon aus, daß sie bei ihrer Reise Helfershelfer gehabt haben muß. Die Verantwortung für diesen neuerlichen Anschlag übernahm der "Djihad Islami". Zuvor hatte der israelische Geheimdienst die Meldung erhalten, daß ein weibli-

cher Selbstmordattentäter auf dem Weg zu einem Anschlag sei. Doch man konnte die Täterin nicht rechtzeitig lokalisieren und unschädlich machen.

Als Reaktion auf diesen hinterhältigen Anschlag schlug Israels Luftwaffe erstmals seit dem Jom-Kippur-Krieg 1973 in Syrien zu. Ziel des Angriffs war ein mutmaßliches Ausbildungslager für Terroristen der berüchtigten "Chamas" und "Djihad Islami". Trotz der Proteste auch seitens von Bundeskanzler Schröder, der Zeitungsberichten zufolge zur "kompromißlosen Haltung Israels" auf Distanz ging, erscheint die israelische Attacke militärstrategisch konsequent. Geheimdienstinformationen zufolge wurden in den vergangenen Monaten mehrere Terroranschläge gegen Israel direkt von den Exilanführern der "Chamas" und des "Djihad Islami" in Damaskus geplant und befohlen. Die Zusage des syrischen Präsidenten Baschir El Assad an die USA, die Büros dieser Gruppen zu schließen, konnte die Extremistenführer nicht stoppen. Der israelische Angriff auf "Ein El Sahib" darf als Warnsignal sowohl an die militanten Palästinenser als auch an die Führung in



Tausende Palästinenser strömten zu Arafats Hauptquartier, um ihn mit ihren Körpern vor einer Ausweisung zu schützen

Damaskus gewertet werden. Die Armeeführung Israels hat beschlossen, den "Islamischen Dji-had" überall in der Region zu verfolgen. Ungeachtet dessen behält sich die Regierung Scharons das Recht vor, Palästinenserführer Arafat auszuweisen, der in den Augen der meisten Israelis der "Grund allen Übels" ist. Hunderte westliche und palästinensische Sympathisanten bildeten unterdessen "lebende Schutzschilde" um die Muqata von Jassir Arafats Amtssitz. Dazu gehört auch der israelische "Friedensaktivist" Uri Avneri, der gern im deutschen Fernsehen als israelische Friedenstaube vorgeführt wird. Doch mit der Entfernung Arafats dürfte sich die Lage in den Palästinensergebieten nicht verbessern, sondern eher noch verschlechtern, da sich die bislang herrschenden instabilen Verhältnisse in Richtung einer Anarchie verändern könnten; es sei denn, daß nach irakischem Vorbild die Amerikaner eine Notstandsregierung, bestehend aus gemäßigten Palästinensern, einsetzen würden, die jedoch militärisch gegenüber den Extremisten abzusichern wäre. Dabei müßten sämtliche militanten Gruppen, die für den fortgesetzten Terror verantwortlich sind, verboten und ihre Rädelsführer außer Landes gebracht und dort inhaftiert oder vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag gestellt werden. Ohne eine solche Roßkur wird es zu keiner Konsolidierung in der Region kommen. Anderenfalls sich das Karussell des Terrors weiterhin drehen wird. Und Europa wird weiterhin auf der Hut sein müssen, um sich nicht durch die Hintertür von gewaltbereiten Islamisten weder auf politischem Wege noch durch Gewalt in seinem demokratischen Selbstverständnis erschüttern zu lassen.

Sollte hierbei das "Quartett" aus USA, EU, Rußland und UN kein grünes Licht geben, könnte Israel nichts anderes übrigbleiben, als die palästinensischen

Gebiete erneut zu besetzen und selbst eine Notstandsregierung unter ihrer Auspiz einzurichten.

Solange es um Israels Sicherheitsinteressen geht, wird sich Jerusalem von den Alarmsirenen aus der arabischen Welt kaum einschüchtern lassen. Denn mit seinem Angriff auf syrischem Staatsgebiet hat Israel eine unsichtbare rote Linie überschritten, auch wenn es im UN-Sicherheitsrat auf Antrag Syriens gar nicht erst zu einer Verurteilung Israels kam. Die Amerikaner zählen Syrien zur "Achse des Bösen", weil von dort internationale Terror-Zentralstellen operieren und auch Al-Qaida-Gruppen vermutet werden, wenn nicht sogar Osama Bin Laden selbst. Es ist auch nicht auszuschließen, daß es Saddam Hussein noch gelungen war, seine Lager an nichtkonventionellen Kampfstoffen rechtzeitig nach Syrien verlagert zu haben, denn was man im Irak an Massenvernichtungswaffen vermutete, besitzt Syrien seit langem, d.h. chemische und biologische Kampfstoffe - Irrtum ausgeschlossen.

Mit ihren jüngsten Sanktionsdrohungen gegen Syrien hatten die Amerikaner wohl auch Israel grünes Licht zu der zurücklie-

genden Aktion gegeben, denn es bleibt unbestritten, daß Damaskus nicht nur radikale Palästinensergruppen unterstützt, sondern das Eindringen anti-amerikanischer Kräfte via Syrien und Iran in den Irak fördert. Dieser unseligen Entente muß um des Friedens willen in der Region Einhalt geboten werden, auch wenn sich Bush aufgrund des anlaufenden Wahlkampfes nicht allzu sehr in eine weitere kriegerische Auseinandersetzung in der nahöstlichen Region engagieren lassen möchte.

Es ist schon ärgerlich genug, daß Bushs Initiative von Akaba (road map) von Arafat erfolgreich hintertrieben wurde und der Hoffnungsträger Abbas inzwischen von dem Arafat nahestehenden



Ein Poster der "Chamas" ruft offen zum Mord an Israels Regierungsspitze auf. Die "Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden" haben eine eigene Liste der "gesuchten" israelischen Politiker erstellt, die zu liquidieren wären. Kein palästinensischer Politiker schreitet dagegen ein

Qure'i abgelöst wurde, was einmal mehr zeigt, daß Arafat als Integrationsfigur zwischen gemäßigten und militanten Palästinensern nichts tut, um sein Volk dem ersehnten eigenständigen Staat näherzubringen. Sein aktuelles Bedauern für den jüngsten Anschlag in Haifa ist somit nicht glaubwürdig, denn noch immer werden die Drahtzieher des Terrors nicht zur Rechenschaft gezogen. Die von Arafat unterdessen gebildete "Notstandsregierung" wird die Einheit weder sichern, das Chaos beenden und Gesetz und Ordnung durchsetzen, wenn zugleich die "Chamas" warnte, keine Aktionen "zu Gunsten Israels" vorzunehmen, denn damit zeigen die palästinensischen Terror-Organisationen, daß ihnen an einen Frieden mit den Israelis gar nicht gelegen ist. Vielmehr veröffentlichte die "Chamas" einen Poster mit den meist gesuchten israelischen Politikern und ruft offen zum Mord an ihnen auf. Dabei gilt Israels Premier Scharon als erstes Terrorziel. Das Bild von Rehavam Ze'ewi, der 2001 in einem Jerusalemer Hotel von Angehörigen der "Volksfront zur Befreiung Palästinas" (PFLP) erschossen wurde, ist auf dem Poster durchgekennzeichnet.

Umfragen in Israel ergaben, daß Likud-Wähler zu 79 Prozent und Wähler der gemäßigten Arbeiterpartei zu immerhin 42 Prozent den Rädelsführer der "Chamas", Scheich Achmed Yassin, von Israel liquidiert sehen möchten. Für Arafats Ausweisung votieren 43 Prozent der Likud-Wähler und 41 Prozent der "Schinui"-Wähler (28 Prozent der Anhänger der Arbeiterpartei). 40 Prozent der Likud-Wähler befürworten eine ausgedehnte militärische Aktion zur Ausschaltung der terroristischen Infrastruktur; dagegen halten 43 Prozent der gleichen Wählergruppe (36 Prozent der Arbeiterpartei und 41 Prozent der "Schinui") Verhandlungen mit gemäßigten palästinensischen Kreisen, die nicht mit Arafat verbunden sind, für sinnvoller.

Auf alle Fälle hat man in Israel keinerlei Verständnis für den Protest von 27 Kampfpiloten der israelischen Luftwaffe, die gezielte Aktionen gegen Top-Terroristen ablehnen und als "unmoralische und illegale" Einsätze bezeichneten. Luftwaffenkommandeur Chalutz drohte den Verweigerern sogar mit Gefängnis. Die Getadelten seien zudem nur Reservisten, von denen viele nie einen Einsatz in den Autonomiegebieten geflogen hätten. Für Israels einstigen Staatspräsidenten



Ezer Weizman, der selbst einmal Luftwaffengeneral war, sind die Verweigerer eine "Schande" und sollten "so schnell wie möglich" aus der Luftwaffe entlassen werden. Der Verfasser selbst war in den Jahren 1967-1970 der größten israelischen Luftwaffenbasis zugeteilt gewesen. In meiner Zeit wären Befehlsverweigerer vor ein Militärgericht gestellt worden, da sich Israel nach wie vor im Kriegszustand befindet und von einem Frieden in der Region bis heute nicht die Rede sein kann.

Was tut Europa gegen die islamistische Unterwanderung?

Man darf sich keiner Illusion dahingeben: Die Krankheit liegt auch bei uns in Deutschland. Denn wenn "Der Spiegel" (18/2003) zitiert wörtlich den muslimischen Schriftsteller Tahar

Ben Jellun mit den Worten zitiert: "Die Bush-Regierung ist getrieben von einem engstirnigen Nationalismus, gekoppelt mit einem missionarischen religiösen Eifer. Das Ergebnis ist eine Form des Kolonialismus, die sich noch brutaler ausnimmt als die des ausgehenden 19. Jahrhunderts", dann ist dies nichts anderes als defätistischer Vaterlandsverrat zum Frohlocken der Islamisten, die daraus das Recht ableiten könnten, uns von unseren amerikanischen Freunden zu verabschieden und uns gleich dem Islam zu unterwerfen. Für Jellun nämlich sind die Amerikaner an ihrer jetzigen Misere selbst schuld, weil sie den Irakern mit ihrer Invasion zur Befreiung von ihrem Diktator ihre Würde genommen hätten. Jellun unterstellt, daß es den Amerikanern gar nicht um den Sturz Saddams Husseins gegangen sei. Bar jedweder Realität geht Jellun davon aus, daß sich das Volk mittelfristig vom Joch Husseins befreit hätte. Seiner Einschätzung nach wäre der arabische Nationalismus tot, aber der Fundamentalismus habe eine lange Blütezeit erst noch vor sich. Indem Jellun den Spieß kurzerhand umdreht, bezichtigt er die USA der Heuchelei, die die islamistischen Extremisten stärken würde. "Die Religion, umgesetzt in politische Ideologie, ist das einzige Band, das die arabischen Völker heute zusammenhält", meint Jellun. Auf die Frage, ob sich der Irak in einen demokratischen Musterstaat verwandeln ließe, konnte Jellun nur erwidern: "Das ist ein amerikanisches Hirngespinnst, gewebt aus Lügen, Ignoranz und Propaganda." Nicht nur in einer Stammesgesellschaft, sondern auch vom islamischen Verständnis her, gibt es in muslimischen Ländern keine wahren demokratischen Verhältnisse. Wahlen würden nur dazu führen, islamistische Kräfte an die Macht zu spülen. Da der Fundamentalismus nicht diskutiert oder dialogisiert, weil die koranische Lehre den Ausgleich mit

den Ungläubigen (Nichtmuslimen) als Allah-Lästerung verboten, weiß er sich im Besitz der absoluten Wahrheit, die es im Interesse des vorgeschriebenen Panislamismus durchzusetzen gilt. Die "Demokratie" des Islam ist eine Diktatur, die alles regelt und zu jedem einzelnen ins Haus kommt. Da auch der Sozialismus, Nationalismus oder gar ein Laizismus, wo Staat und Religion voneinander getrennt sind, im Islam keine eigenständigen Größen sind, sondern nur im Verbund zum Islam Relevanz besitzen, werden diese westlichen Regierungskonzeptionen das islamische Sendungsbewußtsein nicht ablösen können. Diese Erfahrung muß auch die Türkei machen, die bislang vergeblich versuchte, den islamischen Glauben aus der Politik herauszuhalten.

Nicht nur in einer Stammesgesellschaft, sondern auch vom islamischen Verständnis her, gibt es in muslimischen Ländern keine wahren demokratischen Verhältnisse.

Wahlen würden nur dazu führen, islamistische Kräfte an die Macht zu spülen.

Mohammeds Vorstellung, den Islam in den Herzen und in den Moscheen zu belassen, aber nicht mit der Politik zu vermischen, ist eine Illusion, da der Islam einen ganzheitlichen Anspruch erhebt, der auch sehr irdischer Natur ist. Damit ist der Islam alles in allem: zum einen eine spirituelle Religion und zum anderen auch eine durchaus politische Religion, die eine moralische Anleitung des gesamten menschlichen Handelns im Alltag einschließt, ähnlich der Funktion der Thora (der fünf Bücher Moses) mit ihren 613 Geboten und Verboten bei den orthodoxen Juden. Insofern neigt der Islam zum Totalitären, aber mit dem Unterschied, daß die Gewaltanwendung - Terror eingeschlossen

- eben auch eine Option ist, um sich zu expandieren und damit Macht über Nichtmuslime auszuüben.

Die Islamisten suchen ihre Anhänger in erster Linie unter den Enttäuschten, den Zukurzgekommenen und Frustrierten, von denen es im Irak nur so wimmelt, aber die Tendenz geht mit dem Grad weiter in Richtung Radikalität, wie der Westen seinen Vorherrschaftsanspruch behauptet und auch in der ölreichsten Region der Welt durchzusetzen versucht.

Wenn Jellun für diese Entwicklung den Fremdenhaß in Europa verantwortlich zu machen versucht, weil man nicht genug für die Integration der Muslime in den Gastländern (vor allem Frankreich, Großbritannien und Deutschland) unternimmt, dann ist dies gerade Taktik einer hinterhältigen Strategie, mit der auf diese Weise der intolerante und unkooperative Islam sich Zugang zu unserem westlichen Kulturkreis zu verschaffen sucht, um diesen von innen heraus auszuhöhlen und durch den Islam zu substituieren, ähnlich dem AIDS-Virus im menschlichen Körper, das vom Immunsystem nicht als Feind erkannt wird. Damit wird unser demokratisches Gesellschaftssystem dafür verantwortlich gemacht, wenn islamistische Rattenfänger noch mehr Rückhalt unter den Muslimen in den europäischen Gastländern finden.

Frankreich hat seinen 7 Millionen Muslimen deshalb bedenkenlos die Staatsbürgerschaft eingeräumt, weil sie zu den der einst nordafrikanischen Kolonien gehörten. Deutschland hat seit dem Ersten Weltkrieg keine Kolonien mehr, so daß es sich eigentlich glücklich schätzen könnte, gegenüber Angehörigen aus muslimischen Ländern keine derartigen Verpflichtungen eingehen zu müssen. Aber durch das Schengener Abkommen hat dies ebenfalls an Bedeutung verloren, weil Muslime mit französischen

oder englischen Ausweispapieren jederzeit Zugangsmöglichkeiten nach Deutschland haben. An der polemisierten Kopftuchdiskussion meinen die Muslime hierzulande zu erkennen, daß Deutschland zu einem Laizismus nicht bereit sei und sie daran ablesen, daß die Schuld am gewalttätigen Islam bei den Nichtmuslimen zu suchen ist, obschon unser Grundgesetz ihnen so viele Freizügigkeiten einräumt wie kaum ein anderer Staat.

Insofern neigt der Islam zum Totalitären, aber mit dem Unterschied, daß die Gewaltanwendung - Terror eingeschlossen - eben auch eine Option ist, um sich zu expandieren und damit Macht über Nichtmuslime auszuüben.

Und hier sind wir bei dem eigentlichen Problem, weil sich Muslime und Araber - wie in den palästinensischen Gebieten ebenfalls ablesbar - immer wieder nur als arme Opfer sehen und daraus die Rechtfertigung des absoluten Widerstandes bis hin zum Terrorismus ableiten.

Daß sich die Araber ihre Niederlagen im Kampf gegen den kleinen Staat Israel selbst zuzuschreiben haben, weil Israel niemals Angriffs-, sondern nur immer Verteidigungskriege führte, haben die Araber nicht nur verdrängt, sondern sehen sich als vom Westen gedemütigte Opfer. Dabei äußern sie bei Gesprächen noch immer offen ihre Sympathie zu Adolf Hitler, der die jüdische Rasse in einem Grade auszumerzen versuchte wie keiner zuvor. Darin liegt auch die Sympathie, die viele arabische Nationen noch immer gegenüber Deutschland hegen. Diese Erfahrung mußte ich im Nahen Osten bei persönlichen Gesprächen mit Arabern machen. Gerade das Paradebeispiel Naher Osten macht deutlich, wie zwiespältig Friedensbeteuerungen seitens

arabischer Politiker zu bewerten sind. Zum einen suchen die Palästinenser den Konsens mit Israel, andererseits ermutigt die Führung mit Geldzuwendungen von 10.000 bis 20.000 Dollar die Terroristen in den eigenen Reihen als Preis für unkontrollierte Selbstmordanschläge. Wie die "Hisb-Allah" zu einem wichtigen Terror-Instrument der iranischen Geldgeber wurde, so erzeugte die Arafat nahestehende PLO zwei radikale Abspaltungen, die ihre Interessen mit Gewaltaktionen beschleunigen sollten und zu der auch die *Tanzim*, der bewaffnete Arm der Fatach, gehört. Schon in der Namensgebung "Djihad Islami" (Islamischer Heiliger Krieg) erkennt man

die terroristische Zielsetzung dieser Organisation, wobei es unterdessen zu einer regelrechten Konkurrenzsituation zwischen den diversen Palästinenserorganisationen kam, was sich in der Steigerung spektakulärer Terroranschläge ausdrückt. Zur Zeit prahlt die berüchtigte "Chamas", die bislang blutigsten Terroranschläge gegen Israelis durchgeführt zu haben. Dabei spielt es keine Rolle, wenn Heckenschützen auf zivile Fahrzeuge mit israelischen Kennzeichen das Feuer eröffnen und zumeist dabei auch

unschuldige Frauen und Kinder getötet werden oder eben durch Sprengstoffanschläge und Selbstmordattentate, bevorzugt im öffentlichen Busverkehr, Einkaufszentren oder Hoteleinrichtungen. Hauptsache, wenn recht viele Menschen dabei ermordet werden.

Dabei spielt es neuerdings auch keine Rolle mehr, wenn auch Frauen sich als Selbstmörderinnen an dem Terror beteiligen. Zu ihnen gehört die geschiedene Wafa Idris, 27, die ebenfalls geschiedene 22-jährige Darin Ai-

scha und die alleinstehende 20jährige Andalib Takatka. Scheich Jusuf al-Qaradawi, ein ägyptischer Islam-Gelehrter, erließ eigens eine *fatwa*, wonach es Frauen erlaubt sei, Selbstmordanschläge durchzuführen. Nachdem die 19-jährige Studentin aus Tubas, Hiba Daraghmeh, sich im israelischen Afula in die Luft sprengte, war es an der Zeit, daß zur Rechtmäßigkeit eigenständigen Handelns von Frauen sich ein entsprechender islamischer Geistlicher zur Wort meldet. Denn nach koranischem Recht hat die Frau überhaupt keinen Anspruch, in religiösen Angelegenheiten beteiligt zu werden. Qaradawi zufolge ist die Beteili-



Gemäß islamischer Gelehrter dürfen sich auch Frauen zum Töten anderer Menschen in die Luft jagen. Im Bild die 19jährige Hiba Daraghmeh aus Tubas, die für einen Anschlag im israelischen Afula verantwortlich ist

gung von Frauen an Selbstmordanschlägen gegen die israelischen Okkupanten eines der höchsten zu preisenden Aktivitäten, die ein Mensch vollbringen könne. Märtyrertum für die Sache Allahs versetzt Frauen in den gleichen "heiligen" Stand wie das männliche Gegenstück. Nur ob dann auch 72 jungfräuliche Männer auf diese Frauen im Paradies warten werden, läßt der Scheich offen. Auch er betont, was an anderer Stelle mehrfach zum Ausdruck kam, daß in dem Augenblick, wo der Feind Teile

des muslimischen Landes besetzt hält, die Pflicht eines jeden Muslim sei, dem Djihad zu folgen; dies sogar ohne das vorherige Einverständnis des Ehemannes oder des Sohnes und ohne den Konsens der Eltern dürfe in den "Heiligen Krieg" gezogen werden. Um diesen Selbstmordanschlag durchzuführen, könne die Täterin auch auf die traditionelle Kopfbedeckung (*hijab*) verzichten und ohne männliche Begleitung reisen.

Im Manifest dieser Terrororganisationen ist festgeschrieben:

"Es wird mehr Kämpfe und mehr Opfer geben und mehr Tote und mehr Angriffe auf die Juden. Es ist das Los der Juden, von uns

geschlachtet zu werden; denn: Allah hat geschworen, sie zu unterdrücken bis zum Tage des Jüngsten Gerichts, an dem sie schmerzvolle Marter ertragen müssen. Jetzt, nachdem Amerika und Europa die Juden gemartert hatten, haben wir es übernommen, sie zu martern. Denn es ist das Los der Juden zu leiden! Kein Jude ist unschuldig! Alle Juden müssen getötet werden. Sie unterdrücken nicht nur das palästinensische Volk, sondern haben der Menschheit in ihrer langen Geschichte nur Unglück gebracht. Und unser Heiliger Krieg (Dji-

had), den wir gegen sie und ihre Verbündeten führen, wird diese Rasse endgültig ausrotten!"

Dabei unterhalten die palästinensischen Terrororganisationen nicht nur ständigen Kontakt untereinander, sondern auch mit der im Südlibanon operierenden "Hisb-Allah".

Die "Chamas" sieht sich dabei als eigentlichen Motor der Intifada und entlehnt ihre ideologischen Prinzipien von den *Mudjaheddin*. Dabei werden in den Moscheen die Gläubigen systematisch indoktriniert und diejenigen,

die dem Haßprofil nicht hinreichend entsprechen, ihrerseits verfolgt oder gar als Kollaborateure Israels im Zweifelsfall liquidiert. So geht es bei dem Nahost-Konflikt nicht nur um den palästinensischen Kampf und die Befreiung "ihres" Landes, wobei die radikalen Muslime auch das jetzige israelische Staatsgebiet mit einbeziehen, sondern auch um die Wiederherstellung ihrer Ehre (madjd), die durch die verlorenen Kriege mit Israel empfindlich beschädigt wurde als auch um die Ausweitung eines universalen islamischen Anspruchs.

"Es wird mehr Kämpfe und mehr Opfer geben und mehr Tote und mehr Angriffe auf die Juden. Es ist das Los der Juden, von uns geschlachtet zu werden; denn: Allah hat geschworen, sie zu unterdrücken bis zum Tage des Jüngsten Gerichts, an dem sie schmerzvolle Marter ertragen müssen. Jetzt, nachdem Amerika und Europa die Juden gemartert hatten, haben wir es übernommen, sie zu martern. Denn es ist das Los der Juden zu leiden!"

In diese Kategorie der Haß-Doktrin gehören auch Bezeichnungen für die Juden, wie "Brüder der Affen", "Mörder des Propheten", "Blutsauger" und "Kriegshetzer". Würden in den USA oder in europäischen Großstädten wiederholt Menschen in vollbesetzten Bussen oder Restaurants in die Luft gesprengt werden, würde gewiß der gesamte Sicherheitsapparat des Staates gegen die Täter und ihre Hintermänner mobil gemacht werden. Doch Israels Antiterror-Maßnahmen werden im Westen stets und ständig einer Kritik unterzogen, die den Eindruck macht, daß Israels Gegenmaßnahmen in ihrer Schrecklichkeit den palästinensischen Anschlügen gleichwertig seien. Daher ist

es abwegig, wenn die palästinensischen Terror-Organisationen die israelischen Reaktionen als "Nazi-Manier" apostrophieren und die Juden im nachhinein für die "Französische Revolution" und die "Oktoberrevolution" in Rußland verantwortlich machen. Es ist das übliche Geschwätz von der vermeintlichen jüdischen Weltverschwörung ("Protokolle der Weisen von Zion", s. hierzu "Antisemitismus - gestern und heute" von K. M. Pülz, Seite 111-122), was Hitler den Vorwand gab, einen Völkermord an den Juden zu vollstrecken. Auch der arabische Vorwurf, daß die Juden auch noch für die beiden Weltkriege verantwortlich wären, ist nicht nur absurd, sondern soll damit zugleich die deutsche Nation von einer Mitschuld freisprechen.

Der Wahn der Islamisten konzentriert sich auf einen antijüdischen bzw. antiisraelischen Krieg, in dem nicht nur alles Jüdische respektive Israelische als böse, sondern zugleich alles Böse als jüdisch respektive israelisch halluziniert wird. Die USA als der "Große Satan" werden nicht nur wegen seiner Unterstützung für Israel, sondern als das Zentrum einer materialistisch-egoistischen Weltordnung bekämpft, die selbst die Herrschaft und damit die Oberhand über alle Völker anstrebt, was ja eigentliches Ziel des Islam ist.

Geistesverwirrung in Deutschland in der Einschätzung des Islamismus

Deutschland muß man hier den Vorwurf machen, daß die hiezulande angesiedelte Islamwissenschaft sich in der Regel über den Antisemitismus der Islamisten ausschweigt. Dies ist auch erkennbar an Vertretern, wie die Orientalistin und Friedenspreisträgerin Annemarie Schimmel, die Anfang diesen Jahres im Alter von 80 Jahren verstarb. In den Nachrufen wurde sie dahingehend geehrt, Verständnis für den Islam geweckt zu haben.

Den Islam hatte sie als die "am meisten angegriffene und mißverständene aller Religionen" bezeichnet. Ihr Islam-Verständnis beschrieb sie in ihrem Werk "Liebesgeschichte zwischen mir und dem Orient". Zu ihren Stationen gehörte 1961 eine Professur in Bonn, ab 1970 war sie außerdem Harvard-Professor für indo-muslimische Kultur und hatte gleichzeitig die Ulmer Humboldt-Professur inne. Mit zahlreichen Preisen wurde sie gewürdigt, darunter 1981 mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse und 1995 dann mit dem Friedenspreis. Lange Zeit lebte sie in Pakistan, wo in der Stadt Lahore sogar eine Straße nach ihr benannt ist. Wie für den "Börsenverein des deutschen Buchhandels" üblich, wollte man mit der Ehrung von Frau Schimmel mit dem Friedenspreis ein Zeichen der Toleranz setzen, obschon der Islam keinerlei Toleranz gegenüber Andersdenkenden akzeptiert. Bezeichnend ist auch, daß der Zentralrat der Muslime in Deutschland, in dessen Beirat Annemarie Schimmel viele Jahre saß, in einer Würdigung erklärte, sie habe "Brücken zwischen der Welt des Islam und der westlichen Welt geschlagen", die bislang jedoch die Muslime noch nicht betreten haben. Frau Schimmel gehört zu dem Personenkreis der NI's (nützliche Idioten), ein Begriff von Lenin, mit dem er jene Kapitalisten im Westen bezeichnete, mit deren Geld er den Panславismus, d. h. die sowjetische Vorherrschaft in der Welt, zu finanzieren gedachte.

Ähnlich befremdlich und bar jeglicher Realität ist auch das Bekenntnis von Dr. Otto von Habsburg einzuordnen, der den Islam in einem Interview mit dem PUR-Magazin als "Bruder Islam" bezeichnete. In Ausblendung der terroristischen Fakten und in Unkenntnis der islamischen Lehre wirft Otto von Habsburg unserer Gesellschaft vor, daß sie den Islam "fast ausschließlich als aggressive und diktatorische Reli-

gion" wahrnehme. Daß von "einer drohenden islamischen fundamentalistischen Gefahr" die Rede wäre, sei das Verdienst der serbischen Propaganda. Daher empfiehlt Otto von Habsburg den Islam als eine Religion zur Kenntnis zu nehmen, deren Anhänger "sich trauen, täglich zu Gott zu sprechen - und dies in einer Zeit, in der bei uns Gott schon nahezu aus dem öffentlichen Leben verschwunden ist. Für den Muslim ist Gott noch eine feste Bezugsgröße, die sein tägliches Leben bestimmt. Und diese Bezugsgröße sollte uns als gläubige Menschen miteinander verbinden in gegenseitigem Respekt und Toleranz vor allen Unterschiedlichkeiten. Gerade wir als Christen sollten uns davor hüten, mit raschen Vorurteilen diese Religion abzuqualifizieren. Immerhin kann der Islam ein wichtiger Verbündeter sein, wenn es darum geht, Angriffe auf die Menschenwürde abzuwehren, wie es sich auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo und der Weltfrauenkonferenz in Peking gezeigt hat". Zitatende.

Selbst der amtierende Bundespräsident Johannes Rau sprach zu Beginn seiner Amtszeit davon, der Bundespräsident "aller Deutschen" und Ansprechpartner für "alle Menschen" sein zu wollen, die "ohne Paß bei uns leben und arbeiten". Auch ihm ging es um "Versöhnen statt spalten" und vor allem um das Zusammenleben mit Ausländern "ohne Angst und Träumereien".

An diesen allzu rosaroten Einschätzungen erkennt man die Unbedarftheit über das Wesen islamischen Glaubens, Denkens und Fühlens. Wer unseren Kulturkreis und dessen Erbe nicht respektiert, kann kein Bleiberecht zugesprochen erhalten. Wer indes noch, wie militante Muslime dies tun, zur Abschaffung der Demokratie und die Einsetzung der Scharia votiert, hat gewiß nichts in diesem Lande zu suchen. Insofern bedeutet dies keine Härte, wenn man Muslimen anempfiehlt,

in ihrem Kulturkreis zu verbleiben und uns in Ruhe zu lassen und vor allem unter keinen Umständen uns zu terrorisieren. Dies bezieht sich auch auf die Kandidatur der Türkei auf Mitgliedschaft in die Europäische Gemeinschaft. Mit Toleranz und Mitmenschlichkeit hat dies überhaupt nichts zu tun, sondern vielmehr mit Selbstschutz vor kriminellen Elementen, die noch dazu ihre Religion verherrlichend als Rechtfertigung ihres Terrors benutzen.

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen im Namen Allahs in Deutschland

In einem Schreiben an die "Christliche Mitte" aus dem Jahre 1995 heißt es unmißverständlich:

"Ich bin ein Muslim und weiß, wovon ich rede! Ich war der erste Vorsitzende zweier islamischer Vereine, die mittlerweile aufgelöst sind. Ich konnte aufgrund meiner sprachlichen und politischen Kenntnisse in den islamischen Raum eindringen, der für Europäer gemeinhin verschlossen ist.

Seit 1968 beobachte ich die islamische Szene in Deutschland. Seit einer Zeit also, da noch niemand daran dachte, Moscheen einzurichten, und kein Gedanke an eine doppelte Staatsbürgerschaft von Muslimen aufkam. Die "Christliche Mitte" hat richtig erkannt, daß wir eine Inflation von Moscheebauten und Moscheebauplänen haben. Natürlich ist dies kein Zufall.

Die schleichende Besetzung Deutschlands und der anderen mitteleuropäischen Staaten durch die Muslimbrüder, bzw. den Islamischen Weltkongreß, nimmt handfeste Formen an. Bei allen muslimischen Gruppen in Deutschland ist dies - trotz einiger Rivalitäten untereinander - das Hauptziel. Darüber soll sich niemand täuschen lassen! Die bereits bestehenden Moscheen und Zentren der islamischen Vereine und Gruppen in Deutschland

sind weit mehr als nur die Stätten religiöser Erbauung und Unter- richtung. Angeschlossen und geheim dienen sie der paramilitärischen Ausbildung und Disziplinierung einer Menge türkischer Reservisten innerhalb der bereits bestehenden islamischen Geheim-Armee. Junge Türken, die in der Türkei ihren Militärdienst abgeleistet haben und aus Fundamentalisten-Familien stammen, werden von der IGMG (Islamische Gemeinschaft Milli Görüs) nach Deutschland geholt. Die Mitglieder der IGMG werden veranlaßt, ihre Töchter, die durch ihre Geburt in Deutschland eine Daueraufenthaltserlaubnis besitzen, mit den von der IGMG ausgewählten Partnern zu verheiraten. Mit dieser Heirat erwirbt der junge Türke ebenfalls eine Daueraufenthaltserlaubnis. So entsteht eine Geheim-Armee.

Als Zentrum wurde Deutschland ausgewählt, weil hier der größte Prozentsatz an Auslands- türken lebt und alles verpönt und verboten ist, was nach Ausländerfeindlichkeit riecht. So wird jede berechtigte Warnung (von den Medien, den Kirchen, der Politik) als Ausländerfeindlichkeit zurückgewiesen und den islamisch-fundamentalistischen Aktivitäten die beste Tarnung verschafft. Ich kenne die Geisteshaltung sämtlicher islamischen Gruppen in Deutschland. Wir waren als wenige deutsche Muslime in dem Irrglauben, daß man aus dem Kreis der Fanatiker einen großen Teil Christenhasser eliminieren könnte. Doch dies geht nicht. Selbst der geringste Muslim fühlt sich erhaben über alle christlichen Europäer. Man gebe sich auch hier keiner Täuschung hin, daß sich diese Entwicklung eines Tages in Wohlgefallen auflösen wird. Dies wird nicht der Fall sein!

In letzter Zeit wird viel über die Doppelstaatsbürgerschaft für Türken gesprochen. Seit vielen Jahren fordern die islamischen Fundamentalisten die doppelte Staatsbürgerschaft, allerdings

nicht öffentlich. Denn das wird in Unkenntnis der damit verbundenen Gefahren von den Deutschen selbst besorgt (Initiative der Bündnis 90/Die Grünen). Mit der Erfüllung dieser Forderung wird den Islamisten ein ganz wichtiger Schritt zur Realisierung ihrer Herrschaftspläne über Europa gelungen sein. Sollten sich nämlich etliche dieser Fundamentalisten etwas zu weit aus dem Fenster lehnen, so können sie auf ihre türkische Staatsbürgerschaft pochen und sind so vor Nachstellungen sicher.

Was in der Türkei unmöglich ist, kann hier auf deutschem Boden ungestört und bedenkenlos durch deutsche Behörden getan werden: der Aufbau einer islamisch-fundamentalistischen Streitmacht der Muslimbrüder. Hinter deren Aktivitäten stehen die ICHWAN al MUSLIMIN mit Sitz in Pakistan und der RABITA al ISLAMI mit Sitz in Mekka. Beide werden finanziert von den reichen Ölstaaten (...). Jede Opposition gegen die islamistischen Bestrebungen kann so unter dem Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit oder gar Volksverhetzung zum Schweigen gebracht werden.

Hinzu kommt, daß es kirchlich-christliche Kreise gibt, die das Aufkommen des Islam sogar fördern, in der irrigen Vorstellung, im Fall eines Sieges des islamischen Fundamentalismus selber verschont zu bleiben. Aber jeder sollte wissen, daß es mit den Islamisten keinen Dialog gibt! Es gibt nur eine Unterordnung unter den Fundamentalismus. (...) Einige Aussagen der IGMG machen deren Ziele deutlich: 'Nieder mit allen außerhalb des Islam stehenden politischen Systemen! Die Macht steht allein Allah, dem Propheten und den Gläubigen zu. Wer sich der Scharia widersetzt, dem zerquetschen wir den Schädel!'

Und deutlicher noch: 'Der Europäer ist ein Atheist und Götzenanbeter, ein Wucherer, Kapitalist, Sozialist, Zionist, Kommunist und

Imperialist, ständig brünstig und besoffen, ehebrecherisch und materialistisch. Er hat sich dem Teufel verschrieben. Sie sind Agenten und Spione. Sie können als Arzt auftreten, als Krankenpfleger, als kluger Lehrer, als Gewerkschaftler, aber alle sind Feinde des Islam!' Dies sind Aussagen der IGMG, die in Deutschland nicht nur Gastrecht besitzen. (...)

Ich fühle mich gedrängt, auf eine Entwicklung in Deutschland hinzuweisen, die - so sieht es aus - für alle Europäer zu einer allumfassenden Katastrophe führt, wenn sie nicht rechtzeitig gebremst wird. Ich meine mit der kommenden Katastrophe die Unterwerfung der Europäer unter das Diktat des fanatischen Islam. Die Ausbreitung des fundamentalistischen Islam wird von deutschen Stellen vorangetrieben. Man denke nur an die vielen Baugenehmigungen von Moscheen. Fast jede Woche entsteht in Deutschland eine neue Moschee. Man denke auch an die Förderung des christlich-islamischen Dialogs durch die christlichen Kirchen und in den Kirchenzeitungen. Lassen Sie es sich von einem erfahrenen deutschen Muslim sagen: Es gibt keinen christlich-islamischen Dialog! Von islamischer Seite gibt es überhaupt keine auf gegenseitiges Verständnis ausgerichteten Dialoge. Da gibt es nur Unterwerfung! Nach islamischer Lehre haben sich alle Nicht-Muslime dem Islam zu unterwerfen. Was mit der Buhlerei um einen christlich-muslimischen Dialog nicht erkannt wird, ist das Ziel, das Christentum auszudünnen (...). Die Herren Politiker, die von gutgläubigen Christen gewählt werden, betrügen diese ihre Wähler. Sie lassen zu, daß ihre eigene Religion im eigenen Land an die Wand gedrückt wird. Und dies, obwohl sie in ihrer Bibel die ausdrückliche Mahnung und Warnung haben: 'Wenn du den Fremden aufnimmst, wird er dir Unruhe bringen und du wirst zu

einem Fremden in deinem eigenen Haus" (Sirach 11,35).

Die Deutschen kennen keinen Ausländerhaß. Dieses Phänomen wird nur aufgebaut, um jegliche Kritik zum Schweigen zu bringen. Und die Gefahr der totalen Unterwanderung Deutschlands durch fanatische Muslime nicht erkennen zu lassen, ob schon sie ein sicherheitspolitisches Problem zunehmend darstellen werden. Die Politiker werden wegen ihrer Sympathien für eine multikulturelle Gesellschaft keinen Dank ernten. Was damit erreicht wird, ist einzig und allein, daß die deutsch- und christenfeindlichen Kräfte zu noch größeren Unverschämtheiten gegen deutsche Bürger ermuntert werden. Die deutschen Politiker sollten zur Kenntnis nehmen, daß die ausländischen Muslime über 'dummes deutsche mann' nur spotten können. Alle, die ihre Sympathie für eine multikulturelle Gesellschaft zeigen, sollen sich nicht in dem Wahn wiegen, in Zukunft verschont zu werden. Sie werden genauso unterdrückt und erdrückt wie andere Nicht-Muslime auch. Denn die fanatischen Muslime sind Egoisten, die nichts aber auch gar nichts neben sich dulden." (Briefende)

Der Inhalt dieses Schreibens macht deutlich, daß jedweder Dialog mit dem Islam vergebliche Liebesmühe ist. Der Fall des Terror-Predigers Metin Kaplan, 50, dem Kalifen von Köln, zeigt die Ohnmacht deutscher Behörden, sich solcher volksverhetzender Menschen hierzulande zu entledigen. Die überraschende Haftentlassung Kaplans, der hemmungs- und schamlos zur Abschaffung unserer freiheitlich-demokratischen rechtsstaatlichen Grundordnung zugunsten eines islamischen Mullah-Staates aufruft und für den Aufruf zum Mord zu vier Jahren Haft verurteilt war, hat unter der Bevölkerung zu großer Verärgerung geführt. Was müssen dies für Gesetze sein, wenn das Oberlandesgericht in Köln den Führer einer verbote-

nen Islamisten-Organisation "Kalifatstaat" freigelassen hat und seine Auslieferung in die Türkei wegen angeblich drohender Folter verbot? Dies ist gleichzeitig ein Affront gegen eine rechtsstaatliche Rechtsprechung in der Türkei. Zu Recht erklärte zu diesem skandalösen Vorgang Bayerns Ministerpräsident Stoiber (CSU): "Wenn es unser Staat nicht schafft, einen verurteilten Schwerverbrecher und Extremisten wie Metin Kaplan auszuweisen, dann ist in unserem Staat ganz grundsätzlich etwas faul! Es ist dies die Nagelprobe für die deutsche Sicherheitspolitik, daß der Extremist Kaplan und die bundesweit 1100 Mitglieder seines verbotenen Kalifatsstaates nicht ausgewiesen werden." Stoiber folgert, wenn dies nicht möglich sei, "taugen alle Sicherheitspakete von Herrn Schily nichts, und wir müssen daher schärfere Gesetze zur Ausweisung krimineller Ausländer in Deutschland beschließen." Für diesen Zweck bot Bayerns Ministerpräsident "sofortige Gespräche für einen wirksamen Schutz Deutschlands vor islamistischen Extremisten und ihre Ausweisung" an. Auch das Bundesinnenministerium kritisierte das Urteil. Ein Sprecher: "Es wäre sicher für ein Land wie Deutschland unerträglich, wenn jemand, der offen terroristische Aktivitäten unterstützt, im Lande bleiben darf."

Der berüchtigte Terror-Prediger ist inzwischen abgetaucht und hat sich bei den Kölner Behörden noch nicht wieder gemeldet, wie ihm dies zur Auflage gemacht wurde. So ist abzuwarten, ob und wann Bundesinnenminister Otto Schily sich ernsthaft für die Änderung der gesetzlichen Bestimmungen einsetzen wird, die Deutschland vor dem Zugriff eines Mannes wie Metin Kaplan schützt, der sich selbst als "Emir der Gläubigen, Kalif der Muslime" bezeichnet. Offensichtlich können Deutschlands Gesetzeshüter mit ihrer Verpflichtung zur Bekämpfung des internatio-

nen Terrorismus einfach nicht Schritt halten.

Im niederländischen Papenbrecht residiert offiziell Kaplans Stiftung "Dinaar aan Islam", auf deren Konten deutsche Ermittler zweistellige Millionenbeträge vermuten. Die Stiftung gilt Verfassungsschützern seit Jahren als operative Drehscheibe des Kalifatsstaates. Alle Immobilien der Radikal-Islamisten, darunter bundesweit 20 Moscheen, werden wieder "Dinaar aan Islam" zugeordnet. Sogar die renommierte israelische Zeitung "The Jerusalem Post" geht davon aus, daß die Organisation Kaplans als ICCB-Boss (ICCB steht für das Verbandsorgan des Kalifatsstaates) direkte Kontakte zu dem Terroristenführer Osama bin Laden und anderer islamischer Terroristengruppen unterhält, wie beispielsweise die in Israel operierenden "Chamas" und "Djihad Islami". Dem Vernehmen nach sollen Mitglieder vom Kalifatsstaat in den Ausbildungslagern von bin Laden für den "Heiligen Krieg" getrimmt worden sein und belegt damit auch die Unberechenbarkeit der in Deutschland lebenden Extremisten.

Auch im Verbotverfahren gegen den Al-Aqsa e. V. mit seinem Sitz in Aachen kam das Bundesinnenministerium unter Zugzwang. Für den Vorwurf, die Organisation fördere Gewalt und Terror im Nahen Osten, konnte Schily bislang keine stichhaltigen Beweise vorlegen. Somit kann bis zur endgültigen Gerichtsentscheidung dieser Verein weiterhin Spenden sammeln. Das Bundesverwaltungsgericht gewährte dem Verein vorläufigen Rechtsschutz, da es keinerlei Anhaltspunkte gäbe, wonach die Aktivitäten negative Auswirkungen auf die Sicherheitslage hätten. Auch soll der Al-Aqsa-Verein die Terrororganisation "Chamas" mit Spenden unterstützt haben. Dieser darf auch weiterhin auf sein Vermögen von 150.000 € zurückgreifen. Erst Anfang 2004 soll dann endgültig über ein Verbot

der in Aachen ansässigen islamistischen Organisation entschieden werden. Al-Aqsa-Chef Mahmud Amr kommentiert: "Der Etappensieg macht uns Mut."

Die verworrene Lage in Nahost

In Israel nahm man dieses deutsche Gerichtsurteil mit Mißfallen auf. Man geht in Israel davon aus, daß sich die Europäer schwer tun, vermeintlich gemeinnützige Organisationen der "Chamas" zu schließen. Als Begründung solcher Schließungen verlangten die Europäer handfeste Beweise, daß Spenden an solche Organisationen wirklich zweckentfremdend zum Zwecke des Terrorismus verwendet werden. Offensichtlich muß zuvor eine Bombe in einem gut besuchten Restaurant explodieren, ehe man in Europa aufwacht, mutmaßt die "Jerusalem Post" in ihrer Ausgabe vom 27. August 2003.

Nachdem US-Präsident George W. Bush die Konten von sechs führenden Chamas-Mitgliedern und von fünf nichtstaatlichen Institutionen sperren ließ, erklärte Chamas-Funktionär Abdel Aziz Rantisi den amerikanischen Präsidenten als "Feind Nr. 1 des Islam". Sein Vorwurf: Bush hätte mit diesem Schritt Geld gestohlen, das den islamischen gemeinnützigen Organisationen gehöre. Lügenhafterweise fügte Rantisi noch hinzu, daß die "Chamas" weder in den USA noch in Europa Geld gebunkert habe. Vielmehr wisse die Chamas, wo sie sicher ihr Geld deponieren könne. Sogar in Malaysia und in Jerusalem unterhält die Chamas Büros von gemeinnützigen Organisationen, die als Sammelstellen für die Finanzierung des islamistischen Terrors dienen.

Nach dem Anschlag vom 19. August in Jerusalem, bei dem 22 Israelis ums Leben kamen und 110 verletzt wurden, rief US-Präsident Bush die europäischen Staaten auf, die "Chamas" und "Djihad Islami" in der Liste der zu



Bei dem Busanschlag im August in Jerusalem kämpften Sanitäter verzweifelt um das Leben eines Kindes. Sechs Kinder und ein Baby starben in den Trümmern des israelischen Busses

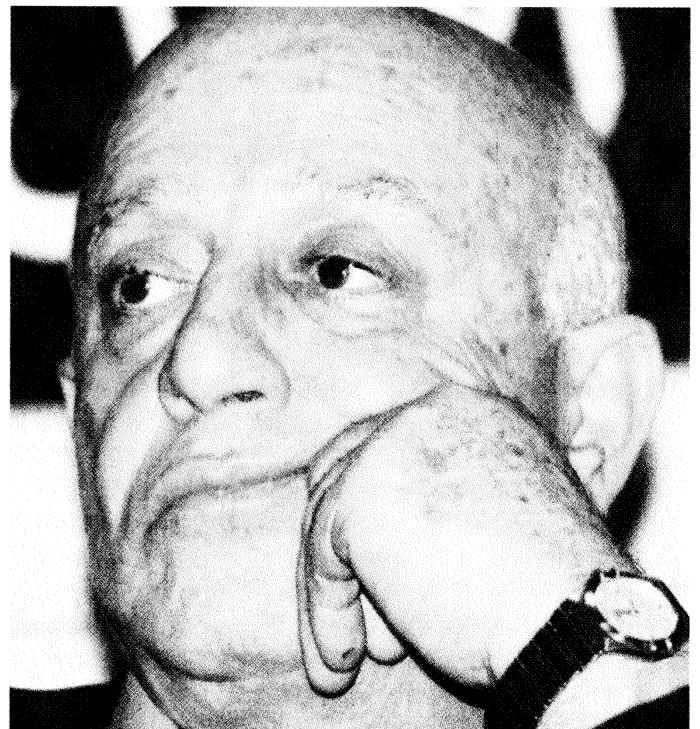
ächtenden Terror-Organisationen aufzunehmen, um damit den Ermittlungsbehörden und Gerichten die Möglichkeit zu geben, gegen diese mörderischen Institutionen vorzugehen und ihre Geldquellen auszutrocknen. Aber die Terror-Organisationen bleiben dort dem Zugriff westlicher Behörden verschlossen, wo sie zu Hause sind, wie beispielsweise in Saudi-Arabien, dem größten Financier des islamistischen Terrors unter dem Deckmantel der "Charité" (Wohltätigkeit), wie wir an anderer Stelle erfuhren. In den saudischen Supermärkten stehen die Sammelbüchsen, die zu Spenden auffordern, um die Not der Palästinenser zu lindern und den Familien von Selbstmordattentätern zu helfen - oder auch, um damit den bewaffneten Kampf gegen die israelischen Besatzer zu finanzieren. Die Israelis gehen davon aus, daß jeder Dollar, der in Riad gespendet wird, dem Zweck der militanten Islamisten dient. Denn das Geld ist das Schmiermittel des Terrorismus. Dabei sollte man es unterlassen, die jeweiligen Terror-Organisationen als gefährlich und weniger gefährlich zu klassifizieren, denn die im Südlibanon operierende "Hisb-Allah" ist genauso gefähr-

lich wie all die anderen bekannten Terror-Organisationen, auch wenn sich die "Hisb-Allah" als Befreiungsbewegung definiert. Insofern sollte Israel in der Einschätzung der terroristischen Infrastruktur mehr die internationale Öffentlichkeit suchen und auch mit den europäischen Ermittlungsbehörden kooperieren, wie man dies mit den amerikanischen Sicherheitsstellen praktiziert.

In der Nähe Tel Avivs (Z'rifim) fand ebenfalls ein Anschlag statt, bei dem 8 Menschen getötet wurden. Noch am gleichen Tag, den 9. September, sprengte sich in einem Café in Jerusalem ein Selbstmordattentäter in die Luft und tötete 7 Israelis und ver-

letzte 30 Personen. Dies beweist, daß die palästinensische Führung unter Jassir Arafat nicht fähig oder willens ist, die Infrastruktur der diversen Terror-Organisationen zu zerschlagen, so daß es weiterhin Israel obliegt, durch gezielte Aktionen die Rädelsführer unschädlich zu machen, auch wenn dies die Palästinenser als Vorwand für ihren fortgesetzten Terror benutzen.

So ist es ohne Zweifel auf Arafats Machterhalt zurückzuführen, daß Machmud Abbas als Regierungschef der palästinensischen Autonomie-Behörde scheiterte, da ihm Arafat die Verantwortung für den gesamten Sicherheitsapparat verweigerte, wie dies an anderer Stelle bereits ausgeführt wurde. Mit dem neu gewählten Achmed Qure'i (Abu Ala) wird sich an dieser Strategie nichts ändern, da auch er den Kampf gegen den Terrorismus nicht aufnehmen wird. Israel ist es gleichgültig, welcher "Abu" (Vater von ...) die Führung in den Palästinensergebieten über-



Der neu gewählte palästinensische Ministerpräsident Achmed Qure'i scheiterte an Arafat und beabsichtigt, sein Amt in Kürze niederzulegen. Er kann gar nicht erst entmachtet werden, weil ihm Arafat erst gar keine Macht über die Sicherheitsdienste gegeben hatte

nimmt. Da er Arafat mehr als Abbas nahesteht, dürfte es sich bei Qure'i um eine Marionette Arafats handeln.

Bei Abfassung dieses Beitrags erreicht uns die Nachricht, daß auch Qure'i nur noch bis Anfang November das Amt des Ministerpräsidenten bekleiden möchte. Ungerührt von der Kritik auch der Europäer am schleppenden Aufbau der palästinensischen Regierung ernannte Präsident Arafat am 13. Oktober Hakam Balawi zum neuen Innenminister, da inzwischen nach Dachlan auch der kürzlich nominierte Polizeichef Jussef das Handtuch warf. Das Minister-Karussell dreht sich also weiter und Arafat ist der Strippenzieher, der mit Balawi einen Vertrauten mit den Amtsgeschäften betraute. Damit dürfte jeder Versuch gescheitert sein, die Terror-Organisationen unschädlich zu machen.

Israel wird letztendlich nichts anderes übrigbleiben, als Arafat des Landes zu verweisen, was allerdings nur mit dem Konsens von Bush möglich ist. Bush selbst steht im Vorwahlkampf und muß um sein Prestige bemüht sein, das durch die Sabotage der "road map" durch die Palästinenserführung international auf dem Spiele steht.

Der EU-Gesandte Solana macht es sich allzu leicht, wenn er den Führungswechsel in Ramallah als "interne Angelegenheit der Palästinenser" abtut. Er müßte vielmehr die Palästinenser dazu auffordern, den Terror ihrer Fanatiker mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen, um den Israelis den Grund zu nehmen, sich dagegen zur Wehr setzen zu müssen. Der Vorwurf, Washington habe Machmud Abbas fallen gelassen, ist völlig absurd, da die Amerikaner abgewartet hatten, ob Abbas nun endlich den islamistischen Terror in seinem Gebiet wirksam bekämpft. Dieser aber ging davon aus, die Vertreter der Terror-Organisationen in politische Parteien umfunktionieren zu kön-

nen, was scheitern mußte. Die internationalen Garantien werden dem designierten Qure'i so lange nichts nützen, wenn er nicht den politischen Willen aufbringt, das Krebsgeschwür des islamistischen Terrors mit all seinen Verstrickungen auszumerzen, was ihm jedoch ohne das Einverständnis Arafats nicht möglich sein wird. Die "Mission impossible" Qure'is ist somit vorgezeichnet, so daß die gezielte Tötung der Drahtzieher des Terrors durch die Israelis weitergehen wird. Damit wird auch der wirtschaftliche Niedergang der Palästinenser festgeschrieben, die aufgrund der israelischen Sicherheitsmaßnahmen nicht zu ihren israelischen Arbeitsplätzen fahren können. Der Nahost-Friedensplan von Akaba ist dank der Palästinenser zur Makulatur geworden. Israel ist gut beraten, den Amtssitz Arafats weiterhin abgeriegelt zu halten.

Aktionismus deutscher Islamisten zur Sicherstellung ihrer Finanzen

Der Verfassungsschutz hält auch die islamische Milli Görüs für eine dubiose Geldbeschaffungsmaschine. Mehmet Sabri Erbakan, 34, Vorsitzender der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG), gibt vor, die Muslime in Deutschland zum integralen Teil der Gesellschaft machen zu wollen. Verfassungsschützer sehen dies allerdings anders. Sie beobachten seit Jahren die mit 200.000 Mitgliedern größte islamische Gruppe Deutschlands. Die IGMG, so ihr Urteil, ist extremistisch und antisemitisch und vor allem eine gewaltige Geldbeschaffungsmaschine. 225 Millionen Euro Jahresumsatz läßt die Milli-Görüs-Zentrale in Kerpen bei Köln nach eigenen Angaben durch ihre Bücher laufen. Offiziell stammt diese Summe aus Beiträgen, Spenden und Immobiliengeschäften. Recherchen ergaben, daß Drückerkolonnen Tausende ihrer in Deutschland lebenden

Glaubensbrüder dafür gewonnen, sich mit ihren Ersparnissen an milliardenschweren türkischen Holdings, wie Jet-Pa (Automobilindustrie), Kombassan (Luftfahrt, Tankstellen, Pharma- und Textilindustrie) oder Yimpas (Supermärkte, Hotels) zu beteiligen. Oft unmittelbar im Anschluß an die Freitagsgebete verteilen die Beteiligungsverkäufer ihre bunten Firmenprospekte und locken die Gläubigen mit vorgedruckten Anteilsscheinen, auf denen astronomische Renditen von bis zu 40 Prozent pro Jahr versprochen werden. Nach Schätzungen türkischer Finanzkontrollbehörden sollen inzwischen 2,5 bis 4 Milliarden Euro auf diese Weise eingesammelt worden sein. Auf die Ausschüttungen warten viele Investoren allerdings bis heute vergeblich. Der Frankfurter Rechtsanwalt Abdur Rachman Ülger vertritt mehrere Dutzend Anleger, die sich geprellt fühlen. Doch die Aussichten darauf, daß die Kleinanleger ihre bis zu sechsstelligen Investitionen zurückerhalten werden, stehen schlecht, denn diese Firmen waren von Anfang an auf Betrug ausgelegt. Erbakan indes fühlt sich dafür nicht verantwortlich.

Verfassungsschützer in Düsseldorf sehen aber Anhaltspunkte für die Annahme, daß die eingesammelten Gelder auf Umwegen wieder zurück zu Milli Görüs fließen. Immerhin hatte die auf den britischen Virgin-Inseln ansässige Firma Akira Inc., die in Deutschland über die SLM-Liegenschafts-Management GmbH in Köln vertreten wird, den neuen Vereinssitz der IGMG in Kerpen erworben. Interessant dabei ist, daß SLM-Geschäftsführer Ibrahim El Zayad ein Schwager von Mehmet Erbakan ist. Die so Geprellten werden mit dem Hinweis getröstet, daß sie durch ihre finanzielle Hilfe den Dihad finanziell unterstützen und mit einer entsprechenden Belohnung im Jenseits rechnen könnten.

Im Düsseldorfer Terrorprozeß gab der Angeklagte palästinensi-

scher Herkunft Mitte des Jahres Hinweise auf weitere gewaltbereite Islamisten in Deutschland. Der Anführer seiner Terrorzelle habe Kontakte zu mehreren Anhängern des Jihad in Deutschland unterhalten, so etwa nach München, Nürnberg und Minden. Seine Terror-Gruppe "Al Tawhid" unterhält zudem Verbindung zum Terrornetzwerk Al-Qaida; zumindest gab es eine gemeinsame Geldbeschaffung. Für die Herstellung von 70 gefälschten Pässen seien fast 46.000 EURO aus Saudi-Arabien geflossen. Der Palästinenser gestand, Anschläge in Düsseldorf und Berlin vorbereitet zu haben. Waffen und Chemikalien für Anschläge sollten aus Hamburg beschafft werden.

Wenn der rheinland-pfälzische Innenminister Zuber in seinem Verfassungsschutzbericht für 2002 lediglich von 750 militanten Extremisten ausgeht, dann wäre es eine Verharmlosung der Situation, wenn er nur einen "kleinen Teil" als militant einstuft, da islamistische Terroristen bekanntermaßen nichts über ihre Absichten verlauten lassen. Dies erkennt man auch an den Terroristen vom 11. September 2001, von denen nicht einmal ihre Familienangehörigen oder Freundinnen etwas über deren wahre Absichten wußten.

Bundesweit soll die Zahl militanter Extremisten 11.500 Mitglieder betragen. So liegt es auf der Hand, daß über Al-Qaida-Mitglieder in Rheinland-Pfalz keine Erkenntnisse vorliegen. Andererseits hätten Führer der "Arabischen Mudjaheddin" ausdrücklich Deutschland als mögliches Ziel-land für Anschläge genannt. Man sieht dies auch an der Taktik der zweifellos militanten "Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs", die allein in Bayern über 70 Ortsgruppen verfügt. So ist es kein Geheimnis, daß Milli Görüs in Deutschland für die Einführung der Scharia kämpft und gemäß des islamischen Glaubens eine weltweite Islamisierung anstrebt.

Andererseits gibt sich die IGMG pro-amerikanisch aus und tritt für die Menschenrechte ein, spricht aber im Innenverhältnis eine ganz andere Sprache.

Dieses gleiche Phänomen kann man auch bei dem palästinensischen Präsidenten Arafat beobachten, der in Richtung der ausländischen Medien sich in englischer Sprache einen moderaten Anstrich gibt. Doch in den Ansprachen zu seinem Volk in arabischer Sprache gedenkt er mit einer Million militanter Islamisten und Suizidbomben sein Land von den Israelis und vor allem auch den Ostteil Jerusalems zu befreien, "bis ein Kind auf allen Moscheen und Kirchen die palästinensische Fahne hissen wird."

Wenn sich Deutschland auf Anschläge auch mittels nichtkonventioneller Kampfstoffe islamistischer Terroristen vorbereiten wollte, dann dürfte dies außerordentlich problematisch sein. Hierzu müßte man in erster Linie zum Christentum konvertierte oder dem deutschen Staat gegenüber loyale und glaubensmäßig gemäßigte Muslime finden, die als V-Leute die islamistische Szene ausspionieren. Erkenntnisse von außen her gelangen zumeist aus amerikanischen Quellen zu den deutschen Ermittlern. So ist es ferner eine Frage, ob Deutschland beispielsweise auf eine Attacke mit Pockenviren vorbereitet wäre und ob im Extremfall eine schnelle Schutzimpfung der Gesamtbevölkerung von 82,5 Millionen Einwohnern zu ermöglichen ist. Restbestände von Pockenviren befinden sich in einem russischen und amerikanischen Laboratorium. Kürzlich sickerte allerdings die Nachricht durch, auch Nordkorea, der Iran und Syrien seien im Besitz der biologischen Ultrawaffe. Israel hat schon begonnen, Sanitäter zu immunisieren. Eine Spezialeinheit der israelischen Armee wird für den ABC-Ernstfall trainiert, in der auch Reservisten geschult werden. Das Bundesge-

sundheitsministerium sieht eine Massenimpfung für noch nicht vertretbar, weil auch Komplikationen durch die Impfung nicht ausgeschlossen werden können. Zu den Horrorszenarien gehören genmanipulierte Viren, die Versendung der Erreger auf dem Postweg an Tausende Adressen im ganzen Land und vor allem die Kontaminationsgefahren durch bereits Infizierte.

England stellt sich auf mögliche Anschläge durch islamistische Terroristen ein, nachdem unter Berufung auf Erkenntnisse von Interpol und Europol mehr als 30 "bedeutende Personen der Taliban und von Al-Qaida" über Bulgarien, die Slowakei, Tschechien und Österreich in Großbritannien untergetaucht sind, wo sie mögliche Aktionen vorbereiten wollen.

Schily ist nicht müde zu betonen, daß es in Deutschland weiterhin "keine konkreten Erkenntnisse über bestimmte bevorstehende Anschläge" gebe, aber es liegt auf der Hand, was bereits an anderer Stelle zum Ausdruck kam, daß die Islamisten sehr umsichtig vorgehen und die Art und Weise ihres Terrors nicht vorher ankündigen, so daß sie den Vorteil des Erstschlages stets für sich verbuchen können. Auch wenn die deutschen Sicherheitsbehörden von einer "allgemeinen Gefährdungssituation" ausgehen, weiß dennoch niemand konkret, wie, wann und wo die Islamisten zuschlagen werden. Wenn es schon wie im Falle Israel keine hundertprozentige Sicherheit gibt, dann wohl erst recht nicht in einem Land, das bislang keine Erfahrung mit dem islamistischen Terrorismus gemacht hat. Gefährdete Anschlagziele wären vor allem amerikanische, israelische und jüdische Einrichtungen und zwar in dem Maße, wie die Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern zunehmen und sich die Fronten zwischen den militärischen Koalitionären und der irakischen Bevölkerung weiter zuspitzen.

Gründe für den angeblichen Freiheitskampf der Islamisten werden sich immer finden lassen. Dabei bedenklich ist die Tatsache, daß der größte Teil der Al-Qaida-Elite und auch Saddam Hussein selbst bislang weder getötet noch gefangen genommen werden konnten. So ist davon auszugehen, daß sich die todbringende Allianz des internationalen Terrors dadurch verstärkt hat. Besonders dramatisch wäre es, wenn es dieser Allianz gelänge, eine sog. "Schmutzige Bombe" aus nuklearen Abfallprodukten zu produzieren und diese auch zum Einsatz zu bringen. Hinzu kommt noch, daß wie in Frankreich und Belgien ein unorganisiertes militantes Potential heranwächst, das ohne Vorwarnzeit spontan gewalttätig werden könnte. Der Irak wurde in einem weitgehend rechtsfreien Raum zum Tummel- und Trainingsplatz für islamistische Marodeure und Guerillas. Vor allem gälte es, die Aktivitäten im Umfeld von Moscheen hierzulande im Auge zu behalten, da diese Anlaufstellen für potentielle Attentäter sind. Auch in den Universitäten werden muslimische Studenten immer wieder versuchen, Gesinnungsleute für die Sache des Islam anzuwerben, wie die Einpeitscher auf dem Campus der Technischen Universität in Berlin im Jahre 1996 bewiesen. Zu ihrer Tarnung gehörte der "Islamische Bund Palästina" (IBP). Rund 600 versammelte Muslime skandierten seinerzeit: "Juden, wir werden euch vertreiben aus unserem Land!" und "Wir sind auf dem Weg, mit unseren Gewehren und unseren Selbstmordkommandos!" Dabei zog die berüchtigte "Chamas" die Fäden im Hintergrund, die ohnehin in der Hauptstadt massiv vertreten ist. Als Hauptagitator gilt ein gewisser Assam Tamini, der ursprünglich aus England stammt und dort der Moslembroderschaft angehört. Spenden dienen angeblich sozialen Zwecken, aber in Wahrheit der Finanzierung des Dihad gegen die Juden in Form

des gegenwärtigen Bombenterrors. Die IAP (Islamische Vereinigung für Palästina) unterhält übrigens auch Büros in Indiana, Arizona, Illinois und Kalifornien. Am Pazifik gründete die Terror-Organisation die Tarnfirma "Mecca Investments of California" und damit ein ideales Instrument, um Gelder zu waschen und zu verschieben. Das Versteck der IAP ist ein unauffälliges, typisch amerikanisches Einkaufszentrum in Richardson/Texas. Von hier werden Erklärungen der "Chamas" publiziert sowie Videos, Zeitschriften und Bücher vertrieben. Der Bestseller des IAP-Ablegers "Aksa-Vision" dient zur Anwerbung neuer Kämpfer. Weitere "Chamas"-Geldsammler sind der "Stiftung für das Heilige Land" zuzuordnen. Von hier führen direkte Verbindungen zu dubiosen Instituten wie der "Gemeinsamen Vereinigung für Studien und Forschung" (UASR) in Springfield/Virginia (s. Kasten: Verflechtungen der "Hamas" auf Seite 18). Das Budget all dieser Organisationen soll sich auf 70 Millionen Dollar belaufen.

Scotland Yard beobachtet den Londoner "Palästina- und Libanon-Hilfsfonds" (Telexkürzel "Interpal"). Die französische Terrorabwehr DST observiert das "Wohltätigkeits- und Solidaritätskomitee für Palästina", das von Paris aus operiert. In Deutschland kam der BND zu der Erkenntnis, daß es "eine zunehmende Kooperation zwischen der Chamas-Diaspora und Teheran" gebe. Immerhin zahlt der Iran jährlich an die Chamas 30 Millionen Dollar. Dieses Budget solle die Ausbildung von bis zu 3.000 neuen Aktivisten ermöglichen. Schaltstellen dabei sind die jeweiligen Botschaften der Iraner nicht nur in Beirut, Damaskus und Amman. Auch in den USA und Europa sind diplomatische Vertretungen in dem Geldversorgungsnetz involviert und zwar unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe für unterstützungsbedürftige palästinensische Familien.

Unter Berufung auf den Propheten Mohammed, der insbesondere im Fastenmonat Ramadan schwere Kämpfe gegen die Feinde des Islam führte, dürften in den Augen der Islamisten die Waffen nicht schweigen und müßte der Kampf sogar weiter verstärkt werden, trotz all der Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft zur Befriedung des Nahen Ostens. Das Ergebnis sind die Selbstmordanschläge auf Israels Straßen, und Gott weiß, welche Anschläge diese vom Blutausch besessenen Menschen noch planen.

Auch auf die Gefahr hin, daß das linke Parteienspektrum Deutschland als Polizeistaat beschimpfen sollte, gilt der Frage nach Sicherheit seiner Bürger die größte Priorität. Wer sich weder zivil- noch strafrechtlich etwas zu Schulden kommen ließ, hat keinerlei Überwachung zu befürchten, zumal nur dann ermittelt wird, wenn ein dringender Tatverdacht einer terroristischen Betätigung vorliegt. Wenn schon Terroristen und organisierte kriminelle Vereinigungen die Vorzüge der elektronischen Datenübermittlung in Anspruch nehmen, kann und darf der Staat aus lauter Rücksichtnahme gegenüber der Privatsphäre seiner Bürger auch nicht vor Überwachungsmethoden, wie der Rasterfahndung, zurückschrecken. Diese gilt vielen schon jetzt als entscheidendes Rüstzeug auf der Suche nach den "Schläfern", die sich auf alle mögliche Art zu tarnen wissen. So wäre es an der Zeit, die Gesetze in sämtlichen Bundesländern der Möglichkeit einer Rasterfahndung anzupassen. Nur auf diese Weise sind Datenbestände über diverse Bevölkerungsgruppen durchzufiltern, so daß nur die im Verdacht stehenden Personen im Raster hängen bleiben, wobei ein gewisses Persönlichkeits- und Verhaltensmuster eines Idealverdächtigen zugrunde gelegt werden muß. Aus dieser Schablone aus dem Grundbestand aller eingesam-

melten Daten ergibt sich dann ein gewisser Personenkreis, auf den mehrere Rastermerkmale zutreffen. Auf konkretere Beispiele sei hier verzichtet. Man sollte aber dankbar sein, daß bei den Ermittlungen der "Kommissar Computer" doch außerordentlich hilfreich ist. Aufgrund der bundesweit geltenden Strafprozeßordnung allerdings läßt sich eine nur präventive Rasterfahndung nicht rechtfertigen. Die Ermittler von München bis Hamburg können sich somit lediglich auf die Polizeiaufgabengesetze der einzelnen Länder berufen. Dabei kommt auch noch mancher Jurist ungewollt fragwürdigen kriminellen Elementen entgegen, wie der Strafverfahrensrechtler Jürgen Welp aus Münster, der die derzeitige Rasterfahndung für "extrem fragwürdig" hält. Es ist schon

skandalös genug, wenn nicht einmal die Nachrichtendienste Rasterfahndungen betreiben dürfen.

So ist es naheliegend, daß viele muslimischen Studenten den Daten-Check an den deutschen Universitäten als Diskriminierung empfinden. Dies war gerade im Fall der Technischen Universität in Berlin aufgrund der dortigen "Chamas"-Aktivitäten dringend erforderlich gewesen. Hierzu bedarf es auch keines Einverständnisses muslimischer Studenten. So könnte, sofern die Rechtslage hierüber nicht umgehend abgeklärt wird, die Klage eines so sich diskriminiert fühlenden muslimischen Studenten sogar Aussichten auf Erfolg haben, auch wenn sich der Staat in solch einem Falle auf einen übergesetzlichen Notstand berufen könnte. Dabei ist es kein Ge-

heimnis, daß viele der jungen Muslime über Gebühr finanziell und ideologisch betreut werden. Ich vergleiche dies mit bundesweiten Verkehrskontrollen, um dadurch alkoholisierten und drogenabhängigen Autofahrern auf die Schliche zu kommen. Auch dies hat nichts mit einer Diskriminierung der anderen Verkehrsteilnehmer zu tun. Auf alle Fälle sollen und müssen islamistische potentielle Terroristen wissen, daß für sie Deutschland nicht mehr als Planungs- und Ruhe-raum zur Verfügung stehen darf. Jedwede Nachlässigkeit in Sicherheitsfragen wäre nur eine Ermutigung militanter Muslime, von Deutschland aus die Fäden des Terrors zu ziehen, wobei nicht auszuschließen ist, daß Deutschland selbst Opfer werden könnte.

BÜRGER-BEFragung

Wollen Sie ein islamisches Deutschland?

Der Islam hat das Ziel, Deutschland zu erobern!

In der islamischen Zeitschrift "TNT" schreibt der Generalsekretär des Islamischen Konzils und Bundesvorsitzende der Muslimischen Studentenvereinigung (MSV), Ibrahim El-Zayat:

"Heute gibt es ca. 3,5 Millionen Muslime in Deutschland. Durch die Gnade Allahs leben wir in einem der reichsten Länder dieser Erde. Das ist eine große Barmherzigkeit von Allah uns gegenüber, aber ebenso eine riesige Verantwortung (...)

Nur wenn wir es schaffen, unsere Identität und unseren Glauben in dieser Gesellschaft zu wahren, können wir eine Bereicherung für diese Gesellschaft werden und inscha Allah eine zentrale Führungsrolle übernehmen (...)

Die Zukunft des Islam in diesem, unserem Land, in DEUTSCHLAND, gestalten wir, wir, die wir hier geboren und aufgewachsen sind, wir, die wir die deutsche Sprache sprechen und die Mentalität dieses Volkes kennen (...)

Entscheidend ist, daß wir in diesem Land unsere Religionsfreiheit haben (auch wenn wir sie häufig vor Gericht erst erstreiten müssen) und daß es keinen Grund gibt, nicht aktiv an der Neugestaltung dieser Gesellschaft mitzuwirken.

Ich glaube nicht, daß es unmöglich ist, daß der Bundeskanzler im Jahre 2020 ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Muslim ist, daß wir im Bundesverfassungsgericht einen muslimischen Richter oder eine muslimische Richterin haben (...)

Dieses Land ist unser Land und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern: mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der Erde machen, um es der islamischen Ummah (Weltgemeinschaft) und der Menschheit insgesamt zur Verfügung zu stellen."

Allah hat euch zu Erben gesetzt über die Ungläubigen, über ihre Äcker und Häuser, über all ihre Güter und alle Lande, in denen ihr Fuß fassen werdet.

(Koran 33,28)

Die Rolle der Kirche in der Islam-Debatte

Es ist fatal, wenn Bundesinnenminister Otto Schily, SPD, schon vor Jahren anregte, islamische Religionsgemeinschaften den gleichen Rechtsstatus zuzugestehen wie den Kirchen. Dabei geht er von der Überlegung aus, daß dies für einen islamischen Religionsunterricht, mit dem der Staat dann einen öffentlich-rechtlichen und an das Rechtssystem gebundenen Partner hätte, von Vorteil wäre. Ähnlich beurteilt dies auch der für seine Dialogbereitschaft bekannte berlin-brandenburgische Bischof Wolfgang Huber. In seiner Naivität würde er eine öffentlich-rechtliche Islam-Körperschaft als einen "Riesenschritt" zur Förderung der Integration der 3,5 Mio. Muslime in Deutschland sehen, obschon er wissen müßte, daß der Islam im Gegensatz zu unserem Grundrechtsverständnis von einer Einheit von Staat und Religion ausgeht. Die EKD-Pressestelle erklärt dazu, daß nach dem Grundgesetz sämtliche Religionsgemeinschaften die Möglichkeit hätten, Körperschaften des öffentlichen Rechts zu werden. Aber mit Blick auf die fundamentalistischen Strömungen im Islam stellt sich die Frage, ob es überhaupt im Islam zu einem partnerschaftlichen Verhältnis zu unserem freiheitlichen Gesellschaftssystem kommen kann. Wer sich mit Inhalten des muslimischen Glaubensverständnisses auseinandergesetzt hat, weiß sehr wohl, daß das Staatsverständnis des Korans und das der Demokratie miteinander unvereinbar sind. Zudem gibt es in sämtlichen islamisch regierten Staaten weder religiöse noch politische Toleranz.

Wenn sowohl seitens der Partei Bündnis 90/Grüne als auch in den Medien immer wieder die Abschiebep Praxis der Behörden einer harschen Kritik unterzogen wird, dann muß man in Betracht ziehen, daß es in arabischen Ländern überhaupt keine Asyl-

praxis für christliche Einwanderer gibt. Ein Staat kann aufgrund seiner Souveränität sehr wohl bestimmen, wer in seinem Land ein Bleiberecht erhalten soll oder nicht. Schon aus diesem Staatsrecht heraus eine Ausländerfeindlichkeit abzuleiten, ist daher völlig abwegig. Als der Verfasser als Teilnehmer am "Runden Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit" im Jahre 1995 in Mainz teilnahm und in diesem Zusammenhang darauf hinwies, daß Deutschland kein klassisches Einwanderungsland wie beispielsweise Australien oder Kanada sei, wurde dies sofort in der "Allgemeinen Zeitung" in ihrer Ausgabe vom 27. April 1995 moniert. Michael Reitzel (SPD) pflichtete dem Einwand des Verfassers bei und rechnete vor, daß der Aufenthalt eines Menschen, dessen Asylbegehren abgelehnt wird, den Staat inklusive Rückflug damals 50.000 DM kostet. Unser Hinweis auf die Meinung des Bürgers auf der Straße wurde als Argument verworfen. Dabei ist es völlig unverständlich, wenn Kirchenvertreter abzuschiebenden Ausländern Kirchenasyl gewähren, um sie auf diese Art und Weise dem Zugriff der Behörden zu entziehen.

Wenn sowohl seitens der Partei Bündnis 90/Grüne als auch in den Medien immer wieder die Abschiebep Praxis der Behörden einer harschen Kritik unterzogen wird, dann muß man in Betracht ziehen, daß es in arabischen Ländern überhaupt keine Asylpraxis für christliche Einwanderer gibt.

Wie zu Beginn dieses Beitrags angeführt, überziehen die Wächter des Islam Kritiker mit Kampagnen und setzen dabei den demokratischen Rechtsstaat ein, um solche Kritiker zum Schweigen zu bringen, was der Fall von Udo Ulfkottes Buch "Der Krieg in unseren Städten" beweist, in dem der Autor sich mit den islamisti-

schen Extremisten in Deutschland auseinandersetzt. Wenn solch eine Einschüchterung von Kritikern des Islam in Deutschland Schule macht, dann stimmt etwas nicht mit unserem Demokratieverständnis. So gut und wichtig das Gespräch mit Andersdenkenden und Andersgläubigen ist, so darf dies nicht dazu führen, daß es zu einem muslimischen Monolog wird.

So ist die Rolle der Religion in Europa am ersten Weltfriedensgebet in Deutschland in diesen Tagen unterschiedlich bewertet worden. Der Kölner Erzbischof und Kardinal Joachim Meisner kritisierte Europa als "gottlos" und forderte die Verkündigung der christlichen Botschaft. Der Oberrabbiner von Mailand, Guiseppe Laras, hingegen warnte mit Blick auf die in Europa lebenden Muslime davor, zu sehr "die christlichen Werte" zu betonen. Mehr noch: er hoffe auf eine baldige Aufnahme der Türken in die Europäische Union. Dabei müsse die EU die Bedingungen schaffen, die das Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen möglich mache. Auch hierüber kann man nur staunen, denn im Nahen Osten bekämpfen sich Juden und Muslime bis aufs Messer und hier in Europa votiert, ähnlich wie einst Ignatz Bubis und Paul Spiegel, für eine Gleichstellung des Islam in unserer vom Christentum her geprägten Gesellschaft. In Israel wie auch in den arabischen Ländern verwahrt man sich gegen eine Einmischung von außen in innenpolitische Angelegenheiten. Dies besorgen hierzulande par excellence die linken Parteien und ökumenisch ausgerichteten Großkirchen, die damit zu Steigbügelhaltern auch der Islamisten in unserem Lande geworden sind.

Wenn man in Aachen zum einen den Werteverfall in Europa beklagte, wonach die abendländische Gesellschaftsordnung langfristig zusammenzubrechen drohe, dann ist dies auch das Er-

gebnis eines falschen Toleranz- und Liebesverständnisses der etablierten Kirchen, die sich in keiner Weise diakritisch mit anderen Religions- und Gottesverständnissen auseinandersetzt.

Bestes Beispiel für diesen Synkretismus (Religionsvermischung) sind die Kirchentage, bei denen die Muslime beste Gelegenheiten erhalten, ihren Glauben zu verbreiten und unser Demokratieverständnis in Frage zu stellen. Demgegenüber werden missionarisch tätige christliche oder judenchristliche Institutionen

den wir verehren, rein gar nichts zu tun, zumal ein kritisches Hinterfragen fremder Religionen unerwünscht war und wohl auch zukünftig bleibt, weil dies den "Religionsfrieden" gestört hätte, wo doch Harmonie um jeden Preis angesagt ist. In allen Jahrhunderten vermochte das Christentum sich von Fremdeinflüssen zu bewahren. Dies jedoch scheint nach den Zeichen der Zeit der Vergangenheit anzugehören. Wen wundert es schon, wenn Theologiestudenten während ihres Studiums in Bibel-

die anderen europäischen Staaten von einem militanten Islamismus kulturell und auch physisch bedroht werden? Sind überhaupt unerlöste Menschen friedensfähig? Schon die Dialogveranstaltungen in Assisi und auch die 11 Gespräche Arafats im Vatikan haben zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt. Solche Veranstaltungen wie in Aachen ersetzen keineswegs die Notwendigkeit, gegen den religiösen Fanatismus und Extremismus durch Islamisten energisch vorzugehen und durch Prävention alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um Schaden vom deutschen Volke fernzuhalten.

Auch das in diesen Tagen in Idar-Oberstein stattgefundene Autorentreffen der rheinland-pfälzischen Landeszentrale für Politische Bildung unter Leitung von Hans-Georg Meyer wird so lange keine fruchtbaren Ergebnisse zeitigen, sofern den palästinensischen Teilnehmern nicht unmißverständlich klargemacht wird, daß oberstes Ziel die Bekämpfung des Terrorismus sein muß, der sich vom Nahen Osten aus inzwischen über den ganzen Erdkreis erstreckt hat. Herr Meyer kennt meinen Standpunkt und hat mich erwartungsgemäß zu dieser Tagung nicht eingeladen, weil sie nicht in das versöhnliche Klima unserer Zeit paßt. Aber die Realität weist uns nicht in Richtung einer Fata Morgana unseres Wunschdenkens, sondern orientiert sich an den Fakten, die eine Gefahr für die Sicherheit der Bürger dieses Landes sind. Wenn Meyer die israelischen Angriffe auf Mitglieder der radikal-islamischen Palästinenser verurteilt, dann würde ich ihn gerne einmal in einen israelischen Bus setzen, damit er das Gefühl erlernt, jederzeit von islamistischen Fanatikern in die Luft gejagt zu werden. Vielleicht wird er dann auch verstehen, daß auch Ariel Scharon bei seinem Amtsantritt vereidigt wurde, Schaden vom Volke Israel fernzuhalten. So nutzte der Palästi-



Seit vielen Jahren haben die Muslime Gelegenheit, auf Kirchentagen ihren Glauben zu verbreiten. Demgegenüber sind Israel-Werke und Repräsentanten judenchristlicher Gemeinden in Israel aus Rücksicht gegenüber den Juden ausgeladen

bei solcherlei Großveranstaltungen eingeladen, weil sie nicht in das Bild der Religionsverbrüderung und Völkerverständigung passen. So geschehen auch mit der Teilnahme des deutschen ZeLeM-Vereins und Mitgliedern der "Messianischen Bekenntnisgemeinschaft" in Israel. Auch der zurückliegende Ökumenische Kirchentag in Berlin Ende Mai erinnerte mehr an eine Theatervorstellung mit einem geistlichen Flickenteppich als an eine Glaubensdemonstration zur Ehre Gottes und seines Sohnes Jesus Christus. Dieses multikulturelle Spektakel hatte mit dem Gott,

kritik trainiert werden und am Schluß von ihrem christlichen Glauben nichts mehr übrig bleibt. Dieser geistliche Selbstmord hat Methode und die Auswirkung erkennen wir am Zustand unserer Gesellschaft. Warum erkennt man kirchlicherseits nicht, daß es weder im Islam noch im Judentum eine Bibelkritik gibt. Dort glaubt man an die unverfälschte Verbalinspiration des Gotteswortes.

Wie kann Papst Johannes Paul II. unter diesen Umständen davon ausgehen, daß Europa Friedensstifter in der Welt werden könnte, solange Deutschland und

nenser Sami al Kilani das Forum Meyers, die Israelis zum sofortigen Abzug aus den Palästinensergebieten aufzufordern. Diese Parteinahme zeugt von wenig Verantwortungsbewußtsein, denn Israel hat in seiner zweitausendjährigen Geschichte mehr gelitten als jedes andere Volk der Erde. Warum soll und kann es nicht endlich in Frieden und Freiheit in seiner angestammten Heimat leben? Bedarf es dazu erst der direkten Intervention Gottes, weil Menschen nicht in der Lage sind, friedlich miteinander zu leben?

In der Tat, der Islam fordert nicht nur die Christenheit heraus, sondern alle friedliebenden Völker dieser Welt. Seit dem 11. September ist das Harmoniebedürfnis der westlichen und zugleich pseudochristlichen Welt empfindlich gestört. Aber wer sich dies nicht eingesteht und das Bild eines militanten Islamismus weiterhin schönredet, darf sich nicht wundern, wenn bei dieser gewaltigen Herausforderung der Westen der unterlegene Teil sein wird und dies trotz seiner militärischen und wirtschaftlichen Macht.

Vom religiösen Standpunkt aus gesehen hat eine schläfrige Christenheit diese Auseinandersetzung bereits verloren. Die Auffassung eines falschen unilateralen Toleranzgedankens seitens der Kirche und Politik auf Kosten des christologischen Glaubensverständnisses und des gemeinsamen jüdisch-christlichen Erbes unserer Väter führt Europa an den Abgrund. In den Augen der Muslime wird dies die gerechte Strafe ihres Allah-Gottes sein, weil uns die Bibel und das Versöhnungsoffer Christi nichts mehr wert waren, um dafür einzustehen und die biblischen Werte, auf die unser Demokratieverständnis basiert, zu verteidigen und hochzuhalten. Möge der Gott der Bibel uns hierzu jederzeit die notwendige Kraft und den Mut schenken, damit auch unsere Kinder in Frieden und Freiheit leben können. (Referatende)

Bücherliste zum Islam

“Geführt von Dämonen, Mohammed im Urteil seiner Zeitgenossen”, 60 Seiten, 1,50 €; 10 Exempl. 12,50 €.

“Der Prophet Allahs”, 115 S., 3,00 €; 10 Exempl. 25,00 €.

“Muslime erobern Deutschland”, 186 S.; 4,- €; 10 Exempl. 30,00 €.

“Moscheen in Deutschland - Stützpunkte islamischer Eroberung”, 220 S.; 5,00 €; 10 Exempl. 40,00 €.

“Der Islam von A bis Z”, Lexikon in zwei Teilen, je 16 S.; je 0,50 €.

“Christenverfolgung in den islamischen Ländern”, 16 S., 0,50 €;

“Ich war mit einem Muslim verheiratet; Schicksale deutscher Frauen”, 15 S., 0,50 €.

Erhältlich bei:

Christliche Mitte, Postfach 2168, 59531 Lippstadt, Tel.: 02523-8388, Fax: 02523-6138

VERGEBLICHE FRIEDENS- SUCHE IM HEILIGEN LAND

Wer unsere Berichterstattung aufmerksam liest, wird feststellen müssen, daß sich bislang alle unsere Prognosen als zutreffend herausgestellt haben. Dies bezieht sich auch auf unsere letzte BNI-Ausgabe Nr. 147, wo wir uns im Zusammenhang mit der “hudna” dahingehend geäußert hatten, daß es einen Waffenstillstand mit Nichtmuslimen im Grunde genommen gar nicht gibt, weil dies der Koran verbietet. Wenn demzufolge die bekannten palästinensischen Terror-Organisationen einer “hudna” mit den verhaßten Israelis zustimmten, dann eben nur zu dem Zweck, ihre Reihen zu schließen und ihre angeschlagene Infrastruktur wei-

ter auszubauen. Wie aber kann unter solchen Umständen dem Frieden eine neue Chance eingeräumt werden? Dabei formulierte es der “Chamas”-Sprecher Rantisi ganz deutlich, wenn er sagte, daß dieser Konflikt so lange nicht beigelegt werden wird, bis die Besetzung islamischen Bodens aufgehört hat. Dabei würde es keine Rolle spielen, wenn der Kampf auch fünfhundert Jahre andauern sollte.

Ferner erläuterten wir in unserer letzten BNI-Ausgabe, daß Jassir Arafat Machmud Abbas und Sicherheitschef Dachlan nicht die Verantwortung über sämtliche Sicherheitsorgane übertrug. Von vornherein hat sich Arafat weder von den Amerikanern noch erst recht von den Israelis entmachten lassen. Sein Doppelspiel hat kein Ende gefunden, dank der europäischen Staaten, die sich vehement gegen den Ausweisungsbeschluß von Ariel Scharon geäußert haben und dank dem Forum der Vereinten Nationen, die ohnehin ausnahmslos gegen die Sicherheitsinteressen und den Selbstbehauptungswillen Israels in all ihren Resolutionen votiert haben. Damit zeichnet sich bereits die endzeitliche Konstellation von Sach. 12,1f. ab, wonach am Ende der Tage sich dereinst alle Völker im Streit gegen Israel versammeln werden.

Vier Rabbis unter den Toten am 19. August 2003 in Jerusalem

Wie oft schrieb ich es bereits in den israelischen Zeitungen, daß Israel bis zur Wiederkunft des Messias Jeschua verletzbar bleibt und vor allem keinen wahren Frieden erhalten wird, sondern nur einen vom antichristlichen Machtherrscher begründeten kurzzeitigen Frieden, der sich alsbald als falscher Friede herausstellen wird.

Da wir bekanntlich keine Israelverherrlichung betreiben, um vor allem bei den christlichen Israelfreunden keine falschen Hoff-



Der Chamas-Attentäter von Jerusalem, selbst ein muslimischer Geistlicher (Imam), hatte sich als orthodoxer Jude verkleidet. Er riß mit seiner Bombe 25 Menschen mit in den Tod und verletzte über 50 Israelis

nungen zu wecken, wundert es uns nicht, wenn der "Schalom" bis heute ausgeblieben ist. Und wenn die orthodoxen Juden davon ausgingen, daß sie vom Terror verschont blieben, dann hat der Anschlag vom 19. August erneut gezeigt, daß es bei den Opfern keinen Unterschied gibt. Zweifellos schrecklich ist, daß sich unter den Toten und Verletzten nicht nur vornehmlich fromme Juden, sondern vor allem viele Kinder befanden, die ein Leben lang behindert und verkrüppelt sein werden. Da half es auch nicht, daß sie zuvor an der Klagemauer gebetet hatten. Selbst der palästinensische Attentäter war ein Imam aus Hebron, der für seinen "Allah" diese Tat zum eigenen Heil durchführte. Für Europäer ist dieser religiöse Fanatismus nicht nachvollziehbar. Bei der Klausurtagung der Polizei fragte mich einer der Polizeichefs, wieso ich nur negative Stellen im Koran herausgegriffen hatte, wo doch Bassam Tibi bei

einer anderen Tagung die Gewaltbereitschaft von Muslimen auf einen kleinen extremistisch

ausgerichteten Täterkreis zu beschränken suchte. Dem Fragen den war nicht aufgefallen, daß ein Bassam Tibi selbst Muslim ist, der in der deutschen Öffentlichkeit bemüht ist, den muslimischen Glauben zu verharmlosen und noch zudem als humane Religion hinzustellen. Wir in Israel indes haben unsere fatalen Erfahrungen mit den Anhängern des Islam, die - einmal an der Macht - keine Skrupel in der Behandlung von Nichtmuslimen haben werden. Der Blutrausch dieser fanatisierten Menschen ist ein eindeutiger Hinweis auf den dämonischen Ursprung dieser hausgemachten Religion eines Mannes, der sich selbst zum Propheten erklärte und alle jene blutig verfolgte, die seinen religiösen und politischen Führungsanspruch nicht teilten. Was mag also in einem religiösen Muslim vorgehen, der sich noch als ultra-orthodoxer Jude verkleidet, um mit seiner Sprengladung am Körper recht viele Juden zu töten? Müßte eine solche Handlungsweise nicht sämtliche Kirchenfürsten und christliche Theologen aus ihrem geistlichen Dämmer-



Mit Kerzen und Gebeten gedachten orthodoxe Juden der Opfer frommer Juden, die in der Jerusalemer Innenstadt durch einen palästinensischen Selbstmordattentäter aus Hebron getötet wurden. Aber wird solche Gebete der Gott Israels erhören, wenn zugleich sein Sohn und Messias Jeschua nicht nur von den frommen Juden verächtlich gemacht wird?

schlaf reißen und sie erkennen müßten, daß dies nur die Handschrift des Teufels selbst ist, der seit eh und je einen Vernichtungsfeldzug gegen Gottes Bundesvolk führt - diesmal sogar mit mehr oder weniger aktiver Unterstützung der - christlichen - Völkerfamilie? Kommen hier nicht Assoziationen just in einer Zeit auf, wo man sich in Berlin anschickt, ein großes Holocaust-Denkmal zu errichten? Wie fragwürdig muß doch eine deutsche Regierung sein, wenn sie bei der Abstimmung in der UN-Vollversammlung gegen die Ausweisung des Draht- und Strippenziehers Arafat gestimmt hat, wo es doch eindeutig ist, daß Arafat die Terroristen in seinem Gebiet weder verfolgt noch diejenigen unterstützt, die für "law and order" verantwortlich sind? Sollte diese deutsche Haltung auch ein Akt der Wiedergutmachung an dem jüdischen Volke sein? Nach dem Anschlag in Jerusalem hatte Abbas mit den Extremisten gebrochen, auch wenn er Israel zum Teil für die Verschlechterung der Lage verantwortlich machte.

Und so geschieht es, daß Israel seinerseits durch gezielte Aktionen Mitglieder der radikalen Palästinenserorganisationen liquidiert, was wiederum den Zorn der palästinensischen Bevölkerung gegen die Israelis anfecht, so daß sich erneut die Spirale der Gewalt weiterdreht. Als Sicherheitsminister Dachlan im Gaza-Streifen einen vierten Tunnel, der dem Waffenschmuggel aus Ägypten diene, versiegeln ließ, wurde ihm dies von PA-Präsident Arafat nicht gerade gedankt. Ob schon man die harschen Reaktionen der Israelis kennen müßte, wurden erneut nicht nur jüdische Siedlungen in den PA-Gebieten, sondern auch der Küstenbereich südlich von Aschkelon mit Mörsergranaten des Typs "Kassam" beschossen. Wie glaubwürdig sind dann Äußerungen des palästinensischen Ministers für "Internationale Beziehungen", Nabil Scha'at, eine neue Waffenruhe

mit den Israelis aushandeln zu wollen, wenn an der Terrorfront keine Ruhe einkehrt? Auch eine internationale Überwachung würde nichts an diesem desolaten Zustand ändern, sondern eher noch unschuldige Menschen aus anderen Ländern in Gefahr bringen.

Die Hauptschuld an der jetzigen Situation trägt zweifellos die palästinensische Autonomiebehörde, weil sie sich zu keiner Stunde darum bemühte, die Terror-Organisationen zu verbieten und ihre Führer vor Gericht zu stellen, wie dies die "road map" zwingend vorschreibt. Die Nominierung Machmud Abbas' war ein Schritt in die richtige Richtung, aber ohne den Konsens von Arafat konnte auch Dachlan keine strategischen Entscheidungen treffen. Arafat hatte auch nichts unversucht gelassen, um Abbas' Position und die seiner Regierung zu untergraben, weil es ihn ärgert, von den Amerikanern nicht mehr als Verhandlungspartner anerkannt zu werden. Arafat versteckt sich hinter der vagen Entschuldigung, daß er aus Furcht vor einem Bürgerkrieg nicht gegen die Terrororganisationen vorgehen könne und baut gleichzeitig auf das Druckmittel des Terrors gegen israelische Zivilisten. Mit dieser Haltung erntet er den Beifall seiner islamischen Geistlichkeit, die in ihm einen aufrechten Muslim sieht, und zum anderen gilt er damit weiterhin bei seiner Bevölkerung als Galionsfigur des Freiheitskampfes gegen die verhaßten israelischen Besatzer.

Verhandlungen mit den Ungläubigen kämen hier einer Kapitulation gleich, was der Koran als Häresie verbietet. Seitens der Europäischen Union kommt keine Aufforderung an die Palästinenser, ihre Trainingscamps, Laboratorien und Werkstätten zur Herstellung ihrer Kassam-Raketen zu schließen, anderenfalls die monatliche Zahlung der 10 Millionen Euro eingestellt würde.

Zwar hat man in der westlichen Welt dem internationalen Terrorismus den Kampf angesagt, andererseits räumt man in der EU den Palästinensern indirekt das Recht ein, sich an den israelischen Bürgern zu vergreifen. So scheute der wachsweiße UN-Generalsekretär Kofi Annan davor zurück, daß die UN-Vollversammlung eine Resolution gegen den Terrorismus verabschiedet. Welch eine Heuchelei allenthalben! Sämtliche palästinensischen Terrororganisationen gehören ebenfalls auf der Terrorliste aufgeführt. So kann es nicht zulässig sein, daß der Chamas-Führer Achmed Yassin ungestraft seine Instruktionen für Terroranschläge vor den Augen der palästinensischen Autonomiebehörde erteilt und zudem entscheidet, welche Familie anschließend Geld als Lohn für den Massenmord erhält. Ist die Welt bereits so blind, diesem üblen Spiel tatenlos zuzusehen und Leute, wie Arafat, die für das Morden direkt verantwortlich sind, dafür auch noch zu hofieren und seine gerechtfertigte Ausweisung zu hintertreiben?

Und wie steht es mit Syrien und Iran, die bekanntermaßen den internationalen Terrorismus unterstützen? Die Trainingscamps und Büros in Syrien müßten endlich geschlossen werden. Die EU, die USA, Rußland und die UN haben den Friedensplan "road-map" kreiert, aber sie scherten sich nicht darum, als der Hoffnungsträger Abbas von Arafat und Konsorten wieder in die Wüste geschickt wurde; aber wenn schon ihr Repräsentant Solana dies als eine "interne Angelegenheit" der Palästinenser betrachtet, wo es doch um die Verflechtung des internationalen Terrorismus geht, der vor allem seine Opfer unter dem Volke Israel sucht, dann kann man seitens der Europäer mit keinen wirksamen Friedensinitiativen rechnen.

Der Selbstmordanschlag in Jerusalem war der hundertste

seit Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada im September 2000. Für das Gründungsmitglied der "Chamas", Abdel Asis Rantisi, gibt es keinen "Friedensprozeß" mit den Zionisten und ihrem Gott. Seiner Meinung zufolge "werden explodierende Busse, Cafés und Diskotheken die Juden moralisch und finanziell erschöpfen". Abbas bewies Mut, als er die Verhaftungen der Radikalen anordnete und ihre Gelder einfrieren lassen wollte, aber Arafats Fatach-Bewegung vereitelte die Aktionen von Machmud Abbas, weil er nur eine Marionette der USA und Israels sei. In den Augen der Arafat-Anhänger diene die "road-map" ohnehin nur dem Zweck, Arafats PLO-Führung zu entmachten und ihn letztendlich politisch kaltzustellen. Daher beteiligten sich auch die Al-Aqsa-Märtyrerbrigaden - dem militärischen Arm der "Fatach" - nicht an der amerikanischen Friedensinitiative. Arafats "Fatach" sieht sich vielmehr als Speerspitze des panarabischen Widerstandes gegen jegliche Besetzung arabischen Landes, wobei dies auch den Irak betrifft. Dies wird auch an einem Flugblatt der "Issedin el Kassam" deutlich, das besagt: "Wir werden die Erde unter den Füßen der Zionisten in Brand setzen".

Undank für eine Verharmlosung des Islamismus

Seit Jahren bemühen sich die Amerikaner um die Förderung von besonders begabten Palästinensern. Dieses Programm leitet Charles, unser Nachbar in Herzliya. Er prüft die jeweiligen Aspiranten unter jungen Palästinensern für ein kostenloses Studium in den USA.

Aber am 15. Oktober mußte auch dieses Programm auf Eis gelegt werden. Eigentlich sollte Charles mit dem Fahrzeug fahren, daß später vor seinen Augen im Gazastreifen in die Luft gejagt wurde. Er weiß eigentlich noch heute nicht, wieso er in ein anderes Fahrzeug zustieg und nicht in



Nur noch Trümmer blieben von dem Fahrzeug eines US-Konvois nach dem Anschlag im Gazastreifen übrig, obschon es bei der amerikanischen Initiative um Hilfsmaßnahmen für junge Palästinenser ging

den Wagen der Sicherheitsbeamten. Heimtückisch hatten militante Palästinenser die Route des amerikanischen Konvois ausgekundschaftet. Auf die Strecke legten Mitglieder eines "Komitees des Volkswiderstandes" eine etwa 75 Kilogramm schwere Bombe, die zur Explosion gebracht wurde, als der Konvoi die Stelle passierte. Charles befand sich genau hinter dem Fahrzeug, als es in die Luft flog und dabei drei amerikanische Sicherheitsbeamte den Tod fanden. Charles sah, wie zerfetzte Leiber und Gliedmaßen auf seiner Windschutzscheibe aufschlugen. Die Wucht war so stark, daß das mittlere Fahrzeug mehrere Meter hochgeschleudert und zerfetzt wurde. Damit erwies sich, daß die Islamisten einer bislang unbekanntem Terror-Organisation auch keine Rücksicht nehmen auf Fahrzeuge mit diplomatischen Kennzeichen der US-Botschaft. Es wird auch meine Aufgabe sein, bei meiner Rückkehr nach Israel mich dem noch immer traumatisierten Freund und Nachbarn, der nicht gläubig

ist, auf die ihm erwiesene Gnade Gottes hinzuweisen. Aber dieser Vorfall zeigt einmal mehr, daß auch Hilfsprogramme die Palästinenser blind gemacht haben in ihrem Haß auf die Amerikaner, wie man dies auch im Irak beobachten kann, wo fast täglich amerikanische Soldaten zu Tode kommen, obschon sie das Regime von seinem Diktator befreit haben. Dies ist zugleich das Ergebnis einer Verharmlosung des militanten Islamismus, der keinen Dank kennt, wenn ihm Hilfe seitens der "Ungläubigen" erwächst.

Die neue Schachfigur Arafats heißt Qure'i

So hat der Hausarrest dem Ansehen Arafats nicht nur nicht geschadet, sondern ihn auch noch zum Märtyrer gemacht. Abbas befand sich in einer Zwickmühle, wenn er davon ausging, daß man mit Terroristen verhandeln könne. Und so blieb ihm letztendlich nichts anderes übrig, als zu demissionieren. Mit dem Rücktritt von Machmud Abbas nach nur vier Monaten im Amt wurde erneut der Nachweis er-

bracht, daß ohne die Unterstützung Arafats und seiner Gesellen der Terror fanatisierter Islamisten der Nahe Osten nicht zu befrieden ist. Abbas wurde somit Opfer eines friedlichen Ausgleichs mit den Militanten, die mit weiteren Terroranschlägen in Israel alles unternahmen, um den machtlos wirkenden Premier Abbas zu demütigen - zur klammheimlichen Freude Arafats, der Abbas als Versager einer ebenfalls machtlos erscheinenden Weltgemeinschaft vorstellen wollte. Zur Schadenfreude Arafats wählten die verschiedenen Gremien der PLO praktisch einstimmig den bisherigen Parlamentspräsidenten Achmed Qure'i als neuen Premierminister, der zudem Arafat näher stehen soll als sein glückloser Vorgänger.

Israel stimmte sich hinter dem Rücken der Weltgemeinschaft mit Washington darüber ab, Arafat als Friedenshindernis ins Exil zu schicken. Als das israelische Kabinett diesen Schritt beschloß, kam es erwartungsgemäß zu einem Aufschrei in der Welt. Zuvor hatten zwei neue palästinensische Selbstmordanschläge einmal in Tel-Aviv und in einem Café "Hillel" in Jerusalem stattgefunden, bei denen insgesamt 15 Israelis ums Leben kamen. Damit stieg die Zahl der getöteten Israelis auf 870 mit fast 6000 Verletzten seit Beginn der Zweiten Intifada an. Die Zusicherungen des designierten Ministerpräsidenten Qure'i, gegen extremistische Terrorgruppen vorgehen zu wollen, stellten sich als bald als leere Versprechungen heraus. Als Qure'i (Abu Ala) eine Notstandsregierung ankündigte, kündigte der bewaffnete Flügel der radikalen Chamas-Organisation, Issedim el Kassam, weitere Angriffe auf Israelis an. Auch Häuser und größere Gebäude in Israel würden das Ziel sein.

Israels Premier Sharon brach daraufhin seinen Staatsbesuch in Indien ab. In Israel zurückgekehrt, kündigte er eine Fortsetzung der Liquidierungen von Ter-

roristen an. "So lange die palästinensische Seite nicht wirklich gegen den Terror vorgeht, wird Israel handeln müssen", erklärte er noch in Neu Delhi. Unter diesen Umständen sieht sich Israel auch nicht veranlaßt, Erleichterungen für die belagerte palästinensische Bevölkerung zu schaffen. Doch Qure'i sucht die Schuld an der Malaise nicht im eigenen Lager, sondern bei den Israelis. Er verurteilte die israelischen Liquidierungen von Terroristen, was den "internationalen Nahost-Fahrplan völlig zerstören" würde.

Ausweisungsbeschuß gegen Arafat

Nach Israels Ausweisungsbeschuß von Jassir Arafat strömten Zehntausende Palästinenser auf die Straßen im einstigen biblischen Judäa, Samarien und im Gazastreifen, um ihrem bedrohten Präsidenten beizustehen. Als sie schließlich in Ramallah vor der "Muqata", dem Amtssitz Arafats, standen, trat der unrühmliche "Friedensnobelpreisträger" gerührt vor die Demonstranten, machte mit der Hand das Siegeszeichen und warf Kußhändchen. Dabei rief er: "Dies ist mein Land und niemand wird mich daraus vertreiben!" Aber die Israelis handeln töricht, wenn sie Arafats Ausweisung beschließen, aber ihren Worten nicht umgehend Taten folgen lassen, so daß sich nicht nur in den Palästinensergebieten, sondern in der ganzen Welt Widerstand gegen diesen Ausweisungsbeschuß regt.

Es ist kein Geheimnis, daß Arafat der meistgehaßte Mann in Israel ist. Laut einer Blitzumfrage begrüßen mehr als 60 Prozent der Israelis die Exilierung. Und wenn die ausländische Presse Beweise für die These verlangt, daß Arafat der Drahtzieher des fortgesetzten Terrors ist, dann spricht die Intifada ihre deutliche Sprache, die Arafat zu keiner Zeit und Stunde jemals verurteilte oder gar die Drahtzieher des Terrors zur Verantwortung zog, ob schon diese vor seiner Nase ein-

deutig kämpferische Erklärungen auch vor ausländischen Fernsehstationen abgeben. Wenn demzufolge Arafats Gefolgsmann Nabil Abu Rudeineh die Israelis warnt, mit dem Feuer zu spielen, das "die ganze Region in Brand setzen" könne, dann sollte er dies besser seinem Chef Arafat sagen, der noch immer davon ausgeht, Israel zu Kompromissen zurechtbomben zu können.

Es wäre angebracht, wenn die Palästinenser ihr eigenes Haus bestellen würden, denn vier Wochen nach dem Rücktritt Machmud Abbas ist die palästinensische Autonomiebehörde ohne Regierung und steht vor der bisher schwersten Verfassungskrise. Denn nur zwei Tage nach seiner Vereidigung hat Achmed Qure'i am 9. Oktober Präsident Arafat seinen Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten angeboten. Zuvor hatte sich das Parlament geweigert, dem aus acht Mitgliedern bestehenden Notstandskabinett das Vertrauen auszusprechen. Der 66-Jährige habe Arafat "zu verstehen gegeben, daß er nicht Ministerpräsident ohne ein Vertrauensvotum des Parlaments sein will", sagte Sajeb Erekat, der Minister in Qure'is Notstandskabinett ist. Der von Qure'i als Innen- und Sicherheitsminister vorgeschlagene Polizeigeneral Nasser Jussef weigerte sich ebenfalls, das Amt ohne ein Vertrauensvotum des Parlaments anzutreten. Immerhin hatte Arafat Jussef entlassen wollen, weil dieser als Innenminister Vollmachten über die Sicherheitskräfte forderte. Aber an dieser Forderung scheiterte bereits dessen Amtsvorgänger Dachlan, da Arafat noch immer nicht bereit zu sein scheint, die Macht über den Sicherheitsapparat aus der Hand zu geben. Es ist anzunehmen, daß es zwischen den diversen palästinensischen Terrorgruppen diesbezügliche Absprachen mit Arafat gibt, damit diese ungestört ihr mörderisches Handwerk weiter betreiben können. Daß die Mitglieder des "Quar-

tetts" in diese konfusen Verhältnisse der palästinensischen Führung nicht intervenieren, zeigt deren Ohnmacht, die auf die Israelis zurückschlägt.

Für das Chaos bei den Palästinensern ist eindeutig Jassir Arafat verantwortlich, der sich gern als Machthaber sieht und zugleich als Märtyrer israelischer "Oppressionspolitik".

Auch wenn von der Bibel her auch durch Arafats Ausweisung kein Friede in die Region einkehren wird, so kann dessen Ausweisung nur ein Gewinn für die ganze Region sein, denn das Problem besteht auch darin, daß Arafat seine Sicherheitsdienste dazu mißbrauchte, um seine Hausmacht zu sichern und eventuelle Konkurrenten auszuspähen und als Verräter an der Sache Palästinas zu brandmarken. Daß mit Arafats Ausweisung erst Chaos und Anarchie ausbrechen könnte, ist konstruiert, denn ohne Arafat könnten sich gemäßigte Kreise eher Gehör verschaffen, zumal die Armut unter der Bevölkerung weiter zunimmt. Falls dies jedoch nicht zutreffen sollte, indem die Gewalt weiter ausufert, dann würde sich Israel genötigt sehen, die Palästinensergebiete erneut zu besetzen und eine eigene Administration einzusetzen, die Recht und Gerechtigkeit "mit eisernem Besen" durchsetzen würde. Vor allem hätte dann Israel direkten Zugang zu den Drahtziehern des Terrors und könnte diese ausschalten.

Olmerts Erklärung als Vizeregierungschef, auch eine Tötung Arafats in Kauf nehmen zu wollen, war töricht, denn dies konnte Israels Image in der Welt nur noch mehr ramponieren. Hätte Israel wirklich die Absicht der Beseitigung Arafats, dann wäre dies seit langem bereits geschehen. Israels Ausweisungsbeschluß geschah erst nach Abstimmung mit

US-Präsident Bush, für den Arafat ohnehin kein Gesprächspartner mehr ist. Powells Warnung an Israel, Arafat nicht auszuweisen, hatte lediglich kosmetischen Charakter. Dies ist auch an dem VETO ablesbar, mit dem die Amerikaner einen antiisraelischen Beschluß des UN-Sicherheitsrates blockierten, wonach Arafats Ausweisung völkerrechtlich unstatthaft sei und im übrigen die Region destabilisieren würde.

Die Massen, die ihm aus den eigenen Reihen zujubeln, kennen keine Kompromisse, sondern nur den Vorherrschaftsanspruch des Islam über das Land, in dem Israel lebt, das der wahre Gott selbst seinem Volk in Zion nach Jahrtausenden des Leids und Elends für die Endzeit zugewiesen hat.

Daß die EU-Kommission sich mit scharfen Worten gegen die Ausweisung aussprach, gehört zu deren antiisraelischen Grundhaltung. Obschon sich Arafat selbst an keine demokratischen Grundsätze hält, geht die EU davon aus, daß er als demokratisch gewählter Präsident der Palästinenser ein legitimer Amtsinhaber sei. In Berlin kritisierten Regierung und Opposition Israels Beschluß. Mit anderen Worten, Israel steht einmal wieder mit dem Rücken zur Wand und soll offensichtlich diesem teuflischen Spiel tatenlos zusehen, wenn fanatisierte und dämonisch gesteuerte Islamisten unter Berufung auf Ihren Pseudo-Gott "Allah" sich selbst in die Luft jagen mit dem eindeutigen Ziel, dabei recht viele unschuldige Menschen aus dem Volke Israel mit in den Tod zu reißen. Und die armseligen Weltregierungen fallen Israel bei seinen Abwehrmaßnahmen noch dafür in den Rücken. Wieviel Schuld wollen die Nationen noch auf sich laden, wenn sie so vermessend an Israel handeln? Für

den UN-Generalsekretär Annan ist Israels Entscheidung "unsinnig", aber er lebt ja auch nicht in Israel und sollte lieber hoffen, daß es den islamistischen Terroristen nicht erneut gelingt, einen spektakulären Anschlag in New York zu inszenieren. Das Kurzzeitgedächtnis der Regierenden in unserer Zeit ist außerordentlich stark eingeschränkt, was Gott selbst dazu veranlassen wird, die Gnadenzeit für die Völker zu verkürzen und für den antichristlichen Machtherrscher zuzubereiten. Arafats Doppelspiel muß ein Ende haben; ihn nur mit Verachtung zu strafen, hat sich als wirkungslos gezeigt. Die Massen, die ihm aus den eigenen Reihen zujubeln, kennen keine Kompromisse, sondern nur den Vorherrschaftsanspruch des Islam über das Land, in dem Israel lebt, das der wahre Gott selbst seinem Volk in Zion nach Jahrtausenden des Leids und Elends für die Endzeit zugewiesen hat.

Der endzeitliche Konflikt ist somit vorgezeichnet, da die Palästinenser den Gedanken an "ihre" Heimat nicht aufgeben werden, wobei auch das israelische Stammland zu "ihrer" Heimat gehört. Und wenn die Massen vor Arafats Hauptquartier skandieren: "Mit unserem Blut opfern wir uns für dich, Arafat!", dann sprechen sie sich damit selbst ihr Urteil und zwingen Israel zur Wiedereroberung dieser Gebiete, weil das ganze Land nach Gottes Verheißungen ungeteilt zum Besitzstand Israels gehört (1.Mos. 17,8; 3.Mos. 14,34; 5.Mos. 2,12; 3,20; Jos. 1,1-9 u.a.). Denn was allgemein nicht einmal bei den christlichen Theologen bekannt ist, gehört zu den Heilsverheißungen Gottes an Israel auch der Besitzstand des Landes "eretz Israel". Der "schreckliche Fehler, der ernsthafte Konsequenzen in der gesamten Region" hervorrufen würde, wie ein Sprecher der EU-Kommission formulierte, liegt also nicht bei Israel, sondern bei den Palästinensern und all jenen Nationen, die

den islamistischen Terroristen in Arafats Reich sekundierend zur Seite stehen.

Dies ist auch an die Adresse von Ägyptens Außenminister Achmed Maher gerichtet, der das Veto der USA als "beispiellos" mit "sehr ernstesten Folgen" bezeichnete. Immerhin hat Washington seit der Gründung der Vereinten Nationen 1946 insgesamt 76 Resolutionen des Sicherheitsrates mit seinem Veto verhindert. Die Mehrheit von ihnen war gegen den kleinen Staat Israel gerichtet gewesen. Anstatt diesem Volk seine Ruhe und Frieden zu lassen, versuchten die Araber in fünf Kriegen, das Volk der Juden wieder aus dem Land zu jagen - vergeblich. Und wie wirkte sich die Haltung der internationalen Staatengemeinschaft dabei aus? Im Grunde genommen antiisraelisch und damit auch antisemitisch, weil man sich durchgängig mit den wirtschaftlich und politisch starken arabischen Staaten solidarisierte. Dies ist der eigentliche Skandal, der "beispiellos" in der Geschichte der Menschheit ist - und dies auch noch gegen die Pläne des lebendigen Gottes. Wer kann dann noch das Gericht des HERRN von den Frevlern abwenden?

Die Ratlosigkeit der israelischen Regierung in dieser Situation zeigt sich auch an der jüngsten Entscheidung Scharons, der trotz seines Ausweisungsbeschlusses für Arafat nunmehr dies als eine "unrealistische Option" abtut. Wie kann man diese Regierung noch ernst nehmen, wenn sie im Strudel der Ereignisse einmal gefaßte Kabinettsbeschlüsse wieder über den Haufen wirft? Mit solchen Drohgebärden werden sich die Palästinenser nicht einschüchtern lassen.

Die Rolle der "Hisb-Allah"

Noch immer hat es sich nicht herumgesprochen, daß es sich bei dieser Terror-Organisation um die "Partei Allahs" und nicht "Partei Gottes" handelt, wie die Medien diesen Begriff fälschlicher-

weise übersetzen. Der Theologe des Terrors hat auch einen Namen: Fadlallah. Seine Aussagen haben in der Islamischen Welt Gewicht, mit denen der Gründer der "Hisb-Allah" Anschläge gegen Israel rechtfertigt und die USA verteufelt. Das zweifelhaft Glück, etliche Mordversuche unversehrt überstanden zu haben, läßt seine Anhänger schon seit langem glauben, er sei ein Auserwählter, der die Welt vom Unheil und vor allem von den Ungläubigen befreien könne. Mit seinem schwarzen Turban will er sich als Nachfahre des "Propheten" Mohammed ausweisen.

Das jüngste Veto der Amerikaner zu Gunsten Israels ist für Fadlallah ein Beweis einer arroganten Großmacht, "die dem Nahen Osten nichts als Unheil gebracht hat". Dabei wurde im Libanon vor rund zwanzig Jahren erfunden, was die "Hisb-Allah" *amaliyat istisch-hadiya* nennt - "Märtyreroperationen". Jedem, der sich seither für die Verteidigung des Islam in den Tod stürzt, werden die Freuden des Himmels versprochen, der bekanntermaßen einem Sex-Tempel gleicht - im Gegensatz zu den Seligkeiten, die die Bibel beschreibt, wo das Fleisch vergangen ist und allein der Geist Gottes die Geistwesen beherrscht und sie in Glückseligkeit wesen.

Fadlallahs Meinung zufolge könne keine islamische Bewegung die Existenz Israels akzeptieren, denn die gewaltsame Eroberung fremden Landes und die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung sei islamisch nicht zu rechtfertigen.

Fadlallah hegt offen Sympathien für den iranischen Präsidenten Mohammed Chatami, während andere "Hisb-Allah"-Vertreter den konservativen Re-

volutionenführer Ayatollah Chameini favorisieren. Das iranische Regime ist Vorbild, wie man die "arroganten Amerikaner" und ihre Helfer im Nahen Osten, die Israelis, erfolgreich bekämpfen könnte. Obschon der Libanon einstmals von 53 Prozent Christen bevölkert war, glauben die libanesischen Anhänger des berühmten Ayatollah Chomeini, ihr Land gewaltsam in einen islamischen Staat verwandeln zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse das Zedernland mehrheitlich von Muslimen beherrscht werden. Bislang ist dieses Ziel noch nicht erreicht, was einmal mehr deutlich macht, was aus all jenen europäischen Ländern werden wird, die das Menekel einer wachsenden muslimischen Bevölkerung unbeachtet lassen und deren Demokratien geradezu von den Muslimen als Einladung verstanden wird, ihren Glauben zunächst mit friedlichen Mitteln zu verbreiten.

So erklärt Fadlallah: "Der Westen ist doch gar nicht mehr religiös! Für mich ist das in erster Linie ein politischer Konflikt zwischen den Amerikanern, die die Welt beherrschen wollen, und den Ländern der Dritten Welt, die sich dagegen wehren. Gerade Europa, das dem amerikanischen Superioritätsdenken die Gefolgschaft verweigert, ist demzufolge ein geeignetes Einstiegsfeld für den Islam, zumal Dialogbereitschaft unter christlicher Selbstaufgabe und von der humanitas geprägtes Toleranzdenken diesen Einstieg noch begünstigen. Indem die Muslime die Dritte Welt vor allem gegen das Vorherrschaftsstreben Amerikas aufzuwiegen suchen, versuchen sie zunehmend, das entstehende Vakuum mit ihrem eigenen System zu füllen. Als Beweis amerikanischer Unfähigkeit, die Probleme der Dritten Welt zu verstehen, dient der Konflikt im Nahen und Mittleren Osten: "Die Amerikaner sollten sich fragen, warum ausgerechnet sie die Zielscheibe der Gewalt sind - und nicht Eu-



Vor den Augen der Weltöffentlichkeit demonstrieren die "Hisb-Allah"-Kämpfer ihre Bereitschaft zu Selbstmordanschlägen

ropa. Wir wissen genau, daß auch die Europäer hinter Israel stehen, aber sie bemühen sich wenigstens um einen Ausgleich. Die Amerikaner indes sind völlig einseitig, wie ihr Auftreten im Irak beweist."

Geht es gezielt um den Staat Israel, verlassen Fadlallah alsbald sämtliche Analysefähigkeiten. Dabei wird deutlich, daß sich an dem Volke Israel wieder einmal sämtliche Geister scheiden. Fadlallahs Meinung zufolge könne keine islamische Bewegung die Existenz Israels akzeptieren, denn die gewaltsame Eroberung fremden Landes und die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung sei islamisch nicht zu rechtfertigen. Möglich sei allenfalls ein verlängerter Waffenstillstand "hudna", mehr aber nicht. Und weil sich die islamische Welt mit Israel im Kriegszustand befinde, seien dort eben auch 'Märtyreraktionen' erlaubt.

Auch wenn die "Hisb-Allah" im Ausland nicht sonderlich von sich reden macht, so hat sie sich seit 1983 weltweiten Terror auf die Fahne geschrieben. Seit ihrer Gründung hat die "Hisb-Allah" zu

keinem Zeitpunkt direkt Verantwortung für ihre Terroranschläge übernommen. Unter Verwendung verschiedener Alias-Bezeichnungen haben kleine Splittergruppen der Organisation die Verantwortung für Gewaltakte - von Entführungen bis hin zu Selbstmord- und Autobombenanschlägen - übernommen. Zu den Alias-Bezeichnungen gehören Bezeichnungen, wie "Islamischer Dihad", "Revolutionäre Gerechtigkeitsorganisation", "Organisation der Unterdrückten der Erde", "Islamischer Widerstand" oder der selbstproklamierte "militärische Flügel" der "Hisb-Allah" und sich "Widerstand der Gläubigen" tituliert.

Der "Hisb-Allah" wird auch eine Serie von 15 Anschlägen 1986 in Paris zugeschrieben, bei der 15 Personen getötet und 250 verletzt wurden. Seit Anfang der 80er Jahre unterhält die "Hisb-Allah" einen Sicherheitsdienst, der für Anschläge auf internationaler Ebene verantwortlich gemacht wird. Die Mitglieder dieses Zweiges sind operativ und im Umgang mit Feuerwaffen und Sprengstoff geschult. Davon profitiert haben auch die Allah-Kämpfer der Taliban des Osama Bin Laden. Zu ihren Aktionen gehörte die Entführung einer amerikanischen Passagiermaschine am 14. Juni 1985 auf dem Weg von Rom nach Athen. Das schiitisch-extremistische Kommando zwang den Piloten in Beirut zur Landung, wo die Entführer die Freilassung von Hunderten in Israel inhaftierten Schiiten forderten. Im Verlauf der Entführung wurde ein Angehöriger der US-Navy erschossen, 39 Amerikaner wurden 17 Tage lang in Beirut als Geiseln festgehalten.

Der schwerwiegende Terroranschlag ereignete sich im Oktober 1983 auf die Kasernen des US-Marine Corps in Beirut, bei dem 241 Menschen getötet und 38 verletzt wurden. Auch wenn die "Hisb-Allah" seit 1989 kaum noch Terroranschläge außerhalb der Region verübte, ist nicht

davon auszugehen, daß von ihr keine Gefahr mehr ausgeht. Eine dieser Ausnahmen war der Anschlag auf die israelische Botschaft in Buenos Aires (Argentinien) am 17. März 1992, wo ein Selbstmordattentäter ein mit 220 Kilo Plastiksprengstoff beladenes Fahrzeug vor die Botschaft steuerte und zur Explosion brachte. Dabei wurden 20 Menschen getötet und etwa 200 verletzt. Die oder der Täter konnten nicht ermittelt werden, doch gilt die "Hisb-Allah" in informierten Geheimdienstkreisen als Drahtzieher des Anschlags. In einer Ansprache vom 30. Mai 1994 bezog sich Fadlallah indirekt auf jene Aktion:

"Der Kampf erstreckt sich inzwischen auf die ganze Welt und ist weder zeitlich noch räumlich begrenzt. Es ist falsch, über die interne Verantwortung zu debattieren. Die eigentliche Aufgabe besteht darin, Vergeltung zu üben. Ich dachte, unsere heiligen Kämpfer hätten ihm (gemeint war Peres) gezeigt, wer den längeren Arm hat, als sie die Israelis in Argentinien angriffen."

Am 18. Juli 1994 schlug mutmaßlich die "Hisb-Allah" erneut in Buenos Aires zu. Eine Explosion zerstörte ein siebenstöckiges Gebäude, in dem etliche jüdische Organisationen etabliert waren. Dabei wurden 86 Menschen getötet und 300 verletzt. Als Tatwaffe diente erneut ein mit 175 Kilo beladenes Sprengstoff-Auto. Die "Ansar-Allah"-Gruppe der "Hisb-Allah" übernahm hierfür die Verantwortung.

Der Anschlag am 17. September 1992 auf das Berliner Lokal "Mykonos", bei dem vier iranisch-kurdische Politiker erschossen wurden, geht auf das Konto der "Hisb-Allah". Bei Demonstrationen in Deutschland mischen sich auch Hisb-Allah-Aktivisten unter die Demonstranten. Im übrigen gibt es regen Austausch ansässiger Muslime mit islamischen Zentren in Libanon.

Politisch ist die "Hisb-Allah" im Libanon nach dem "System von

Taif" tätig, das eine Teilung der Macht zwischen Muslimen und Christen vorsieht und zur Beendigung des Bürgerkrieges führte. Hiernach wurden zwar die libanesischen Milizen entwapnet, nicht jedoch die Angehörigen der "Hisb-Allah", weil diese ein zu wichtiges Instrument im Kräfte-spiel zwischen den beteiligten Staaten Israel, Libanon und Syrien darstellt. Verbindendes Element zwischen der "Hisb-Allah" und Syrien ist die Gegnerschaft zu Israel, wobei sie von Teheran finanziell unterstützt wird. Dies führte auch die amerikanische Regierung dazu, den Iran der "Achse des Bösen" zuzuordnen. Das nach einer führenden Rolle in der arabischen Welt strebende Syrien stationierte seit den 90er Jahren 30.000 Soldaten im Libanon. Seit den Wahlen 1992 ist die "Hisb-Allah" im 128 Deputierte zählenden libanesischen Parlament mit acht Abgeordneten zuzüglich vier "Hisb-Allah"-Sympathisanten vertreten. Aus taktischen Gründen stellte bislang die "Hisb-Allah" ihre Vorstellung von einem islamischen "Allah-Staat" nicht in den Vordergrund. Sie steht vielmehr in einem Konkurrenzkampf mit der rivalisierenden Amal-Bewegung innerhalb der schiitischen Bevölkerungsschicht im Libanon.

An der Grenze zu Israel kommt es immer wieder zu einem Schlagabtausch, weil die "Hisb-Allah" wiederholt den Norden Israels mit Katjuscha-Raketen beschießt. Ihr größter Sieg war der Abzug der Israelis aus der 10 Kilometer breiten Sicherheitszone. Zuvor hatte die "Hisb-Allah" in einem Schreiben erklärt: "Wir werden den Südlibanon in einen Vulkan verwandeln, der alle Besatzer und die ihr untergebenen Milizen verbrennt". Und in der Tat mußten nach dem Abzug der Israelis aus dem Südlibanon die christlichen Falange-Kämpfer des Generals Lahad um ihr Leben fürchten. Viele ihrer Offiziere fanden in Israel Asyl.

Dieser "Sieg" der "Hisb-Allah" beflügelt auch die palästinensischen Terrororganisationen, die davon ausgehen, daß mit Mitteln der Gewalt Israel in die Knie gezwungen werden könnte. Die Lage im Süden Libanons bleibt somit angespannt. Dabei ist jederzeit auch mit Anschlägen der "Hisb-Allah" gegen jüdische Einrichtungen im Ausland zu rechnen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß die Partei "Allahs" in der Lage ist, innerhalb einer relativ kurzen Zeit spektakuläre Anschläge außerhalb der Region durchzuführen.

Rußlands Kampf in Tschetschenien

Auch dort versuchen die Muslime in Abspaltung zu Moskau einen "Allah-Staat" zu etablieren. Putins einsamer Kampf gegen den Einfall islamistischer Kämpfer an der Südgrenze Rußlands beweist die Naivität in der Einschätzung muslimischen Eroberungsstrebens in den westeuropäischen Staaten. Ich erinnere mich an die vielen Medienberichte auch im Fernsehen, die sich im Kampf um Grosny auf die Seite der tschetschenischen Allah-Kämpfer schlugen. Immerhin befinden sich die größten Bodenschätze insbesondere Erdölquellen in der Region des Kaspischen Meeres. Bislang übte Moskau die Kontrolle über diese unruhige Region aus und ist bemüht, den status quo dieser Region beizubehalten. Dabei spielt auch der Iran eine wichtige Rolle, wenn kaukasische fundamentalistische Muslimgruppen sich um eine Instabilität dieser Region bemühen. So ist Tschetschenien zu einer blutenden Wunde am russischen Volkskörper geworden. Am Pankijski-Engpaß bildete sich der Knotenpunkt zwischen tschetschenischen Separatisten und Gefolgsleuten der Al-Qaida. Georgische Sicherheitsdienste haben in Anbetracht der Anschläge gegen Präsident Schewardnadse einige Al-Qaida Aktivisten festgenommen, was

natürlich die Situation als solche nicht verändert, sondern eher ein Zeugnis dafür ist, daß sich der Kaukasus zu einem Bollwerk des islamistischen Fundamentalismus entwickelt. So kommt der Streit zwischen Rußland und Georgien all jenen Kräften gelegen, die sich um eine Destabilisierung im Kaukasus bemühen, angefangen von den Islamisten bis hin zu den örtlichen räuberischen Banden, deren Überfälle die Situation noch mehr verschärfen. Moskau mißtraut Eduard Schewardnadse, der seinen pro-westlichen Kurs nicht verheimlicht. Zum Ärger Moskaus rief er sogar amerikanische Militärberater in sein Land, die die georgischen Spezialtruppen unterrichten und ausrüsten.

Hinzu kommen die Anschläge tschetschenischer Islamisten, zu denen Sprengung von Wohnhäusern in Moskau genauso gehört wie die Geiselnahme in dem Moskauer Theater "Nord-Ost", bei dem 800 Menschen in ihre Gewalt gebracht wurden und bei deren Befreiung 129 Geiseln und sämtliche Terroristen starben. Die meisten Opfer waren Jugendliche im Alter zwischen 16 und 25 Jahren. Neun Monate später zündeten zwei tschetschenische Selbstmordattentäterinnen Bomben bei einem Freiluftkonzert und rissen 13 Menschen mit in den Tod. 48 Jugendliche erlitten zum Teil schwerste Verletzungen. Der letzte Anschlag fand im August diesen Jahres statt. Der gegen ein russisches Militärkrankenhaus in Mosdok gerichtet war. 40 Personen mußten dabei mit dem Leben bezahlen. Die russischen Behörden machten tschetschenische Islamisten um den Islamisten Djamil Bassajew für die Tat verantwortlich, der sich selbst der Organisation früherer Attentate bezichtigt hat.

Weder amerikanische noch russische Geheimdienste sind in der Lage, solche Anschläge im Vorfeld zu vereiteln. Der Vorteil islamistischer Terroristen besteht zum einen in ihrem mörderischen

und skrupellosen Sendungsbe-
 wußtsein und zum anderen im
 Überraschungsmoment des Erst-
 schlages. Da der Westen zuneh-
 mend areligiös ist und vor allem
 die christliche Ethik Gewalt ver-
 abscheut, haben Kirchen und po-
 litische Parteien Probleme in der
 Einschätzung des islamistischen
 Gefahrenpotentials. Wir können
 schlichtweg unsere von der Hu-
 manität geprägte Einstellung
 nicht auf fanatisierte Islamisten
 übertragen. Für sie sind Amerika-
 ner, Israelis und andere Ungläu-
 bige schlichtweg "Teufel", mit
 denen man keine Verträge ab-
 schließen dürfe.

So wurde ein Palästinenser,
 der zum Christentum übergetre-
 ten war, von islamischen Extremi-
 sten ermordet. Mitte Juli habe der
 Mann seine Familie verlassen,
 um Bibeln, christliche Kassetten
 und Videos in eine Bergregion der
 palästinensischen Autonomiege-
 biete zu bringen. Nach etwa zehn
 Tagen erhielten die Angehörigen
 die in vier Stücke zerteilte Leiche
 des Mannes. Er hinterließ eine
 Frau und zwei Kinder. Dem isla-
 mischen Gesetz "Scharia" zufolge
 wird der Abfall vom Islam mit dem
 Tode bestraft. Dies begründet
 auch die schleichende Fluktuation
 von christlichen Palästinensern
 aus Arafats Reich. Doch niemand
 dieser Christen oder Pfarrer be-
 klagt sich über die Oppressions-
 politik der Muslime in den Palästi-
 nensergebieten und zwar aus
 Furcht vor Repressalien, die zum
 Tode führen können. Sogar im
 Exil lebende christliche Palästi-
 nenser wagen es nicht, die un-
 haltbaren Zustände in ihrer einstigen
 Heimat öffentlich zu kritisie-
 ren, um ihre noch dort lebenden
 Angehörigen nicht zu gefährden.
 Lieber einigt man sich, in der Exi-
 stenz des Staates Israel die Ur-
 sache allen Bösen zu sehen.

Wird das französische Bei- spiel auch zum deutschen Schicksal?

Wenn es Stimmen gibt, die
 von einem friedlichen Miteinan-
 der mit Muslimen träumen, dann

zeigt auch das französische Bei-
 spiel, wie problematisch eine sol-
 che Ansicht ist. Dort mobben
 Muslime ihre jüdischen Mit-
 schüler und werfen ihnen
 Freundschaft mit Israel vor.
 Durch die Großstädte rollt eine
 lange verschwiegene Welle des
 Antisemitismus. Immer wieder
 kommt es dort zu Anschlägen auf
 Synagogen. Auf den Wänden

kann man lesen: "Jude = tot."
 Überfälle auf Juden sind in
 Frankreich fast zur Routine ge-
 worden. In den Schulen sind jüdi-
 sche Schüler Ziele gewaltbereiter
 Muslime. So entschloß sich nach
 einer Zeit des Kleinredens der
 Bildungsminister Luc Ferry kürz-
 lich zu einem Sofortprogramm
 mit dem Titel: "Zehn Maßnahmen
 für den Kampf gegen Rassismus

ZWISCHEN PARIS UND ORIENT

*Viele Muslime betrachten sich als Brüder der Palästinenser
 und ziehen gegen die Politik Israels zu Felde.*



FESTTAG UND DEMONSTRATION

Bei einer Feier für
 Palästina ist eine
 Pariser Moschee
 zu klein für
 die Gemeinde

JA ZUM SCHLEIER

Muslimische
 Schülerinnen
 demonstrieren
 gegen das Kopf-
 tuchverbot an Frank-
 reichs Schulen

und Antisemitismus an den Schulen", da sich im vergangenen Jahr die antisemitischen Angriffe versechsfacht haben.

Dabei sind die Muslime in Frankreich den Juden siebenmal überlegen. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York sind die arabischstämmigen Schüler selbstbewußter geworden. Hinzu kommt noch die einseitige pro-palästinensische Berichterstattung im Fernsehen über den Nahost-Konflikt, die die über 5 Millionen Araber in Frankreich in ihrer Abneigung gegenüber der jüdischen Minderheit noch bestärkt. Schüler, die in den Schulen von arabischen Mitschülern als "dreckiger Jude" beschimpft und mit Fußtritten traktiert werden, empfiehlt die Anstaltsleitung in der Regel einen Schulwechsel, weil man für die Sicherheit jüdischer Schüler nicht mehr garantieren könne. Damit erreichen die Täter ihr Ziel, in dem die Opfer das Nachsehen haben; von den seelischen Schäden jüdischer Schüler ganz abgesehen. Es kann nicht angehen, daß jüdische Schüler sich dafür entschuldigen müssen, jüdischer Herkunft zu sein. Lehrer selbst fürchten sich vor muslimischen Mitschülern, weil sie ihre Autoreifen zerstechen oder ihnen in der Dunkelheit auflauern könnten. Französischlehrer gestanden ein, daß sie auf die Lektüre französischer Schriftsteller jüdischen Glaubens lieber verzichten. Die Gründung des Staates Israel oder die Behandlung des Nahost-Konflikts im Unterricht ist absolute Tabu-Themen. "Da wäre die Klasse nicht mehr beherrschbar", entschuldigten sich die Lehrkräfte. 6 Prozent der französischen Juden wollen einer Umfrage zufolge nach Israel auswandern. 36 Prozent spielen zumindest mit diesem Gedanken. Allein im Jahre 2002 wurde die jüdische Bevölkerung in Frankreich von 193 Anschlägen erschüttert, wobei es 731 antisemitische Ausschreitungen gab. Frankreichs Juden sehen sich an

zwei Fronten: zum einen verteidigen sie Israels Politik, zum anderen geht es ihnen um ihre persönliche Sicherheit vor den Übergriffen seitens militanter Muslime. Auch in den französischen Medien wird Israel als "Besatzungsmacht" hingestellt und die Palästinenser als die bedauernswerten Opfer.

Ich persönlich vertrete den Standpunkt, daß man den Anfängen wehren muß, denn der Staat ist nicht unschuldig an einer gewissen Verharmlosung eines aufkommenden Antisemitismus, der nicht nur aus der rechten Ecke, sondern auch von Islamisten geschürt wird. Zudem ist zu berücksichtigen, daß ein Teil der linken Lehrerschaft, die antiisraelisch eingestellt ist, vermehrt antisemitische und sogar antichristliche Parolen tolerieren. Für sie ist nur wichtig, daß diese Parolen nicht von Rechtsextremisten kommen. So ist es auch kein Wunder, daß sich die Zahl derer, die von Frankreich nach Israel auswandern, im vergangenen Jahr verdoppelt hat.

Schützt eine Mauer Israel vor weiteren Terroranschlägen?

Wir berichteten in unserer BNI-Zeitschrift bereits mehrfach über den Grenzzaun, der als Schutzwall zwischen Palästinensern und Israelis dienen soll. Die Kosten hierfür sind auf 100 Millionen US-Dollar veranschlagt, wobei Israels Regierungschef Scharon in Washington um finanzielle Unterstützung bat. Die Schutzmauer soll eine Länge von 365 Kilometern erhalten. Dabei bemüht man sich auf palästinensischer Seite, immer wieder an den Baustellen Materialien zum Bau des Zauns zu entwenden. Aber dieser Zaun dient nicht nur der Sicherheit der israelischen Bevölkerung, sondern soll auch den erschreckenden Autodiebstahl in Israel verhindern. Nur mit Hilfe von Israelis werden auch in unserem Wohnbereich in Herzliya Fahrzeuge

gestohlen und an die Palästinenser über die Grüne Grenze verschoben.

Dabei ist es eine Unterstellung des FOCUS-Magazins (41/2003), Israels Schutzzaun in der Weise darzustellen, als wolle man damit eine "völlige Kontrolle über die Palästinenser" erzielen. Würde der mörderische Terror gegen die israelische Bevölkerung unterbleiben, müßte der Staat Israel nicht zu solchen Maßnahmen greifen. Dies führt auch dazu, daß mit der Grenzziehung palästinensische Äcker im Grenzgebiet geteilt und Ortschaften, wie Kalkiliya, fast mit der Sperranlage umkreist werden. 130 Kilometer des Schutzwalls sind bereits fertiggestellt, 190 weitere werden noch folgen. Laut einem UN-Report würden dadurch 210.000 Palästinenser von "ihren Feldern, Arbeitsplätzen, Schulen und Krankenhäusern" getrennt. Aber andererseits hat sich fast die gleiche Zahl von ihnen für einen Terror gegen Israel ausgesprochen und meint noch immer, Israel für ihre Interessen zurechtbomben zu können. Diese Rechnung kann nicht aufgehen. Wie käme Israel dazu, diesen Zaun ausschließlich auf eigenem Territorium zu errichten. Wenn schon die Araber für ihre verlorenen Kriege gegen Israel keinen Preis bezahlen mußten, dann ist es recht und billig, wenn die Grenze zwischen ihnen und Israel im Sinne von Israels Sicherheit begründet wird. Denn es gilt ja, daß auch möglichst viele jüdische Siedlungen in den Bereich des Grenzzaunes einbezogen werden. Ungeachtet dessen verurteilt der jüngste UN-Bericht die Landnahme der israelischen Regierung scharf: "Die Vermutung liegt nahe, daß Israel versucht, auf dem Boden Fakten zu schaffen." Dies komme einer "Annektierung" palästinensischer Gebiete gleich, die aber die UN-Charta und die 4. Genfer Konvention verbieten. Aber ist der fortgesetzte Terror gegen Israel demgegenüber zulässig? John

STILLE ANNEKTION?

Israel plant und baut seinen Zaun nicht auf der Grenze von 1967 – die Palästinenser befürchten Landraub.



Dugard von der UN-Abteilung für Menschenrechte

sollte hier einmal befragt werden, wenn er sich zu solch abstrusen Äußerungen hinreißen läßt.

Mit 18 zu vier Stimmen entschied das israelische Kabinett, daß der Zaun weitergebaut wird. Doch die US-Regierung will den Verlauf um die jüdischen Siedlungen herum nicht tolerieren und droht mit der Kürzung seiner zugesagten Kreditzahlungen. Um dies zu vermeiden, hat Israels Regierung US-Präsident Bush angeboten, daß zwar um die Siedlungen Ariel und Kedumi ein Zaun gebaut werden wird, der aber vorerst nicht mit dem Schutzwall verbunden werde.

Wütende Proteste dürfte auch der Verlauf der Sperranlage um Jerusalem heraufbeschwören. Denn Ost-Jerusalem mit seiner größtenteils palästinensischen

dank ihrer fortgesetzten Aggression nicht wird prosperieren können. Würden die Anschläge unterbleiben, könnte sich Israel das Geld für den Bau einer derartigen Grenzanlage sparen, denn die Wirtschaftslage in Israel könnte gar nicht angespannter sein. Sollten die Palästinenser damit beginnen, Kassam-Raketen auf Tel-Aviv abzufeuern, anstelle Selbstmordanschläge durchzuführen, wäre eine Schmerzgrenze überschritten und würde zu einer erneuten Besetzung der Palästinensergebiete führen. Es liegt somit bei den Palästinensern, sich endlich um einen wahren Frieden mit Israel zu bemühen.

Als Schwachstelle hatte ich in meiner Berichterstattung schon in der Vergangenheit Jerusalem bezeichnet, wo Juden und Araber sozusagen Haus an Haus leben. Hinzu kommt noch, daß viele palästinensische Bewohner Ost-Jerusalems über die israelische

Bevölkerung soll auf israelischer Seite liegen. Doch die palästinensische Führung verlangt, daß der Ostteil Hauptstadt eines zukünftigen Palästinenserstaates werde. Damit würde der Sicherheitszaun eine Zwei-Staaten-Lösung gefährden. Palästinenser nennen deshalb schon heute den Wall "Apartheitsmauer". Aber Demokratie sollte bei den Palästinensern innerhalb dieses Zaunes beginnen, auch wenn ihre Wirtschaft mit Israel

Staatsbürgerschaft und damit Ausweispapiere verfügen und somit Zugang ins israelische Stammland durch ihre gelben Auto-Nummernschilder haben.

Eine freizügige Haftentlassung von palästinensischen Straftätern, wie dies die palästinensische Führung von Israel verlangt, ermutigt noch zusätzlich zu weiteren Anschlägen gegen Israel, auch wenn Israels Friedensaktivisten der "Schalom-achsav"-Bewegung sich gegen einen solchen Schutzwall geäußert und auch demonstriert hat. Zu ihnen gehört die Meretz-Partei, die sich als Menschenrechtspartei versteht, ohne zu bedenken, daß weder die Islamisten noch die palästinensischen Terroristen etwas von Mitmenschlichkeit halten.

Es ist schon tragisch genug, wenn die Überlebenden des Holocausts und ihre Nachkommen sich in den jüdischen Siedlungen im einstigen Judäa und Samarien durch Wachen, Stacheldrahtzaun und Scheinwerfern vor palästinensischen Angreifern zu schützen versuchen. Nunmehr versucht der ganze Staat Israel hinter Stacheldraht und Zaun Schutz vor den islamistischen Terroristen zu suchen. Dabei muß sich nach außen hin die israelische Regierung gegen Befürchtungen auch von US-Diplomaten zur Wehr setzen, die Israel aufgrund dieser Grenzziehung unterstellen, Fakten vor Ort schaffen zu wollen und damit Verhandlungen über die endgültigen Grenzen zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten vorzugreifen. Washington droht in solchen Fällen mit einer Kürzung oder gänzlichen Streichung eines 10-Milliarden-Dollar-Kredits, wenn sich Israel gegenüber amerikanischen Vorstellungen nicht gefügig zeigt.

Es verheißt nichts Gutes, wenn die israelische Armee angesichts zahlreicher Warnungen vor neuen palästinensischen Anschlägen Reservisten einberufen hat. Die Maßnahmen folgten verstärkten Terrorwarnungen nach

dem Selbstmordanschlag in Haifa. Zudem verfüge Israel nach Aussagen seines Verteidigungsministers Mofas über Beweise, wonach militante Palästinensergruppen in Syrien direkt an der Planung des Anschlags in Haifa beteiligt gewesen seien, auch wenn dies Damaskus hartnäckig bestreitet. Angesichts der angespannten Lage riegelte die israelische Armee die Zufahrtsstraßen ins Westjordanland ab. Auch die Durchfahrtsstraßen im Gazastreifen sind abgeriegelt.

In einer Warnung der amerikanischen Botschaft von Tel Aviv an sämtliche Botschaftsangehörige heißt es u.a. wörtlich:

“In Anbetracht auf den jüngsten Bombenanschlag in Haifa bleibt die Sicherheitslage problematisch. Daher wird das Personal dazu aufgefordert, in Fragen der Sicherheit die Tel-Nr. 03-519-7400 zu kontaktieren”. In dem Aufruf wird erklärt, daß die Botschaft ständig über Anschlagssicherheitsdrohungen informiert wird. Daher sehen die Sicherheitsvorschriften wie folgt vor:

- Reisen des Botschaftspersonals in den Gazastreifen oder in die Westbank sind verboten. Die Route 443 (Modi'in Straße) ist nur bis Modi'in sicher, nicht jedoch darüber hinaus.

- Das Personal wird darauf hingewiesen, größte Sicherheitsstandards anzuwenden bei Besuchen von Restaurants, Cafés, Malls und Theatern insbesondere während der rush-hour. Besuche von Clubs und Discos sind verboten.

- Dem Botschaftspersonal ist es untersagt, Buslinien zu benutzen. Auch sollten Aufenthalte an Bushaltestellen und das umliegende Gebiet gemieden werden.

- Das Betreten der Altstadt von Jerusalem ist am Freitag zwischen 11:00 und 2:00 Uhr sowie auch in der Woche bei Dunkelheit verboten.

- Die Mitarbeiter werden aufgefordert, das Stadtzentrum von Jerusalem zu meiden, vor

allem den Besuch von Restaurants, Cafés, Einkaufszentren und Theatern während der Geschäftszeiten.

- Der Bereich von Armon Hanatziv, der an den palästinensischen Ort Abu-Tor angrenzt sowie die Ortschaften um Ost-Jerusalem, wie Assawieh, Ezzarieh, Abu Dis, Ras el Amud und Silwan sind unbedingt zu meiden.

- Das Betreten der Fußgängerzone Mahane Jehuda Markt, King George Straße und Jaffa-Straße ist verboten.”

Wie sieht eine gerechte Lösung aus?

Es war mein persönliches Gebetsanliegen am 21. Mai 1967 auf dem Berg Zion, daß der Ewige die Teilung Jerusalems aufhebt und Israel Judäa und Samarien zurückerstattet. Nach Nassers Angriff auf Israel, der den Sechs-Tage-Krieg auslöste, war dieses Gebet drei Wochen später erhört worden. Doch Israel lenkte alsbald ein, daß man über die Rückgabe von noch näher zu bestimmenden palästinensischen Gebiete verhandeln könne, anstatt diese sofort nach dem Krieg zu annektieren.

Zeitgleich begann man mit dem Bau jüdischer Siedlungen auf jenem Gebiet, was die israelische Außenpolitik nicht gerade gegenüber der Welt glaubwürdiger machte. Dabei beweist Israel einmal mehr, daß es an die Verheißungen Gottes im Endzeitverlauf gar nicht glaubt. Daß sich die Welt diesen israelischen Vorstellungen nicht beugen wird, liegt auf der Hand, was zudem auch das prophetische Wort für unsere Zeit ausweist. Denn hier liegen ja auch die Gründe, warum “am Ende der Tage” die Völker nochmals kriegerisch gegen Israel vorgehen werden. Doch die fortgesetzten Terroranschläge machen es den Israelis leicht, den Palästinensern ihren gewünschten Staat zu verweigern und sogar ihr Gebiet erneut zu erobern, was natürlich die Situation nicht nur im Nahen und Mittleren

Osten sicherheitspolitisch verschärfen würde. Auch die Terrorgefahr durch militante Islamisten weltweit würde sich dramatisch damit erhöhen.

Israel versucht entgegenzuhalten, daß der Sicherheitszaun nicht als politische Grenze, sondern lediglich als Sicherheitsmaßnahme zu bewerten ist. Über die Einstellung des Terrors ist nicht zu verhandeln, da dieser ja ohnehin laut der road-map geächtet ist und als Grundvoraussetzung für weitere Verhandlungen mit den Palästinensern gilt. Problematisch ist weiterhin das Sicherheitsbedürfnis jüdischer Ansiedlungen auf palästinensischem Gebiet, die sich zunehmend als isolierte Eilande im Feindesland vorkommen. Der Grenzzaun, der den Gazastreifen umgibt, hat dazu geführt, daß bislang kein einziger Selbstmörder aus dem Gazastreifen nach Israel vordrang. Daher hält die israelische Regierung am Bau des Schutzzaunes fest, an dessen Verlauf Militärpatrouillen sicherstellen werden, daß Infiltranten bei einem Überschreiten des Zaunes gehindert oder gar getötet werden.

Als Deutschland von den Siegermächten geteilt wurde, blieb es noch immer ein homogenes Volk trotz verschiedener politischer Ausrichtung. Die Teilung der deutschen Nation und Berlins war somit auf Sicht ein unhaltbarer Zustand. Doch im Gegensatz zu Israel und dem arabisch-palästinensischen Gebiet handelt es sich eben nicht um ein gemeinsames homogenes Volk. So ist der Endzeitkonflikt zwischen beiden Völkerschaften bereits vorprogrammiert und belegt unsere seit vielen Jahren vertretene Ansicht, daß dieser Konflikt eine metaphysische Dimension besitzt, der letztendlich weder mit politischen noch militärischen Mitteln beizulegen ist. Wenn schon der Islamismus, wie dies dieser umfassende Beitrag deutlich zu machen versuchte, sogar eine Gefahr für andere

Länder ist, dann in einem gesteigerten Maße für Volk und Staat in Zion.

Da das Mißverhältnis zwischen Gott und dem Volke Israel aufgrund der Verwerfung ihres eigenen Messias Jeschua noch immer nicht aufgehoben worden ist, kann und wird der HERR sein Volk noch immer nicht segnen mit dem erwünschten Frieden (Ps. 29,11). Einst klagte Jesaja, daß die Boten des Friedens bitterlich weinen (33,7) und Jeremia warnte vor jenen, die Frieden verkündigten, wo doch kein Friede herrscht (6,14; 8,11). Aber auch der Messias Jeschua selbst beklagte, daß doch Israel erkennen möge, was zu seinem Frieden dient (Luk. 19,42). Es ist keine Frage, daß der Gott unserer Väter in Israel "guten Frieden geben möchte" (Jer. 14,13), aber andererseits muß Gott Israels fleischliches Bemühen zerschlagen, wenn es meint, kraft des eigenen Armes einen solchen wirklichen und dauerhaften Frieden zustande bringen zu können, denn "verflucht ist der Mann, der sich auf Menschen verläßt und hält Fleisch für seinen Arm und (dadurch) mit seinem Herzen vom Herrn weicht" (Jer. 17,5). Israel muß lernen, sich auf den zu verlassen und zu stützen, der der Erhalter Zions ist. Aus dieser Notwendigkeit heraus mühen wir uns seit Jahrzehnten im Gegensatz zu den Kirchen, christlichen Gemeinschaften und ökumenisch ausgerichteten Israel-

Werken ab, um Israel zur Umkehr zu seinem Erlöser Jeschua zu führen.

Dabei ist es keinesfalls hilfreich, wenn in Israel aufgrund eines neuen Films, der zu Ostern 2004 in die Kinos kommen soll, polemisiert wird, daß das jüdische Volk an der Kreuzigung Jeschuas unbeteiligt wäre. Ferner ist es auch wenig hilfreich, wenn man diese Schuldfrage wiederum aufrechnet mit den Untaten der Kreuzritter und Judenverfolgung durch die Katholische Kirche und dem Reformator Martin Luther, auf den sich Julius Streicher als Herausgeber des "Stürmer" während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses berief. Versagen an allen Fronten ist angesagt. Doch die talmudischen Entgleisungen gegen den Messias Jeschua als "etnan zonah" (Geschenk einer Hure), dessen man nicht mehr gedenken soll (hebr.: imach schmo u-sichero), sind nicht nur mir ständig vor Augen, sondern dem Geist Gottes, der mir dies immer wieder auch vor Augen stellt, wenn ich an die Sache meines Volkes in Israel denke. Und würde ich allein übrigbleiben, so würde ich dennoch darüber nicht schweigen. Ich werde mich auch nicht diversen evangelikalen christlichen Gruppen anschließen, die aus opportunistischen Gründen um der Juden willen auf das Zeugnis von Jeschua ha-Maschiach verzichten. Vielmehr werde ich mit allen Mitteln und Möglichkeiten,

die mir von Gott gegeben werden, alles daran setzen, der Sache des Messias Jeschua zum Siege zu verhelfen und damit gleichzeitig jüdischen Menschen die Möglichkeit geben, ewige Seligkeit bei Gott zu finden.

Sämtliche Spenden an den Rabbi Yechiel Eckstein durch den CFI oder "Israel Heute" und anderen Werken kommen jüdischen Institutionen zugute und verhelfen Israel weder zum seelischen noch nationalen Frieden. Daß die "road-map" nicht zum Frieden führt, haben wir vorausgesagt und sehen uns bestätigt. Daher verweisen wir unablässig auf die biblischen Aussagen in der Bibel, die - weil es Wort Gottes ist - unwandelbar und absolut zuverlässig ist. Sie teilt nicht die Friedenseuphorie dieser Tage, weil jeder hausgemachte Friede in die Sackgasse führt, wenn er nicht von Gott selbst gegründet ist und seiner alleinigen Ehre dient. Dies kann jedermann in Jesaja Kapitel 2,2-5 nachlesen, wo die Menschen erst dann ihre Schwerter in Pflugscharen umschmieden werden, wenn dies zum Besitzstand ihrer Erkenntnis geworden ist. Bei den Islamisten ist ein solcher Gesinnungswandel nicht zu erwarten; daher wird der Konflikt sich weiter zuspitzen und eine endgültige Entscheidung auch bei Gott herausfordern. Mögen wir hierbei im richtigen Lager stehen und dem Heiland nicht zur Schande gereichen!

Klaus Mosche Pülz

Nachschlageverzeichnis

Wer sich für eine **Themenübersicht** über unsere bisher erfolgten BNI-Veröffentlichungen interessiert, kann bei uns ein **umfangreiches Nachschlageverzeichnis** anfordern.

Darin enthalten sind auch die bisher veröffentlichten Bibelauslegungen sowie Themen aus Vorträgen und Seminaren auf **Tonkassetten** aufgezeichnet. Eine Auflistung unseres Kassettendienstes finden Sie ebenfalls in dem Nachschlageverzeichnis, wobei die Themen der 196 Kassetten ebenfalls darin enthalten sind. Mit diesem Angebot erhalten Sie die Möglichkeit, sich umfassend über nicht nur politische Entwicklungen im Nahen Osten, sondern auch über theologische, endzeitliche und gesellschaftliche Probleme zu informieren. Das Wort Gottes sollte uns eine Leuchte auf unserem Wege sein (Psalm 119,105).